



Das Praterkraftwerk im Herzen Münchens



Jubiläum - 20 Jahre Wilhelm Mayer in Gersthofen

Landshuter  
**Umweltmesse™**  
12. - 15. März 2015  
Eintritt frei!  
täglich von 10 bis 18 Uhr  
www.Umweltmesse.LA

# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayernwerk startet Initiative zum Breitbandausbau:

## Söders Coup

**Breitbandanbieter können Breitbandinfrastruktur des Energieunternehmens nutzen**

Regensburg. Der Breitbandausbau im Freistaat gewinnt an Fahrt. Die neueste Erfolgsmeldung stellte Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bayernwerk AG, Reimund Gotzel, jüngst während einer Pressekonferenz im Haus des Energienetzbetreibers in Regensburg vor. Mitte des vergangenen Jahres hat das Bayernwerk zusätzlich zu seinen Nieder- und Mittelspannungsnetzen das bayerische Hochspannungsnetz des E.ON-Konzerns übernommen. Dieses Hochspannungsnetz führt in weiten Teilen Glasfaserkabel mit sich, die das Bayernwerk nun in Kooperationen mit Breitbandanbietern einbringt. Eine geniale Lösung!

Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel begründete die Breitbandinitiative des Energiedienstleisters: „Erstens: Eine gute Partnerschaft zu den bayerischen Kommunen und wirtschaftlich stabile Regionen haben für unser Kerngeschäft als Energienetzbetreiber eine hohe Bedeutung. Zweitens: Indem wir unser Glasfasernetz für die bayerische Breitbandversorgung bereitstellen, verleihen wir der Digitalisierung im ländlichen Raum Rückenwind, geben einen gesellschaftlichen Impuls und stärken unsere kommunalen Kunden. Drittens begleiten wir die bayerische Energiewende mit intensiven Netzbaumaßnahmen in allen Regionen unseres Netzgebietes. In diesem Jahr wenden wir rund 400 Millionen Euro dafür auf. Unsere

umfangreichen Verkabelungs- und Erneuerungsmaßnahmen im Energienetz rufen geradezu da-



Finanzminister Dr. Markus Söder gemeinsam mit dem Bayernwerk-Vorstandsvorsitzenden Reimund Gotzel.

nach, offene Kabelgräben in einem Atemzug auch für die Verlegung von Breitbandkabel oder Leerrohren zu nutzen.“ Für das Bayernwerk schließe sich somit ein Kreis. Es mache aus allen unternehmerischen Perspektiven Sinn, die damit verbundenen Chancen jetzt zu nutzen. „Deshalb haben wir uns an leistungsfähige Breitbandanbieter gewandt, sind auf offene Ohren gestoßen und haben gemeinsam erste Kooperationen zum Breitbandausbau in Bayern auf den Weg gebracht“, so Gotzel.

### Fördermittel

Finanzminister Dr. Markus Söder begrüßte die Initiative der Bayernwerk AG. „Der Freistaat stellt 1,5 Milliarden Euro Förder-“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Bilanzpressekonferenz Bayertourismus:

## Aigners Erfolg

Jahr der Superlative

**Noch nie gab es in Bayern so viele Gästeankünfte und Übernachtungen wie im vergangenen Jahr: „Dem Bayertourismus ist es 2014 erneut gelungen, die Bestmarken des vergangenen Jahres zu überbieten. 2014 ist ein Jahr der Superlative“, berichtete Tourismusministerin Ilse Aigner auf der Jahrespressekonferenz Tourismus in München. Der Freistaat stehe damit weiter auf Platz 1 der Top-Reiseziele in Deutschland.**

Aigner zufolge stieg die Zahl der Gästeankünfte gegenüber dem bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2013 um 2,7 Prozent auf 32,5 Millionen, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 1,3 Prozent auf den neuen Rekordwert von 85,2 Millionen. Auch der Ausländerreiseverkehr setzte mit gut 7,9 Millionen Gästeankünften (+4,5 Prozent) und knapp 16,6 Millionen Übernachtungen (+4,1 Prozent) neue Rekordmarken. Die meisten ausländischen Gäste kamen aus Österreich und den Niederlanden (jeweils 740.000), gefolgt von Besuchern aus den USA (688.000), der Schweiz (618.000) und Italien (601.000). Die meisten Übernachtungen buchten US-Amerikaner mit 1,45 Millionen.

Die Zahl der Gästeankünfte aus Deutschland stieg 2014 um 2,1 Prozent auf gut 24,5 Millionen, die Zahl der Übernachtungen

nahm um 0,6 Prozent auf knapp 68,7 Millionen zu.

Zuwächse gegenüber dem Vorjahr bei den Gästeankünften und den Übernachtungen verzeichneten 2014 fünf der sieben bayerischen Regierungsbezirke. Es waren dies Oberbayern, die Oberpfalz, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben.

### Deutliche Zuwächse

In Niederbayern (Gästeankünfte: +1,3 Prozent; Übernachtungen: -0,4 Prozent) nahm die Zahl der Übernachtungen geringfügig ab, in Oberfranken ging die Zahl der Gästeankünfte und der Übernachtungen leicht zurück (Gästeankünfte: -0,2 Prozent; Übernachtungen: -0,8 Prozent). Deutliche Zuwächse bei Gästeankünften und Übernachtungen meldeten im Jahr 2014 auch die beiden bayerischen Metropolen München (Gästeankünfte:

+4,6 Prozent; Übernachtungen: +4,3 Prozent) und Nürnberg (Gästeankünfte: +3,5 Prozent; Übernachtungen: +5,9 Prozent).

Im Dezember 2014 stieg die Zahl der Gästeankünfte der gut 11.500 geöffneten Beherbergungsbetriebe in Bayern gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,0 Prozent auf knapp 2,2 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 4,6 Prozent auf über 5,5 Millionen.

### Mehrwertsteuer

In diesem Zusammenhang wies Aigner darauf hin, dass es richtig gewesen sei, dafür zu kämpfen, dass die Mehrwertsteuer für Übernachtungsleistungen sinkt. „Das Geld wurde investiert“, so die Ministerin. Jetzt (Fortsetzung auf Seite 4)



Bayerns Tourismusministerin Ilse Aigner.

Kommunalforum Alpenraum 2015:

## Wie die Gemeinden ihre Schutzaufgaben erfüllen können

Am 18. März 2015 treffen sich erneut kommunale Entscheider aus Bayern, Tirol, Vorarlberg, Salzburger Land und Südtirol im Lindner Innovationszentrum in Kundl. Hauptthema sind die vielfältigen Schutzfunktionen der Gemeinden im modernen Naturgefahrenmanagement. Neben Fachvorträgen erwarten die Gäste auch heuer wieder Best-practice-Beispiele aus den Regionen.

Das Präsidium des Bayerischen Gemeindetags vertritt dessen oberbayerischer Vorsitzender, Erster Bürgermeister Josef Steigenberger, Ernst Schöpf, Präsident des Gemeindeverbands Tirol, Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebunds, Andreas Schatzer, Präsident des Rates der Gemeinden und des Verwaltungsrates des Südtiroler Gemeindeverbandes sowie Hermann Gahr, Obmann Forum Land sind seine Mitdiskutanten auf dem Podium.

Für Vertreter aus den Kommunen ist die Teilnahme kostenlos. Informationen: [www.kommunalforum-alpenraum.eu](http://www.kommunalforum-alpenraum.eu)

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

## Fitnessprogramm für Europa

**„Fraktionsvorsitzender einer Fraktion zu sein, die 219 Abgeordnete aus 27 Ländern umfasst, ist eine spannende, aber auch fordernde Aufgabe“, hob Manfred Weber, MdEP, Chef der Fraktion der Europäischen Volkspartei, bei der jüngsten Tagung des KPV-Landesvorstands und Hauptausschusses in München hervor. Wie Weber konstatierte, sei in der EU seit der Europawahl 2014 ein deutlicher Prozess der Veränderung zu beobachten.**

Unter der Tagungsleitung von KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle wies Weber dar-

auf hin, dass sich EU-Kommission und Kommissare inzwischen mehr als Regierung denn als Behörde und ausführendes Organ verstehen. Auch die Bürger hätten mit dem Konzept des partei- und länderübergreifenden Spitzenkandidaten mehr Transparenz und direkte Entscheidungskompetenz erfahren. Die Kommissare wollten jetzt aktiv Politik für Europa gestalten. Zunehmend entwickle sich ein parlamentarisches Denken.

### Gesetzesentwürfe

Weber zufolge hat der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Amtszeit bis dato zwar weniger Gesetzesentwürfe vorgelegt als sein Vorgänger José Manuel Barroso, diese seien aber inhaltlich tiefergründiger. Während Barroso im letzten Jahr seiner Amtszeit mit knapp 60 neuen Gesetzestexten aufwartete, kam Juncker bislang mit lediglich 20 aus.

Hinzu komme, dass einige Themen wieder aus Brüssel nach Bayern geholt und regional entschieden werden, so der EVP-Vorsitzende. Das Bodenschutzgesetz beispielsweise sei kein Thema, um das sich Europa kümmern müsse. Beim Thema Abfall sei eine neue Gesetzgebung vom Tisch und auch bei der Luftreinhaltung würden verschärfende Vorschriften ebenfalls gestrichen.

### Bürokratie

„Die meiste Bürokratie in der EU entsteht bei der Umsetzung der Richtlinien in den Ländern“, führte Weber aus. Der Stellvertreter des Kommissionspräsidenten (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Tagung des KPV-Landesvorstands und Hauptausschusses in München (v. l.): Manfred Weber, MdEP, Chef der Fraktion der Europäischen Volkspartei, KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle, KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann und Bürgermeister Clemens Gsell. Unter den besprochenen Themen war auch die Flüchtlingspolitik. Dabei ist nach Webers Ansicht eine feste Quotenregelung durchaus vorstellbar. Bild: DK

Neues von Sabrina



Auf Veränderungen reagiert der Mensch als echtes Gewohnheitstier schon immer eher skeptisch. Heutzutage mündet dies jedoch in einer Protestkultur, die wenig mit Argumenten und viel mit Empörung arbeitet. An solchen irrationalen Debatten kann man dann als Bürgermeister durchaus einmal verzweifeln. Seite 23

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Unbegleitete Flüchtlinge: Willkommen im Maximilianeum	Seite 2
Polizei: 25 Jahre Frauen in Uniform	2
<b>GZ-Kolumne Josef Mederer: Heimatbegriff erlebt Renaissance</b>	<b>3</b>
Bayerischer Städtetag: Von Risiken und Nebenwirkungen	3
Rekommunalisierung: Bürger befürchten Gebührenerhöhung	3
<b>GZ-Fachthemen: Kommunale Energiepolitik</b>	<b>6-15</b>
<b>Kommunales Verkehrswesen</b>	<b>16</b>
<b>Kommunalfahrzeuge · GaLaBau</b>	<b>17-19</b>
Aus den bayerischen Kommunen	20-24

Deutscher Städtetag:

# Kreisfreiheit und Wohngeldreform

Präsidiumssitzung in Berlin

Mit Sorge blickt der Deutsche Städtetag auf die aktuell diskutierten und teilweise schon verwirklichten Länderpläne zum Entzug der Kreisfreiheit von Städten. Der kommunale Spitzenverband appelliert an die Landesregierungen, die Städte in ihrer Rolle als Mittel- und Oberzentren zu schützen und zu stärken, betonte nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Berlin der Präsident des Deutschen Städtetages, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

„Je erfolgreicher und leistungsfähiger eine Stadt ist, desto mehr strahlt das auf die ganze Region aus. Deshalb müssen die Städte auch in Zukunft ihre Aufgaben selbst erfüllen können. Statt Verwaltungsreformen anzuordnen, ist es eher erforderlich, die tatsächlichen Belastungen der Städte in stärkerer Maße zu berücksichtigen, etwa die Sozialkosten, die Bildungskosten und die Infrastrukturkosten. Das muss sich auch in den Finanzausgleichsgesetzen der Länder widerspiegeln. Der Versuch einiger Länder, auf die demografische Entwicklung durch den Entzug der Kreisfreiheit von Städten zu reagieren, hilft den Regionen nicht. Denn die Aufnahme von bisher kreisfreien Städten in Landkreise führt weder zu effizienteren Verwaltungsleistungen noch zu Kosteneinsparungen“, führte Maly aus.

## Bürgernähe

Die Folgen des demografischen Wandels für die Städte würden durch solche Verwaltungsstrukturformen nicht verringert. Mit ihnen gingen aber weniger Bürgernähe, geringere Gestaltungsmöglichkeiten und ein Statusverlust einher, der die weitere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung gefährdet.

Mit Blick auf das Thema Asyl verwies Maly auf die Bereitschaft der deutschen Städte, in diesem Jahr weitere Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen und ihre dauerhafte Integration in die Gesellschaft tatkräftig zu unterstützen. Gleichzeitig wollten sie aktiv dazu beitragen, die Akzeptanz in der Bevölkerung und die Toleranz gegenüber Flüchtlingen aufrecht zu erhalten, die sich in den vergangenen Monaten vielfach gezeigt hätten.

Wie der Präsident hervorhob, „bleiben viele Menschen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung zu uns geflohen sind und noch kommen werden, länger bei uns. Die Städte haben deshalb neben der Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung damit begonnen, für die neu angekommenen Menschen Integrationsarbeit zu leisten, also

bei der Wohnungssuche behilflich zu sein, Schulunterricht, Sprachkurse und Kindergartenplätze anzubieten, bei der Anerkennung von Qualifikationen und der Vermittlung in Arbeit zu helfen und die gesellschaftliche Integration voranzutreiben. Das ist nicht einfach zu organisieren, muss aber gerade in diesem Jahr angepackt und von allen wichtigen Kräften unserer Gesellschaft unterstützt werden.“

## Integration

Um die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft zu erreichen, brauche es menschliche und finanzielle Ressourcen. Deshalb nannte Maly es unverzichtbar, dass die Länder die Bundesmittel zur Flüchtlingsversorgung vollständig an die Kommunen weiterreichen, was zum Teil nicht der Fall sei: „Außerdem sind die Kommunen darauf angewiesen, dass ihnen die Länder mit dauerhafter Unterstützung des Bundes ihre Ausgaben für Unterbringung, Gesundheitsversorgung und soziale Leistungen für Asylbewerber in vollem Umfang erstatten.“

Begrüßt wird vom Deutschen Städtetag die geplante Wohngeldreform – damit soll das Wohngeld für einkommensschwache Haushalte deutlich angehoben werden. Allerdings sollten die Heizkosten, die einen wachsenden Anteil der Wohnkosten ausmachen, nicht nur in der aktuellen Novelle, sondern dauerhaft berücksichtigt werden.

Wie die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, erläuterte, „ist es gut, dass das Wohngeld endlich und mit durchschnittlich 39 Prozent auch deutlich an die gestiegenen Mieten angepasst wird. So können mehr Menschen mit geringen Einkommen durch das Wohngeld wirksam bei ihren Wohnkosten unterstützt werden. Damit wird eine seit langem von den Städten vorgetragene Forderung erfüllt.“

Die Städte bewerten auch die geplante stärkere regionale Differenzierung des Wohngeldes als folgerichtig. „Wenn der Mieten-

markt regional sehr unterschiedliche Preise erzeugt, muss sich das auch auf das gezahlte Wohngeld vor Ort auswirken. Das ist ein gelungenes Beispiel für Praxisnähe“, informierte Lohse. Das geplante Verfahren trage der sehr unterschiedlichen Mietentwicklung auf den örtlichen Wohnungsmärkten angemessene Rechnung.

Eine Änderung im Gesetzgebungsverfahren hält der Deutsche Städtetag bei den Energiekosten für erforderlich. Mit dem Gesetzentwurf seien die seit 2009 gestiegenen Heizkosten zwar einmalig

eingepreist worden, allerdings gelinge es so nicht, die steigenden Heizkosten dauerhaft zu berücksichtigen, obwohl sie einkommensschwache Haushalte besonders belasten. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb ein Wohngeld, das die Bruttowarmmiete berücksichtigt. Als erster Schritt zu einer Umstellung könnte beispielsweise die im Jahr 2011 abgeschaffte Heizkostenkomponente wieder eingeführt werden.

Das Wohngeld war zuletzt im Jahr 2009 angehoben worden. Von der Wohngelderhöhung ab 2016 würden laut Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln insgesamt rund 904.000 Haushalte profitieren, darunter 127.000 sogenannte Wechslerhaushalte, die zuvor Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) oder Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) bezogen haben. **DK**

## 25 Jahre Frauen in Uniform

Herrmann lobt Polizistinnen und präsentiert 110 Neueinstellungen

Seit 25 Jahren arbeiten Frauen in Uniform bei der Bayerischen Polizei. Am 1. März 1990 wurden die ersten Frauen in den Polizeivollzugsdienst eingestellt. Innenminister Joachim Herrmann sprach von einer „wahren Bereicherung“ anlässlich des Jubiläums weiblicher Uniformierter. Nun begrüßte er 110 neue Kolleginnen, die ihren Dienst für den Freistaat leisten. Herrmann will den derzeitigen Frauenanteil von 16 Prozent noch weiter erhöhen.

Bis 1990 habe es nur wenige Frauen im polizeilichen Kriminaldienst gegeben. Inzwischen seien unter den ca. 30.300 Polizeivollzugsbeamten rund 5000 Frauen, wobei momentan der Frauenanteil bei den Einstellungen zwischen 25 und 35 Prozent liege, erklärte der Innenminister. Dabei gelten für Polizeibewerberinnen und -bewerber im Einstellungstest besondere physische und psychische Anforderungen, wie z.B. bei Sprach- und Grund-

fähigkeit oder gesundheitlicher und sportlicher Eignung.

## Arbeitspektrum mit großer Bandbreite

Vor dem Hintergrund einer großen Werbeoffensive wolle Herrmann noch gezielter Schülerinnen und junge Frauen ansprechen, zumal die Polizei auch Kolleginnen ein sehr interessantes Arbeitsspektrum mit großer Bandbreite an Tätigkeitsfeldern

## Städtebauförderung:

# Bauminister Herrmann stellt neue Arbeitshilfe für Kommunen vor

Im Rahmen der Städtebauförderung hat Innen- und Bauminister Joachim Herrmann eine neue Broschüre zur „Bahnflächenkonversion“ veröffentlicht. Demnach stellt auch künftig die Weiterentwicklung von Bahnarealen eine besondere Herausforderung für die Städte und Gemeinden dar.

Bei der „Bahnflächenkonversion“ geht es vor allem um die Wertenutzung bzw. Umwandlung von Bahnhöfen und Haltepunkten, wobei die barrierefreie Erneuerung große Bedeutung hat. Im Fokus stehen dabei leer stehende Bahnhofsgebäude und still gelegte Bahnhaltepunkte. Aber auch die attraktive Gestaltung von Bahnhöfen und deren Umfeld spielt eine wichtige Rolle. Herrmann verwies auf seine

Broschüre, die hierzu den Kommunen als fachliche und rechtliche Grundlage diene und eine umfangreiche Beispielsammlung zu möglichen Strategien darstelle. Für eine erfolgreiche Umsetzung sei das Zusammenwirken aller Beteiligten sowie eine effektive Fördermittelbündelung notwendig. Die bereits durchgeführten Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung stellten für die Kommunen einen Anreiz zum

# Weniger Verkehrstote in Bayern

Innenminister Herrmann präsentiert Unfallstatistik 2014 und setzt auf Verkehrssicherheitsprogramm 2020

Die Zahl der Verkehrstoten auf Bayerns Straßen ist im vergangenen Jahr deutlich auf 619 zurückgegangen, was die von Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann Ende Februar vorgelegte Unfallstatistik 2014 belegt. Demzufolge beläuft sich der Rückgang auf neun Prozent gegenüber den 680 getöteten Menschen im Jahr 2013, was den niedrigsten Stand seit Beginn der Unfalldatenerhebung vor 60 Jahren bedeutet. Herrmann will auch künftig den Schwerpunkt auf die Verkehrssicherheit setzen und sein im Januar gestartetes Verkehrssicherheitsprogramm 2020 „Bayern mobil – sicher ans Ziel“ weiter mit großem Engagement vorantreiben.

Auch die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle sei laut Herrmann im 2014 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 3.500 auf 369.492 gesunken, wobei vor allem Landstraßen und Autobahnen immer sicherer würden. Daher stehe für ihn die Sicherheit auf den Landstraßen be-

sonders im Mittelpunkt. Zur Umsetzung seines Vorhabens nannte der Verkehrsminister für dieses Jahr sieben Schwerpunkte, angeführt von konsequenten Geschwindigkeitskontrollen und intensiven Alkohol- und Gurtkontrollen. Des Weiteren seien zusätzliche Geh- und Radwege an Bundes- und Staatsstraßen sowie mehr „gebaute Verkehrssicherheit“ insbesondere auf Landstraßen nötig. Ergänzend gebe es die Kulmbacher Motorradsternfahrt im April, einen Landtag der Verkehrssicherheit in Augsburg im Oktober sowie die Bayerische Verkehrssicherheitskonferenz im November in Regensburg.

## Schutzplanken

Im Rahmen des Verkehrssicherheitsprogramms stünden dem Freistaat bis 2020 mehr als 400 Mio. Euro für die „gebaute“ Verkehrssicherheit zur Verfügung. Ein wesentlicher Teil davon fließe in die Verbesserung von Markierungen, Beschilderungen und Ampelanlagen sowie in Schutzplanken. Besonders diese sollen von den staatlichen Bauämtern im Interesse der Motorradfahrer mit einem Unterfahrschutz ausgestattet werden.

## Maßnahmenkatalog

Der Maßnahmenkatalog zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms 2020 reiche von verstärkter Öffentlichkeitsarbeit über gezielte Verkehrsüberwachung mit u.a. Geschwindigkeitskontrollen, z.B. Beteiligung Bayerns am nächsten bundesweiten „Blitzmarathon“ am 16./17. April, bis hin zu verbesserter Verkehrsraumgestaltung, erklärt Herrmann abschließend. **rm**

Erfahrungsaustausch dar und dienten als Leitprogramm“ bzw. Vorbild für die künftigen vielschichtigen und übergreifenden Aufgabenstellungen. **rm**



Im Maximilianeum empfing der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Martin Neumeyer gemeinsam mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm eine Auswahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Bild: Bildarchiv Bayerischer Landtag

ist ein Grund für ihre Flucht. Deshalb ist es wichtig, dass wir ihnen zeigen, wie Politik und Entscheidungsprozesse bei uns funktionieren. So können sie Vertrauen zu uns und unserem Staatswesen fassen, welches sie in ihrer Heimat verloren haben. Und genau dieses wechselseitige Vertrauen ist der Grundpfeiler und Startpunkt erfolgreicher Integration“, betonte Martin Neumeyer. Die Gastgeberin im Maximili-

aneum, Landtagspräsidentin Barbara Stamm rief die Jugendlichen dazu auf, die Möglichkeiten, die sich ihnen nun in Deutschland bieten auch zu nutzen: „Nach allem Schrecklichen, was sie durchgemacht haben, sind sie jetzt in einem schönen, friedlichen und demokratischen Land. Nutzen Sie die Chance, die sich ihnen allen hier bietet. Lernen sie die Sprache, das ist das Tor zu neuen Möglichkeiten. Schulisch und beruflich.“ **□**

## Wir gratulieren

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfram Gum  
82229 Seefeld  
am 5.3.

Bürgermeister Albrecht Hofmann  
97520 Rötthlein  
am 8.3.,

Bürgermeister Wolfgang Braun  
95689 Fuchsmühl  
am 13.3.

Bürgermeister Sven Tull  
89361 Landensberg  
am 17.3.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Wilhelm Maderholz  
91796 Eitenstatt  
am 6.3.

Bürgermeister Max Schmaderer  
93489 Schorndorf  
am 6.3.

Bürgermeister  
Thomas Köhler  
63839 Kleinwallstadt  
am 12.3.

Bürgermeister Josef Lohr  
85129 Oberdolling  
am 12.3.

Bürgermeister  
Klaus Beck  
97292 Holzkirchen  
am 18.3.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Dieter Neubauer  
84051 Neusbach  
am 17.3.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister  
Dr. Florian Janik  
91052 Erlangen  
am 6.3.

## Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

# Willkommen im Maximilianeum

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge besuchen den Bayerischen Landtag

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, empfing gemeinsam mit Landtagspräsidentin, Barbara Stamm unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Bayerischen Landtag, um sich mit diesen über ihr Leben im Freistaat auszutauschen.

Insgesamt 85 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind jüngst aus allen Teilen des Freistaates nach München zu einer Führung im Bayerischen Landtag gekommen. Die Bezirksregierungen hatten auf Bitte des Integrationsbeauftragten die jungen Flüchtlinge benannt, die an der Führung im Maximilianeum teilnehmen wollten.

„Ich danke unserer Landtagspräsidentin, Barbara Stamm,

ganz herzlich, dass wir heute hier im Landtag sein dürfen.

## Sprache als Tor zu neuen Möglichkeiten

Das ist ein wichtiges Willkommenssignal für Jugendliche, die aufgrund ihrer Erlebnisse unserer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Sie kommen aus Eritrea, Somalia, Syrien oder Afghanistan. Das dortige Staatswesen

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

## Von Risiken und Nebenwirkungen

„Bund, Land, Kommunen, Vertreter aus Wirtschaft, Naturschutz, Bürgerinitiativen und Gesellschaft – alle müssen sich eingestehen: Die Energiewende hat Risiken und Nebenwirkungen. Ein so komplexes Vorhaben wie die Energiewende ist nicht ohne Zumutungen zu realisieren“, hob der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Dr. Ulrich Maly, vor Pressevertretern in München hervor. Am Ende des Dialogprozesses müsse ein verlässliches „Bayerisches Energieprogramm“ stehen, „in dem die Umsetzungsziele konkret festgelegt sind“.

Insbesondere fordert der Bayerische Städtetag den Bund auf, gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen, den kommunalen Energieversorgern und der gesamten Energiewirtschaft ein integriertes Energiemarktdesign zu erarbeiten. Das EEG müsse als wichtiger Anreizmechanismus für das Vorantreiben der erneuerbaren Energien in der Gesellschaft erhalten bleiben.

Die Energieeinsparung und die Steigerung der Energieeffizienz seien wesentliche Bestandteile der Energiewende. Die Energiewende müsse auch eine Wärmewende sein. Vor allem sollten bei der energetischen Sanierung von Altbauten deutliche Fortschritte erzielt werden. Außerdem müsse der Bund ein Sonderprogramm für die Sanierung öffentlicher Liegenschaften auflegen. Auch für die gewerbliche Wirtschaft seien bessere Anreize zur Energieeinsparung zu schaffen. Der dringende Bedarf an bezahlbarem Wohnraum erfordere eine neuerliche Diskussion der EnEV-Standards.

Der Vorstand sieht die Ebene der Planungsregionen für die neue Aufgabe der Erstellung regionaler Energiekonzepte als grundsätzlich geeignet an. „Insbesondere müssen regionale Ziele zu den Fragen entwickelt werden, wo welche Energieträger realisiert werden sollen und wo und wie die Netzanbindung erfolgen soll. Die derzeit von der Staatsregierung angebotene personelle und finanzielle Ausstat-

tung der Geschäftsstellen der Planungsverbände ist für diese Aufgabe unzureichend“, heißt es.

Darüber hinaus sei der Ausbau der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen der Stadtwerke weiter konsequent voranzutreiben. Die städtischen Energieeffizienzziele könnten nur erreicht werden, wenn sie quartiersbezogen die Gebäudesanierung und Wärmekonzepte einschließlich der KWK berücksichtigen.

### Wasserkraft

Die Wasserkraft wird als eine tragende Säule beim Umstieg auf erneuerbare Energien erachtet. Der Ausbau der Wasserkraft sei ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Energiewende, soweit er ökologisch verträglich erfolgt und auch ökonomischen Gesichtspunkten Folge leistet. Insofern wird eine Leistungsbegrenzung nach unten im Wasserkraft-erlass abgelehnt. Der Stillstand beim notwendigen Ausbau der Wasserkraft wegen überzogenen und nicht nachvollziehbaren Widerständen der Umweltverbände sei dringend aufzulösen. Der Ausbau der Wasserkraft müsse auch dadurch vorangetrieben werden, dass die geplanten Maßnahmen für den Hochwasserschutz mit der Wasserkraftnutzung (Speicher- und Laufkraftwerke) kombiniert werden.

Das größte Potenzial zur Umsetzung der Energiewende in Bayern ist nach Auffassung des Städtetags in der Windkraft zu

sehen. Diese werde auch als schnellste die Wirtschaftlichkeit erreichen. Dafür müssten aber die Rahmenbedingungen zusätzlich zum Windatlas und zur Gebietskulisse Windkraft verbessert werden. Die „10-H-Regelung“ bedeute einen Rückschritt.

Der beabsichtigte Zubau von Biogasanlagen werde als sinnvolle Ergänzung zur Umsetzung der Energiewende bezeichnet, „wenn unter anderem die Kommunen in die Ausbauplanung eingebunden werden“. Erneut angemahnt wird der dringend notwendige Ausbau von Forschung und Entwicklung: Vor allem gehe es beim Ausbau der Speichertechnologien um die Errichtung von Pumpspeicherkraftwerken, die Entwicklung neuer Techniken zur chemischen Speicherung (Batteriespeicher) sowie zur Methode „Power-to-Gas“. Entsprechende Einrichtungen zur Speicherung von Strom seien von allen Endverbrauchsabgabern zu entlasten. Die kommunalen Energieversorger sollten durch gezielte Fördermaßnahmen dazu motiviert werden, in diesem wichtigen Umfeld aktiv teilzunehmen.

### Versorgungssicherheit

„Die Versorgungssicherheit in Bayern erfordert den Bestandschutz vorhandener Gaskraftwerkskapazitäten und den Neubau flexibler Gaskraftwerke“, führt der Verband weiter aus. Auch die KWK mit Fernwärme und entsprechenden Wärmespeichern müsse eine wichtige Technologieoption sein. Zudem erfordere die Versorgungssicherheit in Bayern einen Stromtausch innerhalb Deutschlands. Hierzu gehöre auch die Errichtung neuer Stromtrassen. Der bundesweite Übertragungsnetzausbau müsse in größtmöglicher Transparenz erfolgen.

Die Regelungen im Energiewirtschaftsgesetz seien dahingehend zu ändern, dass den Städten und Gemeinden die Übernahme von Strom- und Gasnetzen leichter möglich ist. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, ein Konzept für eine umfassende Bildungsoffensive zur Umsetzung der Energiewende mit konkreten Maßnahmenvorschlägen zur schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit vorzulegen.

Zudem sei das erhebliche Energie-Einsparpotenzial bei den Fahrzeugen im ÖPNV auszuschöpfen. Übereinstimmend mit dem Deutschen Städtetag wird abschließend gefordert, dass für die Förderung von unkonventionellem Erdgas (Fracking) ein Moratorium erfolgt, wonach bis auf Weiteres keine Genehmigungen für Förder- und Erkundungstechnologien erteilt werden, von denen eine Gefährdung von Mensch und Natur ausgehen könnte.

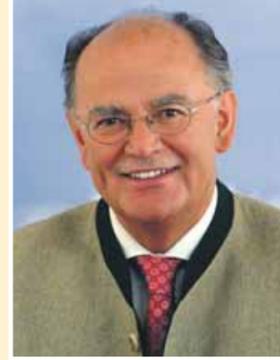
Mit Blick auf die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen wies Maly darauf hin, dass es gelte, diesen Menschen eine sinnvolle Perspektive zu eröffnen: „Bislang haben wir uns um die humanitäre Erstversorgung in den ersten Monaten gekümmert, doch nun müssen wir stärker an ihre Integration in den nächsten Jahren denken. Nach dem Asylverfahren stehen diese Menschen, die aus der Gemeinschaft unterkunft ziehen müssen, vor dem Rathaus und suchen Obdach. Sie brauchen auf die schnelle bezahlbaren Wohnraum, Kindergarten und Schule, Sprachkurse und Integrationskurse. Die Kommunen können das schaffen, wenn Bund und Länder die Kommunen nicht im Stich lassen.“

GZ

Kolumne  
Josef Mederer

Liebe Leserinnen  
und Leser,

Totgesagte leben länger. Was in den 1970er und 1980er Jahren schier undenkbar war, ist eingetreten: Der Heimatbegriff erlebt eine Renaissance. Rock- und Folkgruppen integrieren Elemente der bayerischen Volksmusik, junge Dichter rezitieren auf Poetry Slams Mundartgedichte, Filmemacher wie Edgar Reitz und Marcus H. Rosenmüller erfinden den neuen Heimatfilm. Parteien beschäftigen sich in ihren Fachtagungen mit dem Heimatbegriff, die Zeitschrift „Der Spiegel“ widmet ihm eine Titelseite, die Sender „Phoenix“ und „Bayerisches Fernsehen“ ganze Nachmittage und Abende.



mangelnder sozialer Integration oder falschen Geschichtsbildern nicht entziehen. In der entsprechenden Handreichung der Bayerischen Staatsregierung steht deshalb zu Recht: „Die Heimatpfleger werden gebeten, auch in Zukunft dazu beizutragen, unsere Heimat vor Verlusten zu bewahren – und den vorhandenen Werten neue hinzuzufügen.“

Aber wem gehört die Heimat? Dass sich unter diesem Eindruck auch ein Bayerisches Staatsministerium mit dem Begriff „Heimat“ schmückt, mag auf den ersten Blick zum Schmunzeln anregen. Die Hauptanliegen dieses Hauses, die sehr heterogen sich entwickelnden bayerischen Regionen, durch verstärkte Strukturmaßnahmen wie Breitbandverkabelung, Straßenbau und Behördenansiedelungen einander anzugleichen, ist sicherlich sinnvoll und auch notwendig. Diese Bemühungen im weiteren Sinn als „Heimatpflege“ zu bezeichnen, ist zwar eine kreative, aber zulässige Ausweitung des Heimatbegriffs. Dann wäre es allerdings mehr als naheliegend, wenn das Nürnberger Ministerium auch mit den traditionellen Kräften der Heimatpflege, etwa den bayerischen Bezirken, Kontakt aufnähme. Vielleicht ergäben sich ja Synergieeffekte auf dem Gebiet der kulturellen und politischen Arbeit. Nachdem diese Kontaktaufnahme bisher nicht stattgefunden hat, könnte man aber fast denken, in Nürnberg wisse man selbst am Besten, dass das dortige Etikett „Heimatministerium“ nichts mit den bisher gebräuchlichen Auslegungen des Heimatbegriffs zu tun hat. Umso erfreulicher, dass kürzlich erstmals ein gemeinsames Gespräch zwischen den sieben Bezirksheimatpflegern und dem Ministerium stattgefunden hat. Auf Anregung der Heimatpfleger.

## Heimatbegriff erlebt Renaissance

Aus einem lange Zeit zumindest in bestimmten Kreisen fast anrüchigen, weil politisch und gesellschaftlich missbrauchtem Begriff, ist in Zeiten der Globalisierung wieder ein arbeitsfähiges Konzept geworden. Das Konzept Heimat – oft als Utopie, als Mythos, als Konstrukt, als moderne Imagination geschmäht – es scheint überlebensfähig, weil erstaunlich wandelbar, anpassungsfähig und flexibel.

Das Bewahren von Kulturgütern und historischer Identität ist kein Selbstzweck, sondern ist gegenwärtiger und – vor allem auch – zukünftiger Lebensqualität verpflichtet. Deshalb muss Heimatpflege nicht nur geschichtsorientiert, sondern auch zukunftsorientiert agieren. Sie darf sich drängenden Fragen neuer Heimatbedrohungen z.B. durch Zersiedelung, unpassenden Bauformen, Fluglärm, unkontrolliertem Straßenbau,

Ihr Josef Mederer  
Präsident des Bayerischen Bezirktags

Emnid-Umfrage zu Rekommunalisierung:

## Bürger befürchten Gebührenerhöhungen

Eine Emnid-Umfrage im Auftrag des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsentwickler e.V. (VBS) belegt: 65 % der Bürger befürchten tendenziell steigende Gebühren durch eine mögliche Rekommunalisierung der Müllabfuhr. Erfreulich hingegen ist die Tatsache, dass sich 97 % der befragten Bürger aus ganz Bayern „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“ über den Service ihres Müllentwärters äußern.

Im Freistaat Bayern werden ca. zwei Drittel aller Haushalte von Privatunternehmen entsorgt, welche im Auftrag der kommunalen Gebietskörperschaften tätig sind. Laut einer bayernweit repräsentativen Emnid-Umfrage sind 67 % „sehr zufrieden“ und 30 % „eher zufrieden“ mit der Qualität der Dienstleistung ihres Entsorgungsentwicklers. Hierzu VBS-Präsident Otto Heinz: „Diese Zahlen belegen, dass die mittelständisch geprägte Entsorgungswirtschaft in Bayern ein starker und zuverlässiger Partner für Kommunen und Bürger ist. Wichtig ist aus Sicht unseres Verbandes, dass die Dienstleistung öffentlich ausgeschrieben wird. Die Ausschreibung sollte möglichst auch Qualitätskriterien beinhalten und nicht nur auf den Preis allein den Zuschlag erteilen.“

Tendenz in den Kommunen

Vor dem Hintergrund eines Trends hin zur Rekommunalisierung von Entsorgungsdienstleistungen, zuletzt im ZAW Donau-Wald, wurden die Bürger auch zu ihrer Einschätzung hierzu befragt:

65 % der Befragten befürchten hierdurch eher steigende Gebühren, lediglich 23 % erwarten eher sinkende Gebühren.

### Effizienter Wettbewerb

VBS-Präsident Otto Heinz: „Wie richtig die befragten Bürger mit ihrer Einschätzung liegen, zeigt der regelmäßig veröffentlichte Vergleich der Abfall- und Abwassergebühren durch den Bund der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen. Dieser belegt immer wieder, dass die Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen das wirksamste Instrument gegen Gebührenerhöhungen ist. Denn Ausschreibungen bedeuten Wettbewerb. Und Wettbewerb drückt in aller Regel kräftig auf die Kosten.“ Dort wo auf Wettbewerb verzichtet wird und ohne Ausschreibung kommunale Eigenbetriebe zum Zuge kommen, besteht aus Sicht des VBS immer die Gefahr, dass über die Müllgebühr unrentable kommunale Projekte quersubventioniert werden. Diese Kosten hätten jedoch nichts in der Müllgebühr zu suchen. □

Der Bund hat im November 2014 für die Jahre 2015 und 2016 jeweils 500 Millionen Euro zugesagt – diese Mittel müssen die Länder an die Kommunen weiterleiten. Wie Maly erklärte, habe der Freistaat noch nicht signalisiert, dass er mit diesen Mitteln die Kommunen unterstützen will. Bayern müsse diese Mittel des Bundes für eine bessere Unterstützung der Kommunen verwenden. Vor dem Hintergrund, dass in vielen Kriegsregionen an den Grenzen Europas die Situation dramatisch sei, „sind Kompetenzrängeleien in Asylfragen zwischen Bund, Ländern und Kommunen fehl am Platz“. In der Praxis gebe es viele konstruktive Ansätze in den Kommunen und eine Fülle an Initiativen von hilfsbereiten Bürgern. „Jetzt ist weniger ein perfekter bürokratischer Ablauf gefragt, sondern rasche Hilfe.“

Schnelle Verfahren

Maly zufolge wäre mit schnellen Verfahren und unbürokratischen Genehmigungen, etwa zur Nutzung von Gebäuden, geholt. Dringend erforderlich sei der Ausbau der Asylsozialberatung, um den vielfach traumatisierten Menschen eine erste soziale Hilfe zu geben. Maly: „Eine Kiste mit Kuscheltieren oder ein Sack mit Kleidung ist gut gemeint, muss aber sinnvoll verteilt werden. Freiwillige, die mit Sprachunterricht helfen wollen, brauchen eine Anleitung.“

Um Asylverfahren geordnet und zügig durchzuführen, forderte Maly mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Diese zeige sich an der dramatisch steigenden Zahl von Asylbewerbern aus dem Kosovo. Maly: „Es darf nicht gleich pauschal Asylmissbrauch unterstellt werden. Das Grundrecht auf Asyl ist ein hohes Gut in Deutschland. Aber die Asylberechtigung muss zügig geprüft werden, abgelehnte Asylbewerber müssen schnell in sichere Herkunftsstaaten zurück. Das muss die Bundesregierung auch

für den Kosovo prüfen. Der Schlüssel zur Lösung des Problems der hohen Zahlen von Asylsuchenden liegt aber nicht im Bundesamt in Nürnberg, sondern in Priština. Dort muss gesteuert werden, um die Überlast in der Erstaufnahme abzumildern.“

„Die Zeit drängt. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz muss über 2019 hinaus verlängert werden“, lautete eine weitere Forderung Malys. Das GVFG wirke „wie die beste Prävention gegen den Verkehrsinfarkt in unseren Städten“, so der Vorsitzende.

### Investitionen in Verkehrsprojekte

Ohne Förderung durch Bund und Land könnten die Städte und Gemeinden in Bayern keine Verkehrsprojekte auf Straße und Schiene mehr neu anpacken; auch Investitionen für Erneuerungen etwa von U-Bahnstrecken aus den 1970er Jahren fielen unter das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Kommunen stellen laut Maly schon jetzt wichtige Projekte zur Verkehrsinfrastruktur zurück, weil die Rechtslage und die Finanzierung unsicher sind. Die Kommunen benötigten Planungssicherheit, ansonsten drohe heute schon ein Stillstand bei Großprojekten. Der Vorlauf von Bauvorhaben sei lang. Keine Stadt könne mehr ein großes Nahverkehrsprojekt anpacken, das nach 2020 beginnen soll. Allein die Planungszeiten für Großprojekte beim Bau von Straßen, U-Bahnen, Straßenbahnlinien oder S-Bahnen bräuchten einen Vorlauf, die Bauzeiten erstreckten sich über Jahre von der ersten Planung bis zur Inbetriebnahme könne es ein Jahrzehnt dauern.

Betroffen seien zum Beispiel in der Landeshauptstadt der Weiterbau der U-Bahn-Linie 4 nach Engelschalking, der Weiterbau der U-5 West von Laim nach Pasing (und später evtl. Freiham), die Sanierung bestehender U-Bahn-Röhren und Stationen, Leittechnik und Sicherungstechnik, eine

zweite S-Bahn-Stammstrecke, die Tram-Westtangente Fürstenrieder Straße sowie der Straßentunnel am Mittleren Ring.

In Augsburg seien die Mobilitätsdrehscheibe Hauptbahnhof mit Untertunnelung für die Straßbahn und die Erneuerung der Wertachbrücke vakant, während in der Metropolregion Nürnberg der Bau der Stadt-Umland-Bahn Nürnberg-Erlangen-Herzogenaurach, die Altstadtquerung, die Stadtbahn nach Kornburg, die Sanierung von U-Bahnhöfen und U-Bahn-Strecken sowie die Wiederbeschaffung von U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen betroffen seien. In Würzburg wiederum stelle sich die straßenbauliche Frage der Universitätserschließung.

„Es geht nicht nur um Neubau“, machte Maly deutlich: Die Pflege der Infrastruktur von Straße und Schiene sei über Jahre hinweg chronisch unterfinanziert gewesen. Bundesweit werde der Finanzbedarf auf jährlich über 7 Milliarden Euro beziffert, die Hälfte davon entfalle auf die kommunale Ebene. Daher fordert der Bayerische Städtetag eine Verlängerung der Bundesförderung über 2019 hinaus und eine Aufstockung von 1,33 auf 1,96 Mrd. Euro bundesweit jährlich für kommunalen Straßenbau und öffentlichen Nahverkehr.

Maly: „Die komplexe Verkehrsinfrastruktur ist in die Jahre gekommen. Dies hemmt die Mobilität der Menschen und behindert den Wirtschaftsstandort. Wir brauchen mehr Geld für die Sanierung von Verkehrswegen und eine dauerhafte Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Die Sanierung von Bahnstrecken, Haltestellen, Tunnel, Brücken und Straßen ist aufwändig. Wir leben schon zu lange von der Substanz und rutschen damit in immer gravierendere Probleme. Wenn der Verkehr in den Adern nicht mehr fließt, droht dem Land ein Verkehrsinfarkt. Das schadet der Wirtschaft und belastet Pendler, die auf Bahn, Tram oder Bus warten oder mit dem Auto im Stau stehen.“ DK

## Söders Coup...

(Fortsetzung von Seite 1)

gelder für den Breitbandausbau in Bayern zur Verfügung. Jede Gemeinde soll bis 2018 einen Anschluss an die Datenautobahn erhalten. Wenn dieser Anschluss mit vorhandener Infrastruktur für unsere Gemeinden leichter oder günstiger zu erhalten ist, bringt uns das schneller ans Ziel“, sagte Söder.

### Kräftiger Turbo

Die Rolle des Bayernwerks beschrieb Bayernwerk-Chef Gotzel folgendermaßen: „Wir sind vor allem Energienetzebetreiber. Wir bringen den Breitbandausbau mit auf den Weg. Wir bieten aber keine Kundenprodukte an. Dafür gibt es glücklicherweise eine Reihe leistungsfähiger Unternehmen, mit denen wir Kooperationen vereinbart haben. Mit unseren Ressourcen können wir innerhalb dieser Kooperationen als kräftiger Turbo für den bayerischen Breitbandmotor wirken.“ Das Bayernwerk-Hochspannungsnetz verfüge schließlich über eine beachtliche Glasfaserinfrastruktur mit einer Kabellänge von 4.000 Kilometern. Häufig ist laut Gotzel die Entfernung zum nächsten Anschlusspunkt das wirtschaftliche K.o.-Kriterium für einen kommunalen Breitbandanschluss. „In unserem Glasfaser-Netz haben wir rund 1.100 Verbindungsstellen, also Breitbandanschlüsse. Damit bringen wir das Glasfasernetz in die greifbare Nähe von rund 700 bayerischen Kommunen“, erläuterte Gotzel.

Diese Ressourcen werde das Bayernwerk in den bayerischen Breitbandausbau einbringen. „Dazu haben wir unter dem Motto „Bayernwerk verbindet Bayern“ Kooperationen mit den Breitbandanbietern amplus, Deutsche Telekom, Inexio, M-net, smart-DSL und Thüga MeteringService geschlossen, denen wir für die Zusammenarbeit sehr dankbar sind“, so Gotzel weiter. Die Kooperationen beinhalten auch die enge Abstimmung über die regionalen Netzbaumaßnahmen des Bayernwerks, um vorhandene Baustellen effizient für die Breitbandweiterführung zu nutzen. Zudem biete das Bayernwerk Kommunen an, sämtliche innerörtlichen Baumaßnahmen zu koordinieren und so auch dort den Breitbandausbau möglichst effizient zu gestalten.

### Die Kooperationspartner

Christof Englmeier, Vorstandsvorsitzender amplus AG: „Ganz Bayern wartet auf schnelles Internet. Die jetzt geschaffenen Synergien im Infrastrukturbereich sind der effizienteste Weg, um im Ausbau mit hoher Geschwindigkeit fortzuschreiten. Als noch junges Unternehmen mit dem zweitgrößten Breitbandnetz Bayerns ist Effizienz der Kernbestandteil unserer Arbeit. Besonders für unsere Hybridprojekte in Niederbayern und der Oberpfalz werden sich unsere Unternehmen ergänzen. Denn auf FTTH (Glasfaser bis ins Haus) setzen wir nicht nur in Neubaugebieten: Auch für abgelegene Gemeindeteile lehnen wir den Neubau von Kabelverzweigern ab und konzentrieren uns auf „fibre to the home“ mit 200.000 Kbit/s. Von der jetzt noch engeren Kooperation mit der Bayernwerk AG werden vor allem unsere Partner-Kommunen profitieren: Wir senken die Kosten über gemeinsam genutzte Infrastruktur und optimieren die Trassenplanung für die jeweils individuellen Anforderungen.“

Josef Scherl, Niederlassungsleiter Süd Deutsche Telekom Technik GmbH: „Wir sind sehr froh, dass unsere langjährige Partnerschaft mit dem Bayernwerk im Sinne unserer gemeinsamen Kunden intensiviert wird. Wir schaffen Synergien beim Bau

neuer Infrastruktur und der Nutzung vorhandener Infrastrukturen, um so schneller und kostengünstiger Bayern mit schnellen Breitbandanschlüssen zu versorgen. Wir werden Neubaugebiete in Koordination mit den Erschließungsmaßnahmen des Bayernwerks direkt mit modernster Glasfaserinfrastruktur (FTTB/FTTH) anbinden. Unser drittes Ziel besteht darin, die Gemeinden gemeinsam zu betreuen und zu beraten, um so bei Infrastrukturmaßnahmen in den Netzen des Bayernwerks und der Telekom gemeinsame Chancen zur Verbesserung der Breitbandversorgung zu identifizieren.“

### Synergien

Thorsten Klein, persönlich haftender Gesellschafter der inxio KGaA: „Seit acht Jahren betreibt unser Unternehmen erfolgreich Breitbandausbau in bisher unterversorgten Regionen. Eine der Grundlagen unserer Strategie ist neben der Ausnutzung aller Wertschöpfungsebenen das Heben von Synergien durch Kooperationen und Zusammenarbeit. Genau das praktizieren wir bereits seit einigen Jahren auch mit der Bayernwerk AG und freuen uns, dies nun mit der jetzigen Kooperation weiter zu vertiefen. Der Breitbandausbau ist eine gesellschaftliche Aufgabe, der wir uns als Unternehmen stellen und freuen uns auf viele erfolgreiche gemeinsame Projekte mit der Bayernwerk AG in den nächsten Monaten und Jahren.“

Peter Reisinger, Kooperationsverantwortlicher M-net Telekommunikations GmbH: „M-net gilt branchenweit als einer der Vorreiter beim Ausbau und der Bereitstellung von modernen Glasfaser-Internetanschlüssen. Rund 110.000 unterversorgten Haushalten hat M-net im Rahmen des bayerischen Breitbandförderprogramms I in ländlichen Regionen Bayerns einen direkten Zugang zu einem schnellen Internetzugang mit bis zu 50 teils sogar bis zu 100 Mbit/s ermöglicht. Die Haushalte verfügten vorher häufig nur über Bandbreiten von wenigen Mbit/s oder gar nur ISDN-Geschwindigkeit. M-net beteiligt sich weiterhin sehr aktiv am Breitbandausbau in Bayern. Schließlich stellt eine adäquate Breitbandversorgung einen wesentlichen Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung aber auch die Attraktivität der Region zum Wohnen dar. Dem dient auch die Kooperation mit dem Bayernwerk.“

### Effizienz erhöhen

Martin Naber, Geschäftsführer smart-DSL GmbH: „Wir freuen uns, durch die Kooperation mit der Bayernwerk AG im Bereich des Netzausbaus zukünftig wesentliche Synergieeffekte erzielen zu können. So müssen beispielsweise bei der Erschließung von Neubaugebieten notwendige Tiefbauarbeiten nur noch einmal vorgenommen werden, was die Kosten senkt und die Effizienz erhöht. Durch die regionale Ausrichtung beider Unternehmen sehen wir großes Potential darin, gemeinsam als Partner auf Augenhöhe für unsere Kunden und Geschäftspartner aufzutreten.“

Peter Hornfischer, Geschäftsführer Thüga MeteringService GmbH (TMS): „Unter dem Motto „regionale Wertschöpfung durch sinnvolle Kooperationen“ erschließen die Thüga MeteringService GmbH (TMS) und ihre derzeitigen Partner bereits seit Jahren Gebiete im unterversorgten, meist ländlichen Raum mit leistungsfähigen Breitbandnetzen. TMS unterstützt lokale Versorger und Kommunen als Dienstleister beim Aufbau und Betrieb eines Hochgeschwindigkeitsnetzes. Dabei wird die Wert-

schöpfung in der kommunalen Umgebung belassen. Schnelle Breitbandverbindungen aus der Region sind der Schlüssel zu langfristigem Erfolg für die Region. Mit dem Bayernwerk wurde nun ein weiterer Kooperationspartner gewonnen, der durch ein leistungsfähiges Glasfaser- und Leerrohrnetz bei der Erschließung weiterer Gebiete und neuer Potentiale im Breitbandausbau unterstützen wird.“

### Netzausbau

Die Bayernwerk AG ist der größte regionale Netzbetreiber in

(Fortsetzung von Seite 1)

sei darauf zu achten, dass bei der Reform der Erbschaftsteuer keine neuen Belastungen entstehen. „Wir müssen dafür sorgen, dass Betriebe fortbestehen. Der Tourismus ist ein „starkes Stück bayerischer Wirtschaft“.“

Allein im Gastgewerbe arbeiten laut Aigner 354.000 Beschäftigte, das sind mehr als in der Automobilbranche (rund 200.000). „Wir unterstützen den Tourismus in diesem Jahr noch einmal stärker: 27,5 Mio. Euro stecken wir allein 2015 in den Bayerntourismus. Das sind noch einmal 1,3 Mio. mehr als 2014.“

### Spitzenposition

Bei allem Grund zum Jubeln ist es Aigners Anspruch, dass der Bayerntourismus seine Spitzenposition behauptet. „Dafür setzen wir in unserer Tourismuspolitik und in unserem Tourismusmarketing 2015 viele neue Impulse. Und wir bündeln unsere Kräfte.“ Um möglichst optimale Rahmenbedingungen für den Tourismus zu schaffen, wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. „Über die Ressortgrenzen hinweg setzen wir uns für den Bayerntourismus ein und schaffen so zusätzliche Synergien“, betonte die Ministerin.

Als weltweites „Megathema“ bezeichnete die Politikerin den Gesundheitstourismus. „Mit unseren Kurorten und Heilbädern sind wir hier sehr gut aufgestellt. Wir können hervorragende medizinische Qualität und ein ausgezeichnetes Angebot vorweisen. Diesen Wettbewerbsvorteil wollen wir in Zukunft weiter ausbauen. Im Marketing für unsere Kurorte und Heilbäder werden wir die Dachmarke „Gesundes Bayern“ noch stärker profilieren und mit Emotionen und Alleinstellungsthemen anreichern. Außerdem werden wir in diesem Bereich für unsere internationalen Märkte eine passgenaue Strategie entwickeln. Wir wollen unsere Zielgruppen im Ausland identifizieren und maßgeschneidert mit den entsprechenden Angeboten aus unseren Kurorten und Heilbädern bewerben. Dabei unterstützt uns das Gesundheitsministerium auch finanziell.“

Im Zeitalter von Smartphones, Tablets und Smart TV sei die digitale Vermarktung auch im Tourismus ein Muss, fuhr die Ministerin fort. Im digitalen Tourismusmarketing geschehe bereits viel. Diese Bestrebungen wolle man weiter vorantreiben. Aigner: „Wir werden eine Bestandsaufnahme zum Stand der Digitalisierung im Bayerntourismus durchführen. Auf dieser Grundlage werden wir den Touristiker einen Leitfaden an die Hand geben, um das digitale Marketing vor Ort voranzubringen. Unsere Bayern Tourismus Marketing GmbH und die Regionalverbände können dabei auch künftig mit unserer Unterstützung rechnen. Schließlich wollen wir best-practice-Beispiele im digitalen Marketing mit einem neuen Preis auszeichnen.“ Der Tourismustag 2016 werde unter dem Motto „Digitalisierung im Tourismus“

Bayern. Mit einem Stromnetz von rund 152.000 Kilometern Länge und einem über 5.500 Kilometer langen Erdgasnetz sichert das Unternehmen die Energieversorgung in weiten Teilen des Freistaats. Zudem betreibt das Bayernwerk ein Straßenbeleuchtungsnetz mit einer Länge von 34.500 Kilometern. Das Netzgebiet des Bayernwerks erstreckt sich über Unter- und Oberfranken, die Oberpfalz sowie Nieder- und Oberbayern. In seinem Netz transportiert das Unternehmen mehr als 50 Prozent regenerativer Energie. Zu den Kernaufgaben des Bayernwerks zählen neben einer sicheren Versorgung

insbesondere der Ausbau und die technologische Entwicklung der Netzinfrastruktur. Zudem bietet das Bayernwerk seinen Kunden unterschiedliche Energiedienstleistungen. Das Tochterunternehmen Bayernwerk Natur kümmert sich um den Bau und den Betrieb dezentraler und regenerativer Kleinkraftwerke. Das Bayernwerk gestaltet die Energiezukunft in Bayern maßgeblich mit und leistet einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Sitz des Unternehmens ist Regensburg. Das Bayernwerk ist eine 100-prozentige E.ON-Tochter. □

## Aigners Erfolg...

stehen. „Mit diesen und weiteren Initiativen werden wir im Bayerntourismus einen großen Schritt in Richtung einer flächendeckenden Digitalisierung machen. Wir wollen alle mitnehmen: Den kleinen Campingplatz im Allgäu genauso wie die familiengeführte Pension in der Rhön.“

Zur erfolgreichen Positionierung der touristischen Dachmarke Bayern würden immer wieder neue Themenfelder benötigt, fuhr die Ministerin fort. „Wir müssen neue Impulse setzen. Wir müssen unsere bayerischen Trümpfe auspielen. Und wir müssen uns noch stärker von den touristischen Mitbewerbern abgrenzen.“ In diesem Jahr gehe die by.TM mit dem neuen Themenfeld „Herrschaftliches Bayern“ an den Start. Sie biete eine weitere Marketingplattform und Positionierungsmöglichkeit unter dem Dach der starken Marke Bayern.

Das Thema steht für eine Form des besonderen Reisens, die dem Gast Einblick gewährt in die Welt des bayerischen Adels mit all seinen Facetten: „Herrschaftliche Anwesen, die von den Erben ihrer einstigen Erbauer bewohnt werden und die heute zum Besuch einladen, herrschaftliche Gärten und Parks, in denen man wunderbar spazieren kann, königliche Hoflieferanten, bei denen man noch heute in den Genuss edler Handwerkskunst und vorzüglicher Speisen kommt und Schlosshotels, die dazu einladen, eine Nacht in historischen Gemäuern zu verbringen.“

### Herrschaftliches Bayern

Hier liegen nach Aigners Auffassung große Chancen für den Bayerntourismus: „Für mehr als die Hälfte unserer deutschen Gäste gehört die Beschäftigung kultureller und historischer Sehenswürdigkeiten zu den wichtigsten Urlaubskativitäten. Bei der Urlaubsentscheidung zählt außerdem immer mehr der Wunsch nach authentischen Erlebnissen und nach erlebbarer Geschichte. Dieses Potenzial besser auszuschöpfen ist das Ziel des Themenfeldes „Herrschaftliches Bayern“. Offizieller Startschuss ist im März. Dann geht der Internetauftritt „www.herrschaftliches-bayern.de“ an den Start und es erscheint die Broschüre „Herrschaftliches Bayern“. Flankiert werde die neue Kampagne durch zahlreiche zielgruppenspezifische Marketingmaßnahmen, informierte Aigner.

Wie Geschäftsführer Dr. Martin Spantig ausführte, sei auch für die BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH, deren Aufgabe es ist, Bayern im In- und Ausland als vielseitiges Reiseziel zu präsentieren, das Tourismusjahr sehr erfolgreich verlaufen. „Die sozialen Netzwerke sind die perfekten Kanäle, um Gäste zu einem Urlaub in Bayern zu inspirieren. Von daher freut es mich, dass 2014 für unsere Social Media-Auftritte ein sehr erfolgreiches Jahr war - unser internationaler Facebook-Auftritt „Visit Bavaria“ hat beispielsweise ein Fanwachstum von über 300 Prozent bei weiterhin sehr hoher Interaktion“, stellte Spantig fest.

Ulrich N. Brandl, Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern, erklärte: „Destinationen werden immer leichter erreichbar, die Digitalisierung sorgt für immer transparentere Angebote. Wenn Bayern vor diesem Hintergrund erneut Rekorde erzielt, ist dies ein klarer Beleg für ein herausragendes Angebot aller Akteure. Ausruhen gilt dabei nicht und so haben die Hoteliers im Nachgang zur Umsatzsteuerreduzierung kräftig investiert – das sage nicht nur ich, das sagt auch das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr. Deren Studie belegt, dass sich die Steuerreduzierung auch für den Staat gerechnet hat. Zugleich weist sie darauf hin, dass die Gastronomie ebenfalls dringend eine Reduzie-

rung der Umsatzsteuer benötigt.“ Mit Blick auf die zu verzeichnenden Zuwächse in den Bereichen Ankünfte und Übernachtungen bereitet Brandl die Tatsache Sorge, dass diese nicht gleichmäßig verteilt seien, einzelne Tourismusregionen gar eine negative Entwicklung aufwiesen. Jetzt sei alles zu unternehmen, dieses Ungleichgewicht zu kompensieren, so der DEHOGA Bayern-Präsident.

Die Heilbäder und Kurorte verzeichneten 2014 fast 4,8 Millionen Ankünfte und 22,3 Millionen Übernachtungen und damit einen Zuwachs von 2,6 Prozent bei den Ankünften und 0,1 Prozent bei den Übernachtungen. Der Vorsitzende des Bayerischen Heilbäderverbandes Klaus Holetschek freute sich über dieses gute Ergebnis: „Jede vierte Übernachtung im Bayerntourismus 2014 fand in einem Heilbad statt. Das ist ein deutliches Signal für die Attraktivität und Leistungsfähigkeit unserer Orte. Die bayerischen Heilbäder und Kurorte sind mit einem Brutto-Umsatz von jährlich 3,7 Milliarden Euro und rund 100.000 Beschäftigten ein wichtiger Pfeiler des bayerischen Tourismus. Das Rekordergebnis 2014 motiviert uns für die weiteren Aufgaben. Wir können hier ein ausgezeichnetes Angebot vorweisen, das wir unter der Dachmarke „Gesundes Bayern“ noch stärker profilieren und bewerben wollen. Ein zunehmend wichtiger Faktor im Gesundheitstourismus sind auch ausländische Gesundheitstouristen, die wir künftig noch zielgenauer ansprechen wollen.“ DK

## Fitnessprogramm...

(Fortsetzung von Seite 1)

Um den Flüchtlingsstrom einzudämmen, müssten die Probleme in den Herkunftsstaaten behoben werden. Der Europaabgeordnete plädierte hier für ein härteres und klareres Auftreten der EU-Kommissare gegenüber den entsprechenden Ländern.

Als „von russischer Propaganda medial durchgezogen“ bezeichnete Weber die Ukraine-Krise. Es werde versucht, die Fehler Russlands in die Schuhe der Deutschen und Europäer zu schieben. „Hier darf man sich nicht blenden lassen“, meinte der EVP-Chef.

Um der Terrorgefahr in Europa Herr zu werden, seien zahlreiche gesetzgeberische Maßnahmen notwendig. Benötigt werde eine europaweite Vernetzung der Polizei und Behörden, unter anderem auch die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung. Nach Webers Überzeugung wird die Terrorgefahr als Identitätskampf der politischen Rechten missbraucht. Die Werte- und Religionsfreiheit dürfe nicht gefährdet werden. Etwas ein Drittel aller Parlamentarier im EU-Parlament seien entweder den Rechts- oder Linkspopulisten zuzuordnen, wodurch ein starker populistischer Druck entsteht.

Kritisch betrachtet die Europäische Kommission wegen der ungeländerten Rechtsfrage des Antidiskriminierungsgrundsatzes das Einheimischenmodell. Der Bundesrepublik droht deswegen sogar eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Weber unterstrich, sich weiterhin für eine Umsetzungsmöglichkeit in den Kommunen einzusetzen.

Nach Stefan Rößles Darstellung hat sich das Einheimischenmodell als Instrument für die soziale Infrastruktur vor Ort mehr als bewährt und sollte auch zukünftig von den Gemeinden genutzt werden können. Im November 2014 bereits hätten Städtetag und Gemeindetag eine gemeinsame Erklärung abgegeben, dass ihrer Einschätzung nach ein Entwurf, den die Oberste Baubehörde des bayerischen Innenministeriums erarbeitet hat, mit dem Europarecht vereinbar sei. Rößle: „Als KPV fordern wir daher eine dauerhafte Rechtssicherheit im Sinne unserer betroffenen Gemeinden.“ DK

# Wo die Zukunft Einzug hält, ist Kabel Deutschland.



## Das Hybrid-Glasfaser-Koaxialnetz von Kabel Deutschland

Gemeinden im Internet-Ausbaugebiet von Kabel Deutschland sind bereits heute an die multimediale Zukunft angeschlossen. Dank der hohen Bandbreite werden eine zukunfts-fähige Versorgung und viele weitere Vorteile gewährleistet:

- ▶ Zukunftsfähige Infrastruktur für private Haushalte und Gewerbetreibende
- ▶ Download-Geschwindigkeiten von bis zu 200 Mbit/s in Ausbaugebieten<sup>1</sup>
- ▶ Fernsehen, Internet und Telefon über einen Anschluss<sup>2</sup>
- ▶ Auch im ländlichen Raum verfügbar

Weitere Informationen und Verfügbarkeitsauskunft auf  
**[www.kabeldeutschland.de/wohnungsunternehmen/kommunen](http://www.kabeldeutschland.de/wohnungsunternehmen/kommunen)**

Für Anfragen zum weiteren Netzausbau in Ihrer Gemeinde wenden Sie sich an:  
**[breitbandoffensive@kabeldeutschland.de](mailto:breitbandoffensive@kabeldeutschland.de)**

Es lohnt sich!

**Ihr Kabelanschluss für Fernsehen, Internet und Telefon.**



**Kabel Deutschland**  
Ein Vodafone Unternehmen.

1) Die Maximalgeschwindigkeit von 200 Mbit/s ist in Aurich, Bassum, Bendorf, Frankfurt (Oder), Gräfensee, Koblenz, Mainz, Meppen, München, Papenburg, Saarbrücken und Wilhelmshaven und mit modernisiertem Hausnetz verfügbar. Weitere Städte und Regionen folgen. Bitte prüfen Sie, ob Sie die Produkte von Kabel Deutschland an Ihrem Wohnort nutzen können.  
2) Internet und Telefon von Kabel Deutschland sind in immer mehr Ausbaugebieten mit modernisiertem Hausnetz verfügbar, die Maximalgeschwindigkeit von 100 Mbit/s ist in immer mehr Städten und Regionen der Ausbaugebiete und mit modernisiertem Hausnetz verfügbar.  
Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Stand: Februar 2015 Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH • Betastr. 6-8 • 85774 Unterföhring

Vormerken!  
23. April  
2015

## Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum 3. Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim dritten Bayerischen Wasserkraft-Forum am 23. April 2015 in Landshut. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO<sub>2</sub>-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für Besucher ist die Teilnahme an diesem Symposium kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse. □

Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern:

## „Wasserkraft – ja bitte!“

Um die Bedeutung der Wasserkraft besser in der Öffentlichkeit zu kommunizieren und deren Nutzen erlebbar zu machen, wurde die Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um eine Aktion der Wasserkraftunternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

Die Partner der Initiative sind aktuell: Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, Augsburg, E.ON Kraftwerke GmbH, Landshut, Rhein-Main-Donau AG, München, SÜC Energie und H2O GmbH, Coburg, VERBUND AG, Wien, VERBUND Innkraftwerke GmbH, Töging, Grenzkraftwerke GmbH, Simbach, Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V., München sowie der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

### Verlässlichste Stromquelle

Wie Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, beim VBEW-Pressegespräch in München betonte, zeige der Energiedialog der Bayerischen Staatsregierung deutlich die Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende. Die Wasserkraft könne hier einen wichtigen Beitrag leisten. Sie sei Bayerns wichtigste zuverlässige und älteste erneuerbare Stromquelle und daher für die Energiewende der verlässlichste regenerative Partner. „Die große Bedeutung der regenerativen Wasserkraft muss in unserer erneuerbaren Energiewelt in Bayern noch viel stärker in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gerückt werden“, kommentierte Schleich.

### Beitrag zur Systemstabilität

Laut RMD-Vorstand ist die Wasserkraft mit einem Anteil von knapp 50 Prozent die wichtigste und am stärksten ausgebaut Form der Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen in Bayern. Anders als die wetter- und tageszeitenbedingte stark fluktuierende Wind- und Sonne ist sie grundsätzlich rund um die Uhr verfügbar und kann damit gleichermaßen in Grund-, Mittel- und Spitzenlast eingesetzt werden. Sie leistet daher einen wichtigen Beitrag zur Bedarfsdeckung und Systemstabilität. Zudem ist die Wasserkraft ressourcenschonend, emissionsfrei, speicherbar und preiswert.

### Hochwasserschutz

Neben der Stabilisierung der Flusssohle trage die Wasserkraft auch zum Hochwasserschutz bei. Zudem sei das Entfernen des Wohlstandsmülls aus den Flüssen ein „positiv ökologisch besetztes Thema“. Allein bei den RMD-Kraftwerken fielen pro Jahr 50.000 m<sup>3</sup> Wohlstandsmüll an, erläuterte Schleich.

Ein weiterer Vorteil der Wasserkraft: Sie ist eine sehr beliebte Energieform. So sieht der aktuelle Energiekompass der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie von 2013 die Akzeptanz der Wasserkraftenergie in der Bevölkerung noch vor Wind und Sonne.

Nach Schleichs Worten soll die Stromerzeugung aus Wasserkraft in Bayern um knapp 10 Prozent (von derzeit 12,5 Mrd. kWh/Jahr auf 13,5 Mrd. kWh/Jahr) bis zum Jahr 2021 erhöht werden. „Würde ich diese weitere Milliarde Kilowattstunden mittels der Windkraft generieren, bräuhete ich ca. 500 zusätzliche Windkraftanlagen – ein mengenmäßig interessantes Potenzial“, bescheinigte der RMD-Chef.

Nach Schleichs Worten soll die Stromerzeugung aus Wasserkraft in Bayern um knapp 10 Prozent (von derzeit 12,5 Mrd. kWh/Jahr auf 13,5 Mrd. kWh/Jahr) bis zum Jahr 2021 erhöht werden. „Würde ich diese weitere Milliarde Kilowattstunden mittels der Windkraft generieren, bräuhete ich ca. 500 zusätzliche Windkraftanlagen – ein mengenmäßig interessantes Potenzial“, bescheinigte der RMD-Chef.

### Begleiteffekte minimieren

Er wies auch darauf hin, „dass wir mit den Aktivitäten von ‚Wasserkraft – Ja bitte!‘ im Spannungsfeld von verschiedenen Dialogpartnern stehen“. Die Partner der Initiative unterstützen das Dialogangebot aus Politik und Verbänden und wollten sich gemeinsam für die heimische Wasserkraft stark machen. „Auch mit den Fischerei- und Naturschutzverbänden erarbeiten wir gemeinsam Lösungen“, unterstrich Schleich und ergänzte: „Jede Energieform hat negative Begleiteffekte, dazu stehen wir. Wir versuchen aber, diese Effekte zu minimieren.“ So würden in Verbindung mit ökologischen Optimierungsmaßnahmen an den Wasserkraftwerksstandorten (Fischdurchgängigkeit) weitere erhebliche Verbesserungen für die Umwelt erreicht.

### Richtiger Zeitpunkt

Laut Michael Amerer, Geschäftsführer der VERBUND Innkraftwerke GmbH und der VERBUND Grenzkraftwerke GmbH, kommt die Initiative „Wasserkraft – ja bitte!“ zum richtigen Zeitpunkt. Es sei wichtig, klar und deutlich zu kommunizieren, wo die Wasserkraft steht. Allein der VERBUND als Bayerns größter Wasserkraftproduzent stellt im Freistaat für ökologische Maßnahmen wie die Renaturierung der Flüsse oder Fischaufstiegs- hilfen im kommenden Jahr 50 Mio. Euro zur Verfügung. Zudem würden 30 Mio. Euro in die Instandhaltung investiert.

VBEW-Pressegespräch zum Energiedialog Bayern:

## Plädoyer für schlussiges Gesamtkonzept

Im Rahmen eines Pressegesprächs in München hat der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft Stellung zu den Ergebnissen des Energiedialogs Bayern bezogen. Darüber hinaus stellte er die Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ (siehe nebenstehender Artikel) vor.

„Für uns als Verband war dieser Energiedialog ein richtiger Schritt, schon deshalb weil er aufgezeigt hat, dass die Energiewende ohne den vielbeschworenen gesellschaftlichen Konsens nicht zu schaffen sein wird“, erklärte VBEW-Vorsitzender Wolfgang Brandl. Die Diskussionen seien sehr konstruktiv verlaufen und alle divergierenden Interessen eingebracht worden. Jetzt gelte es, „nicht nur in Bayern, sondern auch mit dem Bund einen politisch tragfähigen Kompromiss zu finden, der vor allem ener-

auf das aus bayerischer Sicht unbedingt notwendige Maß reduziert werden, wenn der Freistaat gleichzeitig vom europäischen Strombinnenmarkt profitieren will und eine eigene Preiszone verhindern möchte, die in der Tendenz mit höheren Strompreisen verbunden wäre?“

### Im Spielfeld der Politik

Für die Auflösung dieser Widersprüche liegt der Ball nach Brandls Auffassung im Spielfeld der Politik. Die bayerische Energiewirtschaft werde ihren Beitrag

hunderttausend kleinen Blockheizkraftwerken“, legte Brandl dar. Auch sei im Rahmen des Energiedialogs festgestellt worden, dass es nach dem Abschalten aller bayerischen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022 gelte, eine Deckungslücke von rund 40 TWh und eine Kapazitätslücke von mindestens 5 GW zu schließen.

Brandl zufolge benötigt Bayern Versorgungssicherheit mit Energie für Industrie, Gewerbe und Haushalte. „Wie man dies möglichst preisgünstig und mit den Zielen der Energiewende vereinbar realisiert, wird die zentrale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte der bayerischen Politik in Zusammenarbeit mit der Energiewirtschaft sein.“

### Für Standort-Mix

Nach Brandls Worten tritt die bayerische Energiewirtschaft für einen ausgewogenen Standort-Mix ein. An einem sinnvollen Ausbau der Strom- und Gasnetze auf allen Spannungsebenen und Druckstufen werde man aber in keiner Variante vorbeikommen: „Es gilt, der betroffenen Bevölkerung aufzuzeigen, dass man in Bayern auch Großprojekte sehr umwelt- und landschaftsverträglich und damit bürgerfreundlich realisieren kann.“

„In Zukunft muss Qualität vor Quantität gehen“, hob der Vorsitzende hervor. Der schönste Strom aus Wind und Sonne nütze nichts, wenn er nicht gebraucht wird und von der Netzinfrastruktur

tur nicht weitergeleitet werden kann. In Bayern würden im Jahressaldo rund ein Drittel des Stromverbrauches bereits durch erneuerbare Energien gedeckt, in den Verbrauchssektoren „Mobilität“ und „Gebäudewärmebedarf“ dominierten weiter die fossilen Brennstoffe. Es sei sinnvoll und weitaus günstiger, in den nächsten Jahren in diesen Bereichen genauso ehrgeizige Ausbauziele zu definieren und umzusetzen, als sich weiterhin nur auf eine volatile Stromerzeugung nach dem Prinzip „produce and forget“ zu konzentrieren. „Wir müssen die Verbrauchssektoren ‚Strom‘, ‚Wärme‘ und ‚Mobilität‘ auf der Grundlage erneuerbarer Energien besser miteinander vernetzen“, stimmte Wolfgang Brandl der Auffassung von Ministerin Aigner zu.

### Speicherkapazitäten vonnöten

Je weiter der Ausbau der volatilen Stromerzeugung aus Sonne und Wind voranschreitet, desto dringender werden nach Brandls Überzeugung Speicherkapazitäten benötigt, die nicht nur für wenige Minuten oder Stunden, sondern kontinuierlich für Tage oder gar Wochen Elektrizität bereitstellen können.

Da die Energiewende keine reine Stromwende sei, unterstütze der VBEW das Anliegen der Bayerischen Staatsregierung, verbesserte Rahmenbedingungen für die energetische Gebäudesanierung zu schaffen und für einen sparsamen Umgang mit Elektrizität zu werben. Und weil eine erfolgreiche Energiewende auch eine Mobilitätswende sei, setze sich die bayerische Energiewirtschaft schließlich für die emissionsarme Elektro- und Erdgasmobilität ein, stellte Wolfgang Brandl fest. DK



Von links: Detlef Fischer (VBEW), Wolfgang Brandl (VBEW), Dr. Albrecht Schleich (RMD), Michael Amerer (Verbund). □

giewirtschaftlich sinnvoll ist“, unterstrich Brandl.

### Widersprüchliche Fragen

Fakt sei aber auch, dass zahlreiche Fragezeichen im Raum stehen, fuhr der Vorsitzende fort. Der Abschluss des Energiedialogs habe dazu mehrere im Kern widersprüchliche Fragen aufgeworfen: Wie kann es gelingen, den Neubau von Gaskraftwerken in Bayern zu realisieren, wenn schon heute bestehende Gaskraftwerke unrentabel sind? Wie soll ein künftiger Betrieb von Gaskraftwerken in Bayern umgesetzt werden, ohne dass es zu signifikanten Strompreissteigerungen für Industrie und Haushalte – wie von der Bayerischen Staatsregierung für erforderlich gehalten – kommt? Wie kann sich Bayern dem Abtransport von Windkraftstrom aus Nord- und Mitteldeutschland künftig verweigern und gleichzeitig den eigenen überschüssigen Photovoltaikstrom weiter exportieren und von allen bezahlen lassen? Und: Wie kann der Ausbau der Übertragungsnetze – wie von der Staatsregierung gewünscht –

„Das bedeutet Arbeitsplätze auch für die Region“, verdeutlichte Amerer.

### Gute Beispiele

„Wir haben regional und lokal sehr gute Beispiele und Anwendungen, die den vielfältigen Nutzen der Wasserkraft erlebbar machen – dies wollen wir zeigen“, betonte der Geschäftsführer. Ihre ökologischen Vorzüge und ihre Rolle für die Unterstützung der Energiewende würden allgemein immer noch unterschätzt. Auf der neuen Homepage [www.wasserkraft-ja-bitte.com](http://www.wasserkraft-ja-bitte.com) stellen die Partner der Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ ein umfangreiches und ausführliches Informationsangebot zur

weiteren Umsetzung der Energiewende leisten. Dafür benötige sie jedoch ein schlussiges Gesamtkonzept. Langfristige Investitionssicherheit laute das Zauberwort. „Und egal für welche Variante man sich entscheidet, eine Energiewende, die man im Landschaftsbild nicht sieht, kann und wird es nicht geben“, machte Brandl deutlich.

### Enorme Herausforderungen

Für Bayern seien die Herausforderungen deshalb sehr groß, weil mit dem Ausstieg aus der Atomkraft 2022 in einem hohen Maße gesicherte Erzeugungskapazitäten wegfallen werden, informierte der VBEW-Vorsitzende. Kein anderes Bundesland sei von den Herausforderungen so betroffen wie Bayern. „Wenn wir uns vor Augen führen, dass der Strombedarf in Bayern pro Jahr bis 2023 wie in den letzten Jahren rund 90 TWh betragen und der maximale Bedarf an Leistung, der rund um die Uhr zur Verfügung stehen muss, bei 12,5 GW liegen wird, müssen wir mit dem Ausstieg aus der Atomkraft in Bayern etwa 10 bis 15 Großkraftwerke ersetzen oder mit mehreren

Wasserkraft in Bayern bereit, das kontinuierlich erweitert wird.

So stehen virtuelle Rundgänge ebenso auf der Homepage wie Informationsmaterialien zum Downloaden, Grafiken, weiterführende Links etc. Vor Ort bieten die bayerischen Wasserkraftunternehmen viele Besichtigungsmöglichkeiten in großen und auch kleinen Wasserkraftwerken an, gegebenenfalls auch Tage der Offenen Tür und viele andere interessante Aktionen. Aktuell nehmen die Partner der Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ am 23. April 2015 am 3. Bayerischen Wasserkraftforum der Bayerischen Gemeindezeitung in Landshut teil. DK

## Klimaschutz in Stadtwerken leicht gemacht

Deutsche Umwelthilfe stellt nach Abschluss des Wettbewerbs „KlimaStadtWerk des Monats“ Empfehlungen für kommunale Unternehmen vor

Eine erfolgreiche Energiewirtschaft und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen schließen sich nicht aus. Das beweisen die sechs Gewinner des Wettbewerbs „KlimaStadtWerk des Monats“, welche die Deutsche Umwelthilfe (DUH) ausgezeichnet hat. Ihre Umsetzungen sind als Praxisbeispiele in dem jetzt erhältlichen DUH-Handlungsleitfaden für mehr Klimaschutz in Stadtwerken miteingeflossen. Dieser unterstützt kommunale Energieversorger bei der Überprüfung und beim Ausbau ihrer Klimaschutzstrategie.

Alle Sieger des „KlimaStadtWerk“-Wettbewerbs haben mit konkreten, auf die lokale Situation zugeschnittenen Maßnahmen deutliche CO<sub>2</sub>-Einsparungen erzielt. Der Mehrzahl ist es gelungen, Klimaschutzstrategien in die gesamte Geschäftstätigkeit einzubetten. „Die Auswertung der 38 Einreichungen kommunaler Energieversorger mit insgesamt 51 Klimaschutzprojekten bzw. -maßnahmen zeigt, dass sich die teilnehmenden Stadtwerke vor allem in den Geschäftsfeldern Strom und Wärme engagieren. Die Themen Energieeffizienz und klimaschonende Mobilität spielen in den Strategien eine noch untergeordnete Rolle“, resümiert Oliver Finus, Projektmanager bei der DUH. Eine zusammenfassende Wettbewerbsauswertung findet sich unter [www.duh.de/klimastadtwerk-wettbewerb.html](http://www.duh.de/klimastadtwerk-wettbewerb.html).

Der Leitfaden „Stadtwerk mit KlimaZukunft – Handlungsempfehlungen für mehr Klimaschutz in Stadtwerken“ hilft den Energieversorgern dabei, Klimaschutzmaßnahmen in die eigenen Geschäftstätigkeiten zu integrieren. Er ist nach folgenden Bereichen gegliedert: Strom,

Wärme (Kälte), Energieeffizienz, Mobilität (inklusive ÖPNV) sowie Wasser/ Abwasser/ Abfall.

Im jeweils ersten Teil eines Kapitels werden Empfehlungen für die Integration von Klimaschutzaspekten im entsprechenden Geschäftsbereich aufgeführt. Am Ende jedes Kapitels kann man anhand einer kurzen Checkliste überprüfen, welche Beiträge zum Klimaschutz bereits in die Geschäftstätigkeit in der jeweiligen Sparte eingeflossen sind und wo das kommunale Unternehmen zukünftig tätig werden kann. Die Broschüre ist unter [www.duh.de/klimastadtwerk-leitfaden.html](http://www.duh.de/klimastadtwerk-leitfaden.html) erhältlich.

Alle Stadtwerke des Monats sind unter [www.duh.de/klimastadtwerk-des-monats.html](http://www.duh.de/klimastadtwerk-des-monats.html) zu finden. Das Projekt „KlimaStadtWerk“ wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert. Kooperationspartner des Wettbewerbs waren der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU), der Deutsche Städte- und Gemeindebund. □

Stadtratspressekonferenz in Augsburg:

## Aktueller Stand „Energiesandort 2015“

Aufgrund der Liberalisierung des Strommarktes und der Energiewende stehen viele deutsche Stadtwerke vor neuen großen Aufgaben. swa und erdgas schwaben arbeiten deshalb seit über einem halben Jahr an der Frage, ob und wie man gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft meistern kann. Dieser Prozess heißt „Energiesandort 2015“.

Im Rahmen einer Pressekonferenz stellte Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl als Vertreter des alleinigen swa-Gesellschafters Stadt Augsburg gemeinsam mit den Geschäftsführern der swa, Klaus-Peter Dietmayer und Dr. Walter Casazza sowie Dr. Gerhard Holtmeier (Mitglied der Thüga Geschäftsführung) den aktuellen Stand des Vorhabens vor.

### Region und Stadt profitieren

Laut Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer von swa und erdgas schwaben in Personalunion, profitieren bei einer möglichen Zusammenarbeit Region und Stadt auf vielfältige Weise. Durch die größere Marktkraft von zwei Unternehmen wächst die Versorgungssicherheit für die Bürger. Und vor allem: Es wächst die Sicherheit der regionalen Arbeitsplätze im Bereich Energie.

Mittelfristig seien damit auch die Aufträge für Zulieferer und

Auftragnehmer in der Region abgesichert. Die Vernetzung von Kommunen, Kunden und Lieferanten lasse sich effizienter und wirtschaftlicher umsetzen. Das Produktportfolio beider Unternehmen im Energiebereich sei für alle Kunden im jeweiligen Vertriebsgebiet zugänglich und damit ein Plus im Wettbewerb mit überregionalen Anbietern. Das Profil Augsburgs als Zentrum für Ressourceneffizienz und Umweltkompetenz könne stärker auf das Umland ausstrahlen und die Region noch deutlicher als Umweltstandort positionieren.

Im Wettbewerb der Großstädte gewinne Augsburg eine weitere Facette als wichtiger Player einer regionalen Energieinitiative und mache das komplette Strom Know-how von swa für Schwaben nutzbar. „Stadt und Region werden damit mittelfristig für die Einwohner, für Zuzug und für Ansiedlung von Unternehmen sowie für politische



Von links: swa-Geschäftsführer Dr. Walter Casazza, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, swa- und erdgas schwaben-Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer und Dr. Gerhard Holtmeier, Mitglied der Thüga Geschäftsführung. Bild: DK

Unterstützung noch attraktiver“, konstatierte Dietmayer.

Die im Herbst 2014 auf Beschluss des Stadtrats angelaufene detaillierte Machbarkeitsstudie sei weit fortgeschritten, erklärte Dietmayer. Sie soll im März fertig gestellt sein. Die Studie belege, dass die Zusammenarbeit in vielen Bereichen vorstellbar ist – beispielsweise beim Betrieb eines gemeinsamen IT-Zentrums, eines gemeinsamen Kunden-Centers oder einer gemeinsamen Vertriebsgesellschaft.

### Synergieeffekte

Auch die Nutzung von Einkaufsvorteilen durch die Bündelung der Beschaffung beider Unternehmen sei denkbar. Diese Maßnahmen könnten teilweise in strategischen Kooperationen und teilweise in einem Joint Venture Unternehmen realisiert

werden. Die größten Synergieeffekte würden bei einer Fusion entstehen. Nach Dietmayers Worten sind die bisherigen Schätzungen von elf bis 14 Millionen Euro an Zusatzlösen jährlich für Stadtwerke und Erdgas Schwaben nach derzeitigem Stand der Kalkulation plausibel.

### Wasser und Nahverkehr stehen nicht zur Disposition

Laut Oberbürgermeister Gribl soll der Stadtrat die Entscheidung, ob die Energiesparte der Stadtwerke mit dem Regionalversorger Erdgas Schwaben verschmolzen wird, im April treffen. Gribl, der auch Stellung zum Umgang mit dem Bürgerbegehren der Attac-Bewegung gegen eine mögliche Fusion der Stadtwerke-Energiesparte mit erdgas schwaben bezog, wies darauf hin, dass die Stadtratsfraktionen übereingekommen seien, dem Bürgerbegehren kein Ratsbegehren entgegenzusetzen. „Es gibt keine Möglichkeit dazu, weil das Bürgerbegehren möglicherweise aufgrund der Fragestellung unzulässig ist“, so der OB.

Diese sei darauf gerichtet, ob eine Fusion sämtlicher swa-Bereiche, also neben Energie auch Verkehr und Wasser, mit anderen Unternehmen zu unterbleiben habe oder nicht. Der Stadtrat habe aber längst entschieden, dass eine mögliche Fusion mit erdgas schwaben nur die swa-Energie GmbH eingehen könne. Sowohl das Trinkwasser als auch der öffentliche Verkehr seien davon ausdrücklich ausgeschlossen. Beides stehe nicht zur Diskussion, werde aber in der Fragestellung des Bürgerbegehrens bewusst aufgeführt. „Ich weiß auch warum: Weil vor allem das Thema Wasser zur Emotionalisierung von Bürgerinnen und Bürgern dient. Ich lasse mir aber nicht unterstellen, dass das Wasser und der Nahverkehr zur Disposition stehen“, so Gribl. Weiter führte der OB aus, dass das Bürgerbegehren auch deshalb unzulässig sein könnte, weil es in seiner Begründung Tatsachenbehauptungen aufstelle und vom Verkauf von Augsburger „Tafelsilber“ spricht. Dies sei falsch. „Es wird nichts verkauft“, machte Gribl deutlich.

Das Besondere am „Energiesandort 2015“ ist nach Auffassung von swa-Geschäftsführer Dr. Walter Casazza, dass das Projekt nicht aus einer Notsituation oder gar durch das Einwirken eines großen Konzerns von außen initiiert wurde. Vielmehr sei es der gemeinschaftliche Wunsch von swa Energie und erdgas schwaben, die eigene Marktposition, insbesondere gegenüber dem zunehmenden Wettbewerb aus benachbarten Regionen, zu sichern. Dies gelinge am besten, indem man mögliche Wachstumspotenziale

gegenseitig ausschöpft. Letztlich obliege die Zustimmung für eine Zusammenarbeit nicht nur den beiden Initiatoren, sondern auch deren Gesellschaftern. Dazu zählten die Stadt Augsburg und die Thüga.

Nach Darstellung von Dr. Gerhard Holtmeier, Mitglied der Thüga Geschäftsführung, verbindet Augsburg und Thüga eine lange Geschichte, denn seit mehr als 60 Jahren sind die Stadt(werke) Augsburg und die Thüga gemeinsame Gesellschafter der erdgas schwaben. In der Thüga-Gruppe haben 560 Städte und Gemeinden ihre 100 kommunalen Energie-Versorgungsunternehmen eingebunden – aus Verantwortung für den Lebensraum von rund zehn Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Ziel ist, durch Zusammenarbeit Mehrwert für den einzelnen Lebensraum zu schaffen und kommunale Werte nachhaltig zu sichern.

### Gewinn für alle Beteiligten

Die Zusammenführung der Stadtwerke Augsburg Energie und der erdgas Schwaben sei ein Gewinn für alle Beteiligten, bemerkte Holtmeier. Das bewährte Thüga-Modell biete auch den Stadtwerken Augsburg Energie Stabilität und Entwicklungschancen: So bilde die Thüga-Gruppe eine Allianz auf Ebene der Städte. Thüga arbeite als Minderheitspartner und ermögliche den Zugang zu Know-how und Bündelvorteilen des Thüga-Netzwerks. Der Energieversorger koordiniere und moderiere die Zusammenarbeit in der Thüga-Gruppe. Werteschöpfung und Arbeitsplätze blieben damit vor Ort und würden nachhaltig gesichert. DK

## Neue Musterkonzessionsverträge für Strom und Gas

Der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) haben eine Vereinbarung über neue Muster zu Strom- und Gaskonzessionsverträgen für bayerische Kommunen und Energienetzbetreiber unterzeichnet.

Mit einem Konzessionsvertrag gewährt die jeweilige Kommune einem Netzbetreiber die Nutzung ihrer Verkehrswege im Gemeindegebiet, damit er dort seine Energieversorgungsnetze, also jene Kabel, Freileitungen oder Rohre verlegen und betreiben kann, über die örtliche Kunden mit Strom oder Gas versorgt werden. Als Gegenleistung zahlt der Netzbetreiber die sogenannten Konzessionsabgaben. Es geht hier also nicht um die aktuell diskutierten großen Überlandleitungen, sondern um die Energieversorgungsnetze direkt vor Ort.

In Bayern unterliegen neue Musterkonzessionsverträge der größten drei Stromnetzbetreiber der Genehmigungspflicht durch das Innenministerium.

Da eine Vielzahl der regel-

mäßig für eine Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossenen Konzessionsverträge derzeit bundesweit und auch in Bayern ausläuft standen ohnehin Verhandlungen über neue Verträge an. Insbesondere die Bewirtschaftung von Energienetzen in Ballungsräumen stößt jeweils auf reges Interesse bei den Netzbetreibern. Oftmals bewerben sich mehrere auf den Neuabschluss eines abgelaufenen Konzessionsvertrages. Städte und Gemeinden, die die neu abzuschließenden Konzessionsverträge in einem vergabeähnlichen Verfahren ausschreiben müssen, sind so in der Lage, sich für einen neuen Netzbetreiber zu entscheiden oder die Netze künftig selbst zu betreiben. Entsprechend schwierig ist es, in diesem Umfeld eine Einigung zu einem für den Netzbet-

reiber und die Kommunen gleichermaßen akzeptablen Vertrag zu finden, der landesweit in Konzessionsverfahren als Muster dient. Umso beachtenswerter ist die Einigung zwischen Energiewirtschaft und Kommunen.

Die Einigung war aber möglich, da die Verhandlungen von dem gemeinsamen Willen getragen waren, Regelungen für den Netzbetrieb zu vereinbaren, die das Ziel einer sicheren, preisgünstigen und effizienten Energieversorgung erfüllen und gleichzeitig die berechtigten Interessen der Gemeinden nach Transparenz und Beteiligung an wichtigen Entscheidungsprozessen wahren. Wie wichtig es ist, die Bürgerinnen und Bürger hier einzubinden, zeigen die aktuellen Diskussionen bei den großen Stromtrassen und die Bestrebungen Ortsnetze in kommunale Hand zu überführen. Der neue Musterkonzessionsvertrag berücksichtigt dies, indem nun beispielweise vorgegeben wird, dass der Netzbetreiber im jeweiligen Gemeinderat regelmäßig über die aktuelle Situation der Energienetze und anstehende bauliche Maßnahmen berichtet.

Besonders hervorzuheben ist die Musterfunktion der Konzessionsverträge, die durch die jetzt vorliegende Genehmigung des Bayerischen Innenministeriums endgültig bestätigt wurde. Durch sie werde der Neuabschluss von Konzessionsverträgen für Netzbetreiber auf der einen und den ausschreibenden Städten und Gemeinden auf der anderen Seite erheblich erleichtert. Zwar bezieht sich die Genehmigung allein auf den Stromvertrag. Aber auch der neue Musterkonzessionsvertrag für Gasnetze wurde durch die Genehmigung faktisch bestätigt, da er den gleichen Wortlaut aufweist. Mit der Vereinbarung schaffen die Verbände damit einheitliche Rahmenbedingungen für örtliche Strom- und Gasnetze in ganz Bayern und zeigen, dass auch im aktuell so streitbaren Feld der Energiewirtschaft Einigungen möglich sind. □

## Jetzt Heizung modernisieren und Fördergelder sichern!

Im Idealfall ist eine Heizung auf dem Stand der Zeit und optimal auf die Immobilie zugeschnitten. Nach der neuen Energieeinsparverordnung (EnEV) sollte ab 2015 in keinem Haus mehr ein Heizkessel in Betrieb sein, der älter als 30 Jahre ist – Niedertemperatur- und Brennwertkessel ausgenommen. Für Hausbesitzer gibt es dafür Zuschüsse von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Wird gemäß der EnEV die Heizung modernisiert, erstattet der Staat 10 Prozent aller Ausgaben.

Aktuell sind in Deutschland noch Millionen sanierungsbedürftiger Heizungsanlagen in Betrieb, die vor 1985 eingebaut wurden. Auf dem aktuellen Stand der Technik befinden sich nur dürftige zwölf Prozent.

### Erschreckende Erkenntnis

„Es ist erschreckend, wie viele energiefressende „Monster“ da noch in unseren Kellern hausen“, gibt Helmut Kaumeier von erdgas schwaben zu bedenken. „Mit einem 30 Jahre alten Auto würde heute keiner mehr fahren wollen. Es wird höchste

Zeit, dass moderne Technik auch in den Heizungskellern Einzug hält.“ Mit moderner effizienter Erdgastechnik kann langfristig gespart werden; gleichzeitig wird der Umwelt klimaschädliches CO<sub>2</sub> erspart.

Erdgas ist hochwertig, emissionsarm und vielfältig nutzbar – zum Beispiel einfach, aber genial mit Erdgas-Brennwerttechnik oder hocheffizient mit einem BHKW. Für den individuellen Bedarf gibt es die passende Technik und auch entsprechende Fördermöglichkeiten. Informationen unter [www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de) □

# Der stärkste Energiemix

**Erdgas // Bio-Erdgas  
Strom // Bio-Strom**

Geld sparen, Klima schonen – unser Mix macht's möglich

Wir sind da, wo unsere Kunden sind  
[www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de)

HTI Gienger KG:

## Am Puls der Zeit

GZ-Gespräch mit Abteilungsleiterin Katrin Standl und Berater Peter Grabandt

Wissen schafft Vorsprung. Die HTI Gienger KG als zentraler Partner für das gesamte Sortiment rund um den Tiefbau- und Industrietechnikbedarf bietet hochwertige Systeme praxisnah und aus einer Hand an. Der 1995 gegründete Fachgroßhandel versteht sich als aktiver Mittler zwischen Industrie und verarbeitendem Gewerbe und beteiligt sich an der Gestaltung des Marktes. Welche Instrumente hierfür eingesetzt werden, darüber informierten in einem GZ-Gespräch im Haupthaus Markt Schwaben der HTI Gienger KG Katrin Standl, Abteilungsleiterin Verkaufsförderung und Peter Grabandt, externer Berater für Initiative CO2 und Initiative Wissen.

Die HTI-Gruppe, bestehend aus 14 mittelständischen Partnerunternehmen unter der Führung persönlich haftender Gesellschafter, ist mit über 65 Standorten in Deutschland, 13 davon in Bayern, sowie Gesellschaften in fünf weiteren europäischen Ländern vertreten. Das Leistungsspektrum des Fachgroßhandels umfasst unter anderem die Wasserver- und Abwasserentsorgung, Industrietechnik, Verkehrswege- und Landschaftsbau, Regenerative Energien, Service und Logistik, Baumaschinen, Geräte und Werkzeuge. Zu den Kunden zählen in erster Linie Stadtwerke, Rohrleitungsbauer, Anlagenbauer und Industriebetriebe aus allen Branchen. Sie profitieren von hochspezialisierten Mitarbeitern und entsprechend mehr Fachkompetenz bei der persönlichen Beratung.

### Initiative CO2

Tatsache ist: Das innovative Projekt, das erfolgreiche Ressourcenmanagement, die beste Energieeinsparungsmaßnahme und die intelligenteste Problemlösung bleiben nur eine Randerscheinung, wenn dieses Wissen nicht zu Bauherren, Investoren, Industrie oder der öffentlichen Hand transferiert wird. Um diesen Prozess zu verbessern, wurde bereits 2006 die Initiative CO2 von HTI Gienger gegründet.

### VKU-Position:

## EU-Strategiepapier zur Energieunion

Die Europäische Kommission hat jüngst ein Strategiepapier zur sogenannten Energieunion vorgelegt. Es basiert auf fünf Säulen und soll im März 2015 im Europäischen Rat diskutiert werden. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt den pragmatischen Ansatz der EU-Kommission in Bezug auf die Frage der Absicherung notwendiger Kapazitäten – insbesondere vor dem Hintergrund, dass einige Mitgliedstaaten aus verschiedenen Gründen bereits Kapazitätsmärkte eingeführt haben oder es planen. So beabsichtigt sie, einen Rahmen zur Einrichtung regionaler Kapazitätsmärkte zu erarbeiten, der Ende 2015 konkrete Züge annehmen soll.

Des Weiteren geht die EU-Kommission auf den Endkundenpreis ein. Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), dazu: „Die EU-Kommission erkennt an, dass nur noch ein Drittel des Endkundenpreises überhaupt in der beeinflussbaren Sphäre der Energieversorger und dass die Preisgestaltung damit immer weniger ihrer der Hand liegt. Es ist daher folgerichtig, dass die EU-Kommission die Frage von schutzbedürftigen Kunden auch zu einem Thema der nationalen Sozialpolitik macht.“

### Schwachpunkte

Allerdings enthalte das Strategiepapier auch zahlreiche Schwachpunkte, so Reck: „Im Aktionsplan sind wenige grundsätzlich neue Themen angerissen. Die Energieunion schafft lediglich eine neue Hülle für bereits Bekanntes. Wichtiger wäre es, bei den konkret auf dem Tisch liegenden Gesetz-

Inzwischen besteht das Netzwerk in Bayern aus mehr als hundert Partnern wie beispielsweise Ingenieurbüros, Bauunternehmen, Industrie, Kommunen, Institutionen, Verbänden und Hochschulen. Partner nutzen die Initiative, um ihre bereits realisierten Referenzen und Projekte über verschiedene Kanäle zu präsentieren. Ihr Motto: „Know-how aus der Region für die Region“.

### Projekthandbuch

Die Initiative stellt ihre Projekte in einem regelmäßig erscheinenden „Projekthandbuch“ vor. Darin ist zum einen das weite Spektrum der Anwendung – von Wasser und Deponietechnik über Gebäudeausrüstung und Geothermie bis hin zur Mobilität der Zukunft – präsentiert, zum anderen bietet es auch eine ausgezeichnete Möglichkeit zur Inspiration oder für den unmittelbaren Kontakt zu den Spezialisten.

Der Erfolg nachhaltigen Planens und Wirtschaftens liegt auf der Hand und ist nicht erst seit der Energiewende der Kerngedanke der Initiative. Informieren und beraten, unterstützen und sinnvoll vernetzen braucht aber mehr als nur die gute Absicht, es braucht eine Plattform und Motoren. Katrin Standl und Peter Grabandt sind diese Motoren und Ansprechpartner der

Initiative CO2. Sie organisieren Veranstaltungen oder schaffen die kompetente Verbindung im Projekt zu den relevanten Netzwerkpartnern.

Auch eine eigens geschaffene Website [www.initiative-co2.de](http://www.initiative-co2.de) gehört zur Initiative CO2. Ein Highlight der Website ist die „CO2 Earth“, eine virtuelle Infrastruktur zum Entdecken und Verstehen. „CO2 Earth“ nimmt die Besucher per Mausklick auf einen Rundflug durch verschiedene kommunale, gewerbliche und öffentliche Gebäude sowie Industrieanlagen mit. Entscheider haben dort die Möglichkeit, direkt mit der fliegenden Kamera in dreidimensional modellierten Gebäuden, Anlagen und Technologien einzutauchen und zukunftsweisende Energieeffizienz-Maßnahmen anschaulich zu erleben.

### Themenspektrum

Bei der Betrachtung von technischen Lösungen zur Einsparung von Energie und Kosten, zur Energieeffizienzsteigerung, zur energetischen Sanierung und für den Einsatz erneuerbarer Energien im Praxiseinsatz wird ein rascher Überblick darüber gegeben, welche Maßnahmen bereits erfolgreich umgesetzt wurden. Das Themenspektrum erstreckt sich dabei von der modernen Anlagentechnik über neueste Technologien zur Raumklimatisierung bis hin zur effektiven Nutzung regenerativer Energiequellen.

### Initiative Wissen

Vor dem Hintergrund eines allgegenwärtigen Fachkräftemangels hat HTI Gienger Anfang 2014 die Initiative Wissen ins Leben gerufen. Sie versteht sich als Plattform und Netzwerk für Entscheider der Kommunalwirtschaft, des Hoch- und Tiefbaus, der Industrietechnik, der Energieversorger, Verbände, Institutionen, Mitglieder aus Forschung und Wissenschaft an Hochschulen und Universitäten sowie alle Interessierten aus dem Personalwesen. Ziel ist der Aufbau, Erhalt und Austausch von produkt- und fachtechnischem sowie interdisziplinärem Wissen, um die Branchen zukunftsfähig zu halten.

### Blick über den Tellerrand

Unter anderem sollen Fachleute gehalten und qualifiziert sowie Zentrale Elemente der Initiative Wissen sind derzeit der Austausch von Auszubildenden sowie duale Studiengänge. Sowohl die Studenten als auch die Auszubildenden haben dabei die Möglichkeit, nicht nur die HTI kennen zu lernen, sondern darüber hinaus auch bei Partnerunternehmen der Initiative Erfahrungen zu sammeln. Momentan arbeitet die Initiative mit fünf Hochschulen sowie zwölf Unternehmen zusammen. Die Auftaktveranstaltung der

Berücksichtigung der notwendigen Investitionen in die Verteilnetze, an die in Deutschland 97 Prozent der erneuerbaren Energien angeschlossen sind.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass den erhobenen Forderungen der EU-Kommission, die Jean-Claude Juncker in seinen politischen Leitlinien erwähnt hatte, nämlich die Klimapolitik stärker in den Mittelpunkt zu stellen, in diesem Papier nicht entsprochen wird. Es ist weiter nicht klar, wie das Ziel eines Anteils von 27 Prozent erneuer-

Initiative Wissen bildete Ende des vergangenen Jahres das „1. Forum Initiative Wissen: Mit unternehmerischer Verantwortung dem Fachkräftemangel entgegenwirken“. Hierzu fanden sich in der Wirtschaftskammer Salzburg rund 110 Teilnehmer aus der Bau-Branche ein.

Die Veranstaltung startete mit dem Impulsvortrag von Prof. Dr. René Schmidpeter von der Cologne Business School. In seinem Vortrag „Mit CSR dem Fachkräftemangel entgegenwirken“ ging er auf Trends in der Wirtschaft und in der Gesellschaft sowie die Rolle von gesellschaftlicher Verantwortung für die Lösung unternehmerischer Herausforderungen ein. Im Anschluss stellte Gerti Oswald, Leiterin des Büros der Hauptgeschäftsstelle der IHK München und Oberbayern, das traditionelle Leitbild „Der Ehrbare Kaufmann – eine Strategie mit Zukunft“ vor.

### Erstes Forum in Salzburg

Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Bauer, Institutsleiter der IAT Universität Stuttgart und des Fraunhofer IAO, sprach in seinem Vortrag „A smarter World – Leben und Arbeiten in der Zukunft“ über die zukünftigen Herausforderungen im privaten Umfeld und der Arbeitswelt. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion präsentierte Prof. Dr. Bauer, Dr. Kurt Oberholzer, Leiter der Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Marketing der Wirtschaftskammer Salzburg sowie die Unternehmer Bernd Hillebrand, Geschäftsführender Gesellschafter der Baufirmengruppe Hillebrand und Dirk Rosenberg, Geschäftsführer Vertrieb und Marketing bei aquatherm, schließlich ihre „CSR- und HR-Strategien gegen den Fachkräftemangel“.

Mit Know-how, Kompetenz sowie theoretischem und praktischem Wissen lassen sich Felder besetzen, die ein erhebliches, zusätzliches Wachstumspotenzial bieten. Um den Wissenszuwachs bei Kunden und Mitarbeitern voranzutreiben, werden regelmäßig Fachveranstaltungen, Diskussionsforen, Schulungen und Seminare durchgeführt.

### Fachwelten Bayern

Zentrum für Seminare und Veranstaltungen sind die Fachwelten Bayern; hier treffen sich Verarbeiter, Planer, kommunale Mitarbeiter, Anwender und Betreiber sowie Hochschulen regelmäßig zum Wissensaustausch. Diese Plattform wurde geschaffen, damit die Partner der Initiative ihre Produkte in einer „Messe-Umgebung“ ausstellen können. Die Fachwelt Markt Schwaben entstand im Jahr 2013, ein weiterer Standort ist in Hallstadt.

Das hierzu entwickelte modulare Konzept vereint das breite Produktangebot der HTI Gienger KG in der Kommunikationsidee „Die 4 Elemente“. Dazu wurden neben einem Corporate Design auch Key Visuals, Piktogramme und ein Architektur-Konzept entwickelt, um Informationen aus dem technischen Bereich zu vermitteln und diese mit einer emotionalen Erlebniswelt zu verknüpfen. **DK**

barer Energien an der Gesamtenergieerzeugung bis 2030, das lediglich auf EU-Ebene verbindlich ist, konkret erreicht werden soll.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt über 1.400 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser und Abfallwirtschaft. Mit über 245.000 Beschäftigten wurden 2012 Umsatzerlöse von mehr als 110 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 8,6 Milliarden Euro investiert. **□**



Zentrum für Seminare und Veranstaltungen der HTI Gienger KG sind die Fachwelten Bayern: Unser Bild zeigt die Fachwelt Markt Schwaben, entstanden im Jahr 2013. Bild: TvH

### Deutsche Energie-Agentur dena:

## Information über neue Effizienzanforderungen bei Straßenbeleuchtung

Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, eröffnete in Mainz die siebte „Roadshow Energieeffiziente Straßenbeleuchtung“ der Deutschen Energie-Agentur (dena). Für Kommunen ist dieses Thema derzeit besonders wichtig. Denn ab 13. April dürfen ineffiziente Quecksilberdampf-Hochdrucklampen nicht mehr neu in den Handel gebracht werden. Über 70 Prozent der Städte und Gemeinden Deutschlands setzen diese aber teilweise noch zur Beleuchtung öffentlicher Straßen ein.

Auf der mit über 150 Teilnehmern ausgebauten Veranstaltung konnten sich kommunale Vertreter mit Fachexperten und Herstellern daher über energiesparende Technologien und Finanzierungsmöglichkeiten rund um Straßenbeleuchtung austauschen.

„Große Teile der Straßenbeleuchtung sind auf dem technischen Stand der sechziger und siebziger Jahre und weisen eine besonders schlechte Energieeffizienz auf. Durch Modernisierung können Kommunen auf relativ einfache Weise ihre Energie- und Wartungskosten senken und einen großen Schritt in Richtung Klimaschutz machen“, so Ministerin Lemke.

### Moderne Straßenbeleuchtung kann 350 Mio. Euro im Jahr einsparen

Im Zuge der ab 2015 geltenden Effizienzanforderungen der Ökodesignverordnung entsteht für Kommunen ein enormer Handlungsdruck, aber auch die Chance, ein immenses Kosten- und Energieeinsparpotenzial von insgesamt rund 350 Mio. Euro pro Jahr durch die Modernisierung der Straßenbeleuchtung auszuschöpfen.

„Die dena stellt zusammen mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz in Mainz Strategien vor, die Kommunen eine Umrüstung auf energieeffiziente Straßenbeleuchtung ermöglichen, auch wenn diese nicht über die entsprechenden

personellen und finanziellen Ressourcen verfügen“, erklärt Annetta-Claudine Agricola, Leiterin des Bereichs Energiesysteme und Energiedienstleistungen bei der dena.

### Anmeldemöglichkeit zu weiteren Roadshows Straßenbeleuchtung

Mehr als 600 Interessierte nutzten 2014 bereits das Roadshow-Angebot für Wissenstransfer und Dialog. 2015 informiert die Initiative EnergieEffizienz - Unternehmen und Institutionen in drei weiteren Veranstaltungen über praxisnahe Lösungswege, bewährte Technologien sowie nachhaltige Planungs- und Finanzierungsmöglichkeiten zum Thema Straßenbeleuchtung. Aktuelle Termine und Anmeldemöglichkeiten finden sich unter: [www.stromeffizienz.de/strassenbeleuchtung](http://www.stromeffizienz.de/strassenbeleuchtung).

Die Energieagentur Rheinland-Pfalz lädt zu einem Folgeworkshop „Kommunale Straßenbeleuchtung“ am 18. März 2015 in Pirmasens ein.

Detaillierte Infos hierzu unter: [www.energieagentur.rlp.de/veranstaltungen/workshop-kommunale-strassenbeleuchtung](http://www.energieagentur.rlp.de/veranstaltungen/workshop-kommunale-strassenbeleuchtung)

Realisiert wird die „Roadshow Energieeffiziente Straßenbeleuchtung“ in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag sowie der KfW Bankengruppe. **□**



V. l.: Thomas Pensel (Geschäftsführer Energieagentur Rheinland-Pfalz), Eveline Lemke (Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz), Annetta-Claudine Agricola (Bereichsleiterin Energiesysteme und Energiedienstleistungen, dena) zur Eröffnung der Roadshow Energieeffiziente Straßenbeleuchtung in Mainz. **□**

Abens-Donau Energie GmbH:

## Lokaler und regionaler Akteur der Energiewende

GZ-Interview mit den Geschäftsführern Christian Kutschker und Jürgen Hitz

„Der Energieversorgung vor Ort ein Gesicht geben“, ist das erklärte Ziel der 2014 gegründeten Abens-Donau Energie GmbH. Von Aiglsbach über Kirchdorf und Painten bis Volkenstrand hatten sich vergangenes Jahr 16 Kommunen des Landkreises Kelheim und drei regionale Energieversorgungsunternehmen zusammengeschlossen. Seither steigt die Zahl der Neukunden sowohl im Privat- als auch im Gewerbekundenbereich stetig an, wie die beiden Geschäftsführer und Initiatoren Christian Kutschker, Geschäftsführer der Stadtwerke Kelheim GmbH & Co KG, und Jürgen Hitz, Prokurist der Energie Südbayern GmbH, in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterten. Bis dato hat die noch junge Gesellschaft beinahe 1.000 Stromkunden gewinnen können.

Diese erfolgreiche Entwicklung bestätigt die Überzeugung der beiden Abens-Donau Energie-Geschäftsführer: Das Unternehmen solle als kommunaler Zusammenschluss die Wirtschaftskraft der Region stärken.

### Regionale Interessen wahren

„Im Fokus des partnerschaftlichen Projekts steht neben der Wirtschaftlichkeit vor allem die Bewahrung regionaler Interessen“, betonte Christian Kutschker. Auch im Hinblick auf zukünftige Erzeugungs- und Infrastrukturprojekte biete diese Kooperation strukturierte und den Bedürfnissen der Regi-

on entsprechende Handlungsmöglichkeiten.

Mittlerweile bilden 17 Landkreis-Kommunen, die unter anderem Mitspracherecht bei der Strompreisgestaltung haben, gemeinsam mit den Stadtwerken von Kelheim und Neustadt/Donau sowie der Energie Südbayern GmbH die Abens-Donau Energie. Erst vor wenigen Wochen hat die Gesellschaft in Mainburg den Zuschlag für die Stromkonzession mit einer Laufzeit von 20 Jahren erhalten. Zum 1. Dezember 2015 wechselt die Stadt den Betreiber ihres Stromverteilernetzes. Gründe dafür waren die im Angebot enthaltene Zusicherung einer umweltverträglichen und sichere-

ren Versorgung einer weitgehenden Verpflichtung zur Erdverkabelung von Versorgungsleitungen.

### Flache Strukturen

Dezentrale Energieversorgungsstrukturen sind nach Angaben von Jürgen Hitz notwendig, damit klima- und energiepolitische Ziele erreicht werden können. Der Strom, den die Gesellschaft anbietet, werde zu 100 Prozent aus zertifizierter Wasserkraft gewonnen und sei dabei aufgrund des direkten Marktzugangs und flacher Strukturen preislich jederzeit konkurrenzfähig zu den Angeboten anderer Anbieter am Markt.

### Windpark Paintner Forst

Künftig will die Abens-Donau Energie auch Ökostrom aus anderen Energiequellen offerieren können. Dazu zählen Biogas, Biomasse, Photovoltaik und Windkraft. Beim Thema Windkraft hofft Geschäftsführer Christian Kutschker zum Beispiel auf die Realisierung eines

entsprechenden Parks im Paintner Forst. Von diesem Windpark, initiiert von den Kommunen Markt Painten, Markt Essing und Gemeinde Ihrlerstein, erwartet er sich eine maximale jährliche Ausbeute von 100 Millionen Kilowattstunden. „Damit könnte man 30.000 Haushalte im Jahr mit Strom versorgen.“

### Bürgerbeteiligungsmodell

Die Kommunen zielen darauf ab, die Bürger an dem Windpark zu beteiligen; hierzu haben einerseits die Stadtwerke Kelheim GmbH & Co KG (SWK) und die Bayerngrund GmbH (BG) mit den drei Kommunen eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, um den Windpark als Bürgerbeteiligungsmodell auszugestalten. Andererseits haben die SWK und die BG mit den örtlichen Kreditinstituten Kreissparkasse Kelheim und Raiffeisenbank Bad Abbach-Saal eG den Vertrieb des geschlossenen Fonds vereinbart. Die Realisierung des Bürgerbeteiligungsmodells ist einerseits abhängig von der Genehmigung des Windparks und andererseits von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

### Noch keine Genehmigung

„Aus meiner Überzeugung bietet der geplante Windpark im Paintner Forst hervorragende Ausgangsbedingungen, um als Leuchtturmprojekt über die regionalen Grenzen hinaus als Referenz zu gelten“, unterstrich Kutschker. Leider liege die Genehmigung noch immer nicht vor, „aber ich hoffe, dass wir im ersten Halbjahr 2015 grünes



GZ-Chefin vom Dienst Doris Kirchner im Gespräch mit Christian Kutschker (l.) und Jürgen Hitz.

Licht bekommen. Im Moment sieht es so aus, dass die Behörden zehn oder elf Anlagen freigeben.“

Wie Geschäftsführer Jürgen Hitz ergänzt, „hätten wir dann die regionale Erzeugung in kommunaler Verantwortung und im besten Falle die Bürger an dem Projekt beteiligt. Mit den Energieversorgern SWK und Abens-Donau Energie können wir den regionalen Vertrieb der erzeugten Energie gewährleisten. So könnte die Energiewende vor Ort aussehen!“

### Einmalige Konzentration

Das Projekt Abens-Donau Energie soll in den kommenden Jahren wachsen, der Wirkungsbereich dabei aber nicht über die Grenzen des Landkreises hinausgehen. Ähnliche Projekte, die sich nicht auf einen Landkreis beschränken, gibt es bereits in Deutschland. Christian Kutschker zufolge ist aber die Konzentration auf einen Landkreis bislang einmalig.

Mittelfristig sei ein weiteres Ziel, auch Energie von kleineren, regionalen Energieerzeugungsanlagen abnehmen und einbinden zu können.

### Service und Kundennähe

In den ersten Monaten ihres Bestehens legte die Abens-Donau Energie ihr Augenmerk darauf, sich über Infostände bei verkaufsoffenen Sonntagen, Bürgerfesten und Märkten bei den Bürgern vor Ort bekannt zu machen. Verlässlicher Service und Kundennähe lautet die Maxime. Damit will sich die Gesellschaft von anderen Anbietern im Energiemarkt abgrenzen. So stehen in den Kundencentern in Mainburg, Kelheim und Neustadt an der Donau persönliche Ansprechpartner für alle Belange rund um den Energiebezug zur Verfügung.

Weitere Informationen zu attraktiven Tarifen und neuen Angeboten sowie viele Online Services finden sich unter [www.abens-donau-energie.de](http://www.abens-donau-energie.de) **DK**

### AKE-Landesversammlung in Ingolstadt:

## Bayernplan konsequent umsetzen

Bayern ist Vorreiter der Energiewende. Mit dem „Bayernplan“ hat die CSU – auch unter tatkräftiger Mithilfe des Arbeitskreises Energiewende (AKE) – einen Fahrplan entwickelt, den es weiterhin konsequent umzusetzen gilt. Welche Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene nun ergriffen werden müssen, darüber diskutierten die AKE-Mitglieder unter ihrem Vorsitzenden Dr. Siegfried Balleis mit Wirtschaftsstaatssekretär Franz-Josef Pschierer bei der AKE-Landesversammlung in Ingolstadt. Hierzu wurde der Leitantrag „Energiewende: Bayernplan konsequent umsetzen“ verabschiedet.

„Aufgrund der hohen Abhängigkeit Bayerns von der Kernenergie ist unser Land gezwungen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiterhin mit großer Geschwindigkeit voranzutreiben“, heißt es in dem Leitantrag. Förderprogramme für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sollten aufgelegt und die Akzeptanz der Bürger durch eigene Beteiligung (Energiegenossenschaften) gefördert werden.

### Komponenten und Akteure

Darüber hinaus vertritt der AKE die Auffassung, dass ein Rahmen geschaffen werden muss, in dem die bestehenden Gesetze und Verordnungen aufeinander abgestimmt werden. Ziel sei die Erstellung eines dezentralen integrierten ganzheitlichen Energiesystems zur Sicherstellung der Strom- und Energieversorgung unter Berücksichtigung aller an der Energieerzeugung beteiligten Komponenten (Erzeugung, Speicherung intelligenter Steuerung und Vernetzung sowie Energieeinsparung) sowie aller Segmente (Strom, Wärme und Mobilität) und Akteure.

### Ganzheitlicher Ansatz

Das Zehntausend-Häuser-Programm sollte nicht auf einzelne Häuser beschränkt bleiben. Sehr viel sinnvoller sei es, ganze Quartiere bis hin zu einzelnen Kommunen zu betrachten und die Maßnahmen im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes umzusetzen. Durch die gemeinsame Nutzung von

Speichern ließen sich eindeutig Kostenreduzierungen erreichen und die Energieeffizienz weiter steigern. Dieser ganzheitliche Ansatz sei analog §61 EEG (Eigenverbrauch) zu behandeln.

### Speichersysteme ausbauen

Durch die Volatilität von Windenergie und Photovoltaikstrom müssen laut Leitantrag deutlich mehr Kapazitäten geschaffen und der Ausbau von innovativen Speichersystemen verstärkt werden, um zu jeder Zeit und an jedem Tag die Stromversorgung sicher zu stellen. „Deshalb ist verstärkt der Ausbau der grundlastfähigen Erneuerbaren Energien wie Wasserkraft, Geothermie und Bioenergie voranzutreiben.“ Private Konsumenten und die Wirtschaft hätten den Anspruch, jederzeit mit Strom versorgt zu werden und nicht nur, wenn der Wind bläst bzw. die Sonne scheint.

### Kapazitätsmarkt

Vor dem Hintergrund, dass gegenwärtig insbesondere jene Stadtwerke enorme Verluste erleiden, die in Gaskraftwerke investiert haben (siehe Irsching) erachtet es der AKE als notwendig, einen Mechanismus für Gaskraftwerke zu entwickeln, bei der die jederzeitige Verfügbarkeit entsprechend vergütet werden muss (Kapazitätsmarkt). Eine Vergütung der Bereitstellung von Kraftwerkskapazitäten sei dringend geboten, da beispielsweise Gaskraftwerke, die prinzipiell über 8.000 Stunden im Jahr wirtschaftlich

laufen könnten, bei einem Einsatz von nur 1.000 bis 2.000 Stunden im Jahr aber niemals wirtschaftlich betrieben werden können.

Vor dem Bau neuer Trassen sei wiederum zu prüfen, ob bestehende Leitungen nicht leistungsfähiger gemacht werden können. Zudem müsse überlegt werden, ob auch eine komplette neue Trasse nicht durch den Einsatz tragfähigerer Leitungsmasten auf bereits bestehenden Trassenkorridoren vermieden werden kann. Zusätzlich sei eine Bedarfsanalyse durch das Bayerische Wirtschaftsministerium durchzuführen, in der der heutige und in 30 Jahren erwartete Strombedarf abgeschätzt werden.

### Methanherzeugung

„Die EEG-Reform ist beschlossen und in Kraft. Allerdings sind damit noch lange nicht alle Reformforderungen für die Energiewende auf den Weg gebracht; in diesem Zusammenhang soll nur auf die Speicherproblematik und die Frage des Kapazitätsmarktes verwiesen werden“, heißt es weiter. Im Rahmen der Stromspeicher darf nach Überzeugung des AKE nicht nur die Pumpspeicherwerkstechnologie und die Stromspeicherung in Batterien verfolgt werden, sondern es sind u. a. auch die Möglichkeiten der chemischen Speicherung (Erzeugung von Wasserstoff mittels Elektrolyse und anschließende erneute Stromerzeugung mit Hilfe von Brennstoffzellen) zu berücksichtigen.

Auch sei die Erzeugung von Methan aus dem so gewonnenen Wasserstoff sinnvoll. Dieses Gas könne unproblematisch in das Erdgasnetz eingeleitet und auch in anderen Bereichen der Industrie und der Mobilität eingesetzt werden und habe damit einen erheblichen Mehrwert. **DK**

**Energie Südbayern.  
Regionaler Partner  
der Kommunen.**

Seit über 50 Jahren Energieversorger der Region.

Unsere Leistungen:

- > Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- > Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- > Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- > Individuelle Beteiligungsmodelle

**ESB**  
ENERGIE SÜDBAYERN

[www.esb.de/kommunen](http://www.esb.de/kommunen)

Gemeinsam stark.  
Kommunale  
Partnerschaften.

## Wichtiger Baustein der Energiewende

GZ-Ortstermin mit Dr.-Ing. Christoph Rapp, Geschäftsführer der Praterkraftwerk GmbH

Strom, regenerativ produziert inmitten einer Großstadt, ohne dass die Anwohner sich optisch

oder durch Lärm gestört fühlen: Dafür steht das Praterkraftwerk im Herzen Münchens, ein Gemeinschaftsprojekt der Stadtwerke München GmbH (SWM) und Green City Energy AG (GCE). Wie der Geschäftsführer der Praterkraftwerk GmbH, Dr.-Ing. Christoph Rapp, bei einem Ortstermin mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte, gehört es mit zu den modernsten Kleinwasserkraftwerken in Europa. Vier Jahre dauerte die gemeinsame Projektplanung und -umsetzung, bis das bislang jüngste Isarkraftwerk im August 2010 ans Netz ging.

Laut Bauingenieur Rapp, der u. a. mehrere Jahre das Hydromechanik-Labor der TU München leitete, ehe er Mitte 2012 zu den SWM in die Abteilung Konzeption Erzeugungsanlagen wechselte, ergänzt die Anlage den bereits vorhandenen Kraft-

werkspark der Stadtwerke München optimal. Mit ihr verfüge man bereits über 12 Wasserkraftwerke in und um München. Die SWM seien mit 70 % an dem Projekt beteiligt. Die restlichen 30 % werden von GCE über das Bürgerbeteiligungsmodell Kraftwerkspark I gehalten. Das Praterkraftwerk ist für beide Projektpartner ein weiterer wichtiger Schritt zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern und leistet einen wertvollen Beitrag zur klimafreundlichen Energieversorgung der Landeshauptstadt München.

### Ursprünglicher Zustand

Von Beginn an sei es Ziel des Konzeptes gewesen, regenerativen Strom im Einklang mit den Zielen der Ökologie, des Gewässerschutzes und der Stadtgestaltung zu erzeugen, unterstrich Rapp. Um nicht in das Münchner Stadtbild einzugreifen, wird das Praterkraftwerk nachrangig nach den Stadtbächen und den Restwassermengen in der Kleinen und Großen Isar bespeist.

Rein optisch ist das Praterkraftwerk lediglich durch einen Zugang und eine kleine Trafostation am linken Ufer und durch die Absperreinrichtungen am Einlaufbauwerk zu erkennen. Der Naturraum mit dem natürlichen Baumbestand sowie das städtebauliche Ensemble im Bereich der Maximiliansbrücke wurden so weit wie möglich im ursprünglichen Zustand belassen.

Am linken Ufer oberhalb des Praterwehrs wird das Wasser der Großen Isar in das Einlaufbauwerk abgeleitet, wo es über eine unterirdische Druckleitung unter dem Flussbett zum Kraftwerk geführt wird. Der Stollen verläuft unter der Maximiliansbrücke und unter den Kaskaden. Dort befindet sich, ebenfalls unter der Flusssohle, das eigentliche Kraftwerk inklusive der

Turbinenanlage. Zur ökologischen Stromerzeugung nutzt es die Kraft des Wassers, die durch das natürliche Gefälle von 9,5 Metern an dieser Stelle der Isar entsteht.

Maximal 34.000 Liter Isarwasser fließen pro Sekunde durch den unterirdischen Stollen, um an seinem Ende eine High-Tech-Turbine anzutreiben. Festgelegte Mindestwassermengen sichern den Erhalt der Gewässerökologie. Die knapp 30 Tonnen schwere Kaplan-Rohr-Turbine ist gekoppelt mit einem Ringgenerator. Diese Kombination wurde speziell für diesen Einsatzort entwickelt und verbindet die bewährte Technologie der Wasserkraft mit modernster Technologie der Windenergie.

Rapp wies auch darauf hin, dass diese insgesamt ungewöhnliche Konstruktion ohne zusätzliche Querverbauung im Fluss auskommt, weil es den Stau durch die vorhandenen Wehre nutzt. Für die Fischdurchgängigkeit Sorge ein Fischpass in der Kleinen Isar. Um einerseits die Fische vor der Turbine zu schützen und andererseits auszuschließen, dass das Treibgut die Turbine beschädigt, kam ein horizontaler Rechen zum Einsatz.

### 10,5 Mio. kWh Ökostrom

Flusskraftwerke sind zwar grundlastfähig und damit besonders wichtig für die regenerative Energieversorgung, aber natürlich immer abhängig vom Wasseraufkommen. Mit seiner Gesamtleistung von 2,5 MW erzeugt das Praterkraftwerk jährlich 10,5 Millionen Kilowattstunden Ökostrom - genug, um ca. 4.000 Münchner Haushalte versorgen zu können. Wurden in den vergangenen Jahren die Erwartungen sogar zum Teil übererfüllt, wurde 2014 aufgrund des schlechten Winters - kaum Schnee in den nördlichen Alpen - insgesamt etwas weniger Strom erzeugt.

Durch die kontinuierliche Überprüfung des Kraftwerks und seiner technischen Komponenten wird sichergestellt, dass es möglichst störungsfrei arbeiten kann. Rapp zufolge zeigt sich, dass die zugrunde gelegten Annahmen in der Planung auch mit den tatsächlichen Begebenheiten übereinstimmen. **DK**

## Wärmewende darf nicht aufgegeben werden

Der Bundesverband Geothermie fordert einen deutlichen Ausbau des Marktanreizprogramms, sollte die steuerliche Förderung tatsächlich gescheitert sein. „Energiewende geht nicht ohne Wärmewende. Es mangelt in diesem Bereich aber an zugkräftigen Förderinstrumenten“, stellt BVG-Präsident Dr. Erwin Knaepk fest. „Die Bundesregierung muss nun beweisen, dass es ihr mit der Wärmewende ernst ist und die freiwerdenden Mittel in das Marktanreizprogramm lenken.“

Eine Milliarde Euro jährlich waren für die steuerliche Förderung vorgesehen. Diese Gelder sollen nun anderweitig eingesetzt werden. „Das Marktanreizprogramm ist mittelfristig der richtige Ort, um die Wärmewende voranzutreiben. Es ist derzeit das einzige Instrument, welches bei entsprechender Ausstattung einerseits die Sanierungsquote verdoppeln und andererseits dafür sorgen kann, dass fossile Kessel gegen moderne, erneuerbare Heizsysteme ausgetauscht werden“, begründet Knaepk.

Jedes Jahr werden derzeit lediglich 0,8 Prozent der Heizungen ausgetauscht. Energie und Umweltverbände gehen davon aus, dass die gesteckten Klimaschutzziele nur mit einer Steigerung der Austauschrate auf 2 bis 2,5 Prozent erreicht werden können.

Am aktuellen Marktanreizprogramm kritisiert der Branchenverband neben der unzureichenden Ausstattung zudem die Benachteiligung von oberflächennahen Geothermieanlagen gegenüber Luftwärmepumpen. Derzeit müssen die Wärmepumpen, die in oberflächennahen Geothermieanlagen integriert sind, mindestens eine Jahresarbeitszahl von 3,8 in Wohngebäuden und 4,0 in Nichtwohngebäuden erfüllen. Für Wärmepumpen, die die Außenluft als Wärmequelle nutzen, gilt dagegen eine generell niedrigere Jahresarbeitszahl von 3,5.

„Die Anforderungen sind so niedrig, weil sonst keine Luftwärmepumpen mehr gefördert werden könnten. Dies kann aber kein Grund sein, im Gegenzug ausgerechnet eine besonders effiziente Technologie wie die oberflächennahen Geothermie zu diskriminieren. Diese Unterscheidung setzt falsche Signale und ist daher abzuschaffen“, so Knaepk.



Das Praterkraftwerk gehört mit zu den modernsten Kleinwasserkraftwerken in Europa. Unser Bild zeigt Dr.-Ing. Christoph Rapp und GZ Chefin vom Dienst Doris Kirchner. **□**

### EEG-Eckpunkte:

## 95 % des geothermischen Strompotenzials gefährdet

Die Geothermieverbände bewerten die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) vorgelegten Eckpunkte zur Reform des EEG kritisch. Zwar wird die verloren gegangene Planungssicherheit wieder hergestellt. Die Vorschläge blockieren aber mit der Streichung des Technologiebonus für petrothermale Systeme, der bisher fünf Cent pro Kilowattstunde betrug, die Fortentwicklung der Technologie. „Die Technologie steht zwar in Mitteleuropa noch am Anfang, birgt aber ein immenses Potenzial. Das ist nun in Gefahr“, sagt Dr. Erwin Knaepk, Präsident des GtV-Bundesverbandes Geothermie (GtV-BV) und Vorsitzender des Wirtschaftsforums Geothermie (WFG).

Die sogenannte TAB-Studie vom deutschen Bundestag stellt beispielsweise fest, dass 95 Prozent des geothermischen Stromerzeugungspotenzials im Bereich der petrothermalen Energie liegt. Denn im Unterschied zur momentanen in Deutschland genutzten hydrothermalen Geothermie, sind petrothermale Anlagen nicht auf natürlich vorhandenes Thermalwasser angewiesen. Vielmehr nutzen sie das heiße, aber weitgehend trockene Gestein des Untergrunds als Wärmetauscher für zugeführtes Wasser.

Petrothermale Systeme sind somit flächendeckend in Deutschland einsetzbar.

### Fehlendes Bekenntnis

„Die Situation der Geothermie ist vergleichbar mit jener der Wind-Branche: Mit den Anlagen an Land wurden die wichtigen Erfahrungen gesammelt, mit denen man sich nun an die technisch anspruchsvolleren, aber energetisch weit nutzbringenderen Standorte auf der offenen See herantraut. Die Tiefengeothermie verdient eine Chance, es gleich zu tun“, fordert Knaepk, der auch Vizepräsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) ist. „Ein Bekenntnis zu dieser zukunftsfähigen Technologie, vergleichbar zur Offshore-Windenergie, fehlt dem Eckpunktepapier aber“, stellt der promovierte Physiker fest. Zum Vergleich: Die Leitstudie des Bundesumweltministeriums von 2010 sieht das technische Potenzial von Offshore-Windenergie bis zum Jahr 2020 bei 25 Terawattstunden Strom. Durch petrothermale Geothermie könnten laut TAB-Studie jedoch jährlich 300.000 Terawattstunden produziert werden.

„In Niedersachsen, Sachsen und Thüringen gibt es vielversprechende Projektplanungen. Die Streichung der Zulage entzieht den Investoren und Bundesländern die

Planungsgrundlage. Das ist für mich nicht nachvollziehbar“, wundert sich Knaepk über das Eckpunktepapier.

Auch die Tatsache, dass die Direktvermarktung von regenerativ



BVG-Präsident Dr. Erwin Knaepk. **□**

erzeugtem Strom nun drei Jahre früher kommen soll als bisher geplant, birgt laut Knaepk Konfliktpotenzial: „Die bisherige Regelung sah vor, dass die Direktvermarktung 2018 kommt. Dass sie nun schon 2015 eingeführt werden soll, wirft alle Planungen von Stromerzeugern wie -verkäufern über den Haufen.“

### Offene Formulierung

Kritisch sieht der Präsident der beiden deutschen Geothermieverbände auch, dass das Eckpunktepapier noch offen lässt, was mit der Formulierung gemeint ist, künftig müssten „alle neuen Anlagen fernsteuerbar sein“. „Dass ausgerechnet grundlastfähige Geothermie-Anlagen, die ohne Schwankungen, bei jedem Wetter und jeder Uhrzeit 8.500 Stunden im Jahr Strom einspeisen können, als kurzzeitiger Strom-Puffer dienen sollen, ist aus technischer Sicht im Vergleich z. B. zu Kohlekraftwerken unlogisch. Geothermie-Anlagen müssen stattdessen wichtige systemrelevante Aufgaben der Netzstabilität übernehmen, die bisher meist nur fossilen Energieträgern zugeordnet wurden. Ich wünsche mir hier Klarheit aus der Kabinettsklausur“, argumentiert Knaepk. **□**



Vom Corsa bis zum Sprinter: Sechs verschiedene Fahrzeugmodelle, wie der Opel Astra (im Bild) stehen bei swa Carsharing zur Verfügung. Foto: swa/Thomas Hosemann

swa erweitern Mobilitätsangebot mit Carsharing:

## Jederzeit flexibel mobil

Wenn es um Mobilität in Augsburg geht, sind die Stadtwerke (swa) die Spezialisten: Mit Bussen und Straßenbahnen sowieso, aber auch mit eMobilität mit elf öffentlichen Ladestationen und mit Fahrradverleih zusammen mit nextbike an 30 Standorten. Jetzt erweitern die swa ihr Mobilitätsangebot durch Autos, genauer: Carsharing. Los geht es mit der afa am 11. April mit 25 Autos an acht Standorten.

„Damit wollen wir die Mobilitätskette in Augsburg schließen“, sagt swa Geschäftsführer Dr. Walter Casazza. Die „geteilten“ Autos sieht er nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu Bus und Tram. „Es geht darum, in Augsburg ein Komplettpaket für die Mobilität anzubieten“, so Casazza. „Je nach Strecke und Zweck der Fahrt kann flexibel ein Verkehrsmittel gewählt werden.“ Das hilft den Individualverkehr und damit den Parkdruck in der Stadt zu verringern und ist gut für die Umwelt.

Ebenso wie ein Leihfahrrad-System ist Carsharing heute ein selbstverständliches Mobilitätsangebot in einer modernen Großstadt. Schließlich belegen alle Untersuchungen zum Mobilitätsverhalten, dass das eigene Auto als Statussymbol immer mehr an Bedeutung verlieren wird. Wichtig ist vielmehr von A nach B zu kommen, je nach Strecke und Fahrzweck mit dem Verkehrsmittel, das dafür am besten geeignet erscheint.

Deshalb werden bei swa Carsharing unterschiedliche Fahrzeugtypen angeboten, von Kleinstwagen wie dem VW Up oder dem Toyota Aygo, über den Opel Corsa für Kurzstrecken oder den Opel Astra für weitere Entfernungen, bis zum Neun-Sitzer Mercedes Vito oder einem Mercedes Sprinter für Transporte und Umzüge. Der eGolf und der BMW i3 runden als Elektroautos das Angebot ab.

Die swa sind der erste lokale ÖPNV-Betreiber in Deutschland, der seinen Kunden und allen Bürgern ein eigenes Carsharing-Produkt anbietet. Im Gegensatz zur Autovermietung wird beim Carsharing ein einmaliger Rahmenvertrag vom Kunden abgeschlossen und die Fahrzeuge können spontan und kurzfristig gemietet werden, mit stundengenauer Abrechnung. Die Vorteile für den Nutzer liegen auf der Hand: Er spart sich Kosten für ein eigenes Auto und dessen Unterhalt, an den

Standorten entfällt durch reservierte Parkplätze die Stellplatzsuche und für jeden Zweck kann der passende Fahrzeugtyp gewählt werden.

Ausgeliehen werden können die Autos an festen Stationen. Geplant sind in der Einführungsphase 25 Fahrzeuge an acht Stationen im Bereich von Mobilitätsknotenpunkten entlang der Straßenbahnlinien. Schließlich soll der Wechsel zwischen Bus, Straßenbahn, Leihfahrrad und Auto einfach und bequem sein. An der Station wird das Auto abgeholt und muss am Ende auch wieder dort abgestellt werden.

Nach einer einmaligen Anmeldung mit Vertragsabschluss im swa Kundenzentrum ist das swa Carsharing denkbar einfach: Die jeweilige Buchung erfolgt über das Internet, eine Smart-Phone-App oder durch einen Telefonanruf. Im Internet und auf der App sind aktuell verfügbare Autos mit Standorten aufgeführt. Mit der swa Carsharing-Karte wird das Auto im gebuchten Zeitraum geöffnet, der Schlüssel mit der persönlichen PIN aus einer Sperrvorrichtung entnommen und los geht es. Am Ende wird das Auto wieder an dem Standort abgestellt und mit der swa Carsharing-Karte verriegelt.

Neben einer einmaligen Anmeldegebühr und einer Kaution wird eine monatliche Grundgebühr von sieben Euro fällig. Die Abrechnung richtet sich nach dem Fahrzeugtyp und ist zeit- und kilometerabhängig – inklusive Sprit und aller Nebenkosten.

Für Abo-Kunden des öffentlichen Nahverkehrs in Augsburg gibt es Vergünstigungen, ebenso wird eine preiswertere Partnerkarte angeboten. Interessant ist swa Carsharing auch für Vereine oder Firmen, für die es spezielle Angebote gibt. Aber auch Gewerbetreibende oder Wohnanlagen wollen die swa mit ihrem Carsharing-Angebot ansprechen. Start ist am 11. April. Ab dann können die Autos

Thüga-Gruppe:

## Strom zu Gas-Anlage übertrifft Erwartungen

Gesamtwirkungsgrad liegt bei über 70 Prozent  
Anlage wird am Markt  
für Sekundärregelleistung teilnehmen

München/Frankfurt am Main: „Unsere Strom zu Gas-Anlage hat die Erwartungen beim Wirkungsgrad übertroffen“, so Michael Riechel, Sprecher des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft über die ersten Ergebnisse eines umfassenden Belastungstests. In ihrem relevanten Lastbereich zwischen 50 und circa 325 Kilowatt erreicht die Gesamtanlage - von der Stromentnahme bis zur Gaseinspeisung - einen Wirkungsgrad von bis zu 77 Prozent, bezogen auf den Brennwert.

„Ein Grund für den hohen Wirkungsgrad ist auch die Tatsache, dass wir direkt in das Gasverteilnetz einspeisen und damit auf einen Verdichter verzichten können“, erklärt Riechel weiter. Gemeinsam mit dem European Institute for Energy Research und der DVGW-Forschungsstelle am Engler-Bunte-Institut führt die Thüga Strom zu Gas-Projektplattform aktuell einen Belastungstest durch.

### Neues Einsatzgebiet

Analysiert werden Wirkungsgrad, Regelgeschwindigkeit, Lastverhalten und die Gasqualität. „Die Ergebnisse sind besonders interessant, da es sich bundesweit um die erste Anlage handelt, die in Wasserstoff umgewandelten Strom ins Gasverteilnetz einspeist. Und auch für den Protonen-Austausch-Membran Elektrolyseur, Kernstück der Anlage, ist das ein neues Einsatzgebiet“, erläutert Riechel. Der Belastungstest wird im Laufe der geplanten Betriebszeit der Anlage noch zweimal wiederholt.

### Anlage eignet sich zur Teilnahme am Regulemarkt

Bei der Regelbarkeit erreichte der Elektrolyseur der Firma ITM Power bereits gute Werte. Er kann demnach sehr schnell hoch und herunter geschaltet werden. Damit kann die Anlage auch auf veränderte Lastsituationen im Netz reagieren und erfüllt die Voraussetzungen, um am Markt für Sekundärregelleistung teilzunehmen. Das heißt, sie kann - wenn sich zu viel Strom im Netz befindet - die Lastabnahme des Elektrolyseurs auf Anforderung des Übertragungsnetzbetreibers erhöhen.

Die Anlage nimmt dann den Strom auf und wandelt ihn in Wasserstoff um. Damit trägt sie auch zur Stabilität des Stromnetzes bei. Die Präquali-

fizierung für die Teilnahme am Markt für Sekundärregelleistung läuft bereits.

### Integration der Anlage in ein intelligentes Energiesystem

Neben der Analyse der Anlage steht während der Betriebsphase (2014 - 2016) auch im Fokus, wie die Anlage künftig in ein zunehmend intelligentes Energiesystem integriert werden kann. „Wir wollen die Anlage für die Dauer eines Demonstrationsbetriebes so einbinden, dass sie aktiv dazu beiträgt, die Unterschiede zwischen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und Stromverbrauch auszugleichen“, erklärt Riechel. Dafür entwickelt das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme eine Software für eine entsprechende Echtzeit-Steuerung.

### Gasverteilnetz als „Batterie der Zukunft“

Nach einer Analyse der Thüga könnte der Speicherbedarf 2020 bei 17 Terawattstunden (TWh) und 2050 bereits bei 50 TWh liegen. Die Gasverteilnetze können diese Mengen komplett aufnehmen. „Unsere Gasverteilnetze könnten somit die Batterie der Zukunft sein“, ist Riechel überzeugt.

### Anschubfinanzierung

Damit die Strom zu Gas-Speichertechnologie ihr volles Potenzial entfalten und Marktreife erreichen kann, bedarf es während der Erprobungs- und Markteinführungsphase zunächst einer noch zeitlich begrenzten Anschubfinanzierung in Form staatlicher Investitionszuschüsse. Auch die Demonstrationsanlage der Thüga Strom zu Gas-Projektplattform wird vom hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung sowie der Europäischen Union gefördert. □



Rundgang Solarfabrik der Zukunft – Anlage zum Druck organischer Photovoltaik. Von links: Prof. Dr. Christoph Brabec –ZAE, Franz Josef Pschierer – Bay. Staatssekretär, Prof. Dr. Wolfgang Arlt – EnCN-Sprecher, Dr. Jens Hauch – EnCN GF. Bild: EnCN/Kurt Fuchs

## Franz Josef Pschierer im Energie Campus Nürnberg

Der Bayerische Staatssekretär für Wirtschaft, Medien, Energie und Technologie, Franz Josef Pschierer, besuchte den Energie Campus Nürnberg (EnCN), um sich persönlich über den derzeitigen Stand der Energieforschung in der Metropolregion Nürnberg zu informieren. Der Staatssekretär zeigte sich beeindruckt von der institutionen- und lehrstuhlübergreifenden Zusammenarbeit und Kommunikation sowie von der Themenvielfalt im EnCN. Er unterstrich die Wichtigkeit der Energieforschung für Bayern und die damit verbundene Notwendigkeit des Fortbestandes des EnCN über dessen Förderzeitraum hinaus. Ferner betonte er, dass er auch in Zukunft auf Diskussionsbeiträge des EnCN zu aktuellen Energiefragen hoffe.

Der Energie Campus Nürnberg ist eine interdisziplinäre Energieforschungsplattform mit 6 Forschungsinstitutionen, 13 Fachrichtungen und 160 Mitarbeitern. Er verfolgt das Ziel, mit einer ganzheitlichen Betrachtung, die notwendigen Technologien für eine nachhaltige Energieversorgung, basierend auf regenerativen Energiequellen, zu schaffen. Der Bayerische Staat investiert dafür 50 Mio. Euro über 5 Jahre bis Ende 2016.

### Breite Themenpalette

In verschiedenen Vorträgen konnten die Wissenschaftler des EnCN ihren Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende in Bayern Staatssekretär Pschierer präsentieren. Die Themen reichten von chemischer Speicherung, innovativen Netzen und der Simulation von vernetzten Energiesystemen über höchstwärmedämmende Baustoffe bis hin zu Strommarktmodellen.

Darüber hinaus stellte Prof. Dr. Christoph Brabec, Projektleiter der Solarfabrik der Zukunft, seine Spitzenforschung auf dem Gebiet druckbarer Photovoltaik vor. „Wir möchten als leuchtendes Beispiel die Vorreiterrolle Bayerns in der Umsetzung der Energiewende stärken. Unser großes Ziel ist es, Solarmodule mit herkömmlichen Druckverfahren herzustellen, die Gesteungskosten von weniger als

5 ct/kWh ermöglichen“, so Brabec.

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner befürwortete kürzlich den Ausbau der Nürnberger und Erlanger Kompetenzen zu einem Expertenzentrum für die Energiewende. „Mit einer Vielzahl von Projekten zur Technologieentwicklung entlang der gesamten Energiekette beweisen die EnCN-Wissenschaftler/innen bereits heute ihre Kompetenz. Dazu kommt noch das sich in der Entwicklung befindliche Helmholtz-Institut HI ERN. Der EnCN verfügt schon jetzt über ein großes Forschungsnetzwerk in der Metropolregion und in Bayern, und eignet sich hervorragend, um solch ein Expertenzentrum für Energie umzusetzen“, unterstreicht Prof. Dr. Wolfgang Arlt, Sprecher der Wissenschaftlichen Leitung des EnCN.

### Interdisziplinäre Plattform

Der EnCN ist eine interdisziplinäre Plattform für Energieforschung in Bayern. Im EnCN werden in der Metropolregion Nürnberg existierende Kompetenzen aus Universität, Hochschule und angewandter Forschung auf dem Gebiet der Energie zusammengeführt. Die Vision besteht in einer Energiewirtschaft, die nachhaltig arbeitet und auf erneuerbaren Quellen basiert. Die Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energien soll sich mit neuen Formen

## Thüga-Gruppe zur Einführung von intelligenten Messsystemen

„In vielen Punkten stimmen wir mit dem Bundeswirtschaftsministerium zur Einführung von intelligenten Messsystemen überein“, so Michael Riechel, Sprecher des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft zum Eckpunktepapier für das Verordnungspaket Intelligente Netze des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi).

### Fokus auf Kosten-/ Nutzenverhältnis legen

Je mehr Strom ein Kunde verbraucht, desto eher lohnt sich für ihn ein Messsystem. Daher teilt die Thüga-Gruppe die Ansicht des BMWi, mit dem Einbau von Messsystemen bei Kundengruppen mit hohem Stromverbrauch und damit hohem Effizienzpotential zu beginnen. Weiter erachtet die Thüga-Gruppe den verpflichtenden Einbau von Messsystemen bei Erneuerbaren Energien (zum Beispiel Besitzern einer Photovoltaikanlage) für sinnvoll. Bei Neubauten sowie Renovierungen sollen hingegen lediglich intelligente Zähler eingebaut werden. Diese besitzen im Gegensatz zu den aufwendigeren Messsystemen keine WAN (Weitverkehrsnetz)-Anbindung. Sinnvoll ist auch, dass der Haushaltskunde darüber entscheiden kann, ob und wie er die Messwerte aus seinem Zähler visualisieren lässt. Auf Wunsch können Haushaltskunden auch ein intelligentes Messsystem wählen.

### Finanzierung – Kosten umgehend anerkennen

„Eine Preisobergrenze für den Messstellenbetrieb von intelligenten Messsystemen halten wir für nicht sachgerecht“, so Riechel. Und auch die jetzigen Bedingungen gewährleisten dem Verteilnetzbetreiber keine angemessene Refinanzierung des Rollouts: Entweder, weil Investitionen erst in der nächsten

der Energiespeicherung, der intelligenten Einspeisung sowie der effizienten Nutzung und Verwertung von Energie verbinden.

Zehn Einzelprojekte ergänzen sich zu einer regenerativ gespeisten Energiekette. Simulation und Design leisten Beiträge zur Optimierung. Von Beginn an wird die Gesellschaft durch Akzeptanzforschung und volkswirtschaftliche Betrachtungen mit eingebunden. Als Entwicklungspartner in allen Aspekten der Energietechnologien bietet der EnCN vielfältige Kooperationsmöglichkeiten für Unternehmen an.

Weitere Informationen unter: <http://www.encn.de> □

Regulierungsperiode geltend gemacht werden können, oder, weil sie ihn einseitig mit Kostenrisiken belasten. Da aber insbesondere in der Startphase der Einführung hohe Anlaufkosten entstehen, z.B. für den Aufbau der IT-Landschaft, fordert die Thüga-Gruppe, dass Verteilnetzbetreiber diese Kosten umgehend in die Netzentgelte einrechnen können. Weiter soll der erhöhte Aufwand bei den laufenden Betriebskosten dem Kunden verursachungsgerecht, individuell in Rechnung gestellt werden.

### Realisierung braucht technische und prozessuale Klarheit

Der vorgeschlagene Zeitplan lässt dem Verteilnetzbetreiber grundsätzlich Freiräume, um den Rollout möglichst effizient zu gestalten. Die Messsysteme basieren auf einer neuartigen Technologie mit hohen technischen Anforderungen. Daher muss vor dem Start des Rollouts die Praxistauglichkeit sichergestellt werden. Außerdem müssen die neuen Marktprozesse definiert sein. Um technische und prozessuale Sicherheit zu bekommen, schlägt die Thüga-Gruppe daher koordinierte, umfangreiche Tests vor.

### Thüga-Thesenpapier zeigt Lösungen auf

Die Unternehmen der Thüga-Gruppe, die in Summe etwa 5,5 Millionen Stromzähler verantworten, haben ein Thesenpapier erarbeitet. Es zeigt auf, wie Messsysteme effizient, praxistauglich und kundenorientiert eingeführt werden können. Es hat vier Schwerpunkte: Finanzierung, technische und zeitliche Umsetzung sowie Zielgruppe des Rollouts. „Unsere praktischen Erfahrungen werden wir weiterhin in den Prozess der Verordnungsgebung einbringen“, erklärt Riechel. Gegenwärtig diskutiert die Thüga-Gruppe das Thesenpapier mit Politik und Verbänden.

Weitere Informationen unter: [www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/Presse/150211\\_Thesenpapier\\_Messwesen.pdf](http://www.thuega.de/fileadmin/media/Thuega/PDF/Presse/150211_Thesenpapier_Messwesen.pdf) □

WER KOMMT  
SCHNELL IN DIE GÄNGE



GIBT VOLLGAS  
UNTER DER ERDE?

Mini-Blockheizkraftwerke im Keller.

Die kompakten Geräte arbeiten auch im Dunkeln hoch effizient: Sie passen in fast jeden Heizungsraum und werden idealerweise mit Erdgas betrieben, mit dem sie gleichzeitig Wärme und Strom erzeugen. So lassen sich bis zu 35% der Energiekosten und fast 50% CO<sub>2</sub> einsparen – im Gewerbe genauso wie im Eigenheim.

Nur eine der vielen Ideen, mit denen die in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerke wie die Städtischen Werke aus Kassel die Energiewende vorantreiben. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über  
[www.energie-und-wende.de](http://www.energie-und-wende.de)

Thüga

Die Thüga Energieeffizienz GmbH entwickelt Lösungen zum intelligenten Umgang mit Energie für die Thüga-Gruppe.

Städtische Werke  
Aktiengesellschaft

energie  
effizienz  
Das große Plus für das Klima

Energiespeicher Riedl:

## Genehmigungsunterlagen vervollständigt

Nachreichung der letzten ergänzenden Unterlagen zum Energiespeicher Riedl und zur Fischwanderhilfe beim Landratsamt Passau ermöglichen Fortsetzung der zweistaatlichen Genehmigungsverfahren

Die Donaukraftwerk Jochenstein AG hat am 26. Februar 2015 die letzten noch ausstehenden Unterlagen eingereicht, die vom Landratsamt Passau im Rahmen des zweistaatlichen Genehmigungsverfahrens zur abschließenden Beurteilung der Vollständigkeit des Projektes Energiespeicher Riedl nachgefordert worden waren. Die gesammelten Antragsunterlagen füllen mittlerweile 63 Ordner. Parallel dazu wurden auch noch die letzten ausstehenden Unterlagen für die geplante Fischwanderhilfe des Donaukraftwerkes Jochenstein an das Landratsamt übermittelt. Damit ist die Behörde in der Lage, die umfassende Prüfung der beiden Projekte im Detail zu starten.

Der Energiespeicher Riedl mit einer Pumpen- und Turbinenleistung von je 300 Megawatt ermöglicht nach seiner Fertigstellung die effiziente und flexible Speicherung und Abarbeitung von Strom aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Die Planung und Realisierung des Projektes erfolgt unter Berücksichtigung neuester Technologien in enger Verbindung mit den ökologischen Rahmenbedingungen und der höchstmöglichen Sicherheit. Neben den positiven volkswirtschaftlichen und infrastrukturellen Impulsen in der Region stellt die Umsetzung des Energiespeichers auch einen wesentlichen Bestandteil der nachhaltigen Energiezukunft Bayerns dar.

### Letzte Nachreichung zur Vervollständigung der Genehmigungsunterlagen

Nach der zu Beginn von der Behörde festgestellten positiven landesplanerischen Beurteilung im Raumordnungsverfahren

wurden von der Donaukraftwerk Jochenstein AG im Herbst 2012 die umfassenden Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren beim Landratsamt in Passau eingereicht. Im Rahmen der eingehenden Prüfung aller Gutachten wurden von den Behördensachverständigen in der Folge ergänzende Unterlagen für die Bereiche Wasserwirtschaft, Umweltschutz, Fischerei, Schifffahrt sowie Bauwesen nachgefordert. Diese wurden in den vergangenen Monaten erstellt, in die bestehenden Gutachten eingearbeitet und am 26. Februar 2015 nachgereicht.

### 63 Ordner

„Ein Wasserkraft-Projekt in der Dimension, wie es der geplante Energiespeicher Riedl darstellt, erfordert ein enges Zusammenspiel der Experten in allen Bereichen der Technik, Umwelt und Medizin, um eine umfassend detaillierte Darstellung

des Projektes im Sinne aller Vorschriften vorlegen zu können“, informiert VERBUND-Projektleiter Dr. Dominik Mayr. „Wir sind stolz, dass wir heute die Antragsunterlagen fertig gestellt haben, immerhin umfassen diese mittlerweile einen Umfang von 63 Ordnern.“

### Vermeidungsmaßnahmen

Die jetzt der Genehmigungsbehörde vorgelegten Unterlagen legen nicht nur die genaue technische Planung dar, es werden auch die Vermeidungsmaßnahmen möglicher Auswirkungen auf die Umwelt dargestellt. Diese beziehen sich auf alle Bereiche der Ökosysteme von Flora und Fauna in der Projektumgebung und in der Donau. Größtes Augenmerk wird auch auf mögliche Auswirkungen auf die Anwohner gelegt, wozu etwa Gutachten zu den Bereichen Verkehr, Schall und Luft erstellt wurden. Alle Aspekte des Projektes werden am Ende in einem Gutachten zusammengeführt, das die Verträglichkeit des Projektes aus medizinischer Sicht beurteilt.

Dr. Mayr ergänzt: „Wir von VERBUND verfolgen das Projekt Energiespeicher Riedl nach wie vor mit Hochdruck. Nicht zuletzt wurde ja auch im Energiedialog Bayern für das Gelingen der Energiewende im Frei-

staat der besondere Nutzen der Pumpspeicherung festgestellt. Bei dem hohen Anteil an Photovoltaik in Bayern ist der Energiespeicher Riedl eine ideale Ergänzung zur Stromzwischen-speicherung für Situationen, in denen die Energieproduktion aus Solarzellen nicht zeitgleich mit dem Stromverbrauch erfolgt.“

### Laufende Beweissicherung im Projektgebiet

Ungeachtet der aktuellen Unterlagen vervollständigung werden von den Fachgutachtern seit Anbeginn der Planungen laufend aktuelle Informationen zu den Brunnen, Quellen, Bächen, Grundwasserständen und Erkundungsbohrungen im Projektgebiet erhoben. Diese Erfassung dient einerseits der Bestandserhebung und andererseits der Planung von Maßnahmen, um Beeinträchtigungen zu vermeiden.

### Weitere Vorgehensweise

Das Landratsamt Passau prüft die jetzt gesammelten Unterlagen auf letztgültige Vollständigkeit, um von ihrer Seite in den kommenden Monaten die technische Machbarkeit und die ökologische Verträglichkeit zu prüfen und feststellen zu können.

Im Rahmen des Verfahrens ist eine öffentliche Erörterung des gesamten Projektes mit allen Projektbeteiligten und Anwohnern vorgesehen. Rechtzeitig davor werden die Antragsunterlagen in den betroffenen Gemeinden in Bayern und Oberösterreich zur Einsicht- und Stellungnahme ausgelegt.

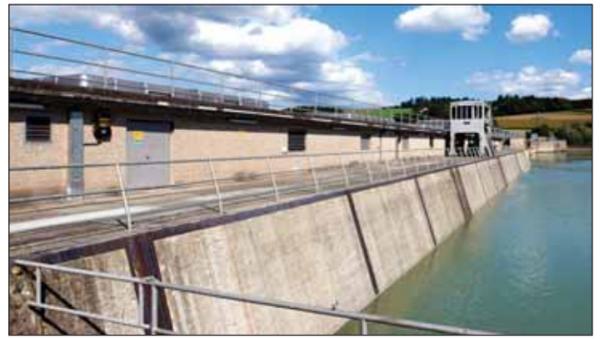
### Energiedialog Bayern: Die Bedeutung von Speichertechnologien wird hervorgehoben

Auch der vor kurzem abgeschlossene Energiedialog Energiedialog des Bayerischen Wirtschaftsministeriums streicht die zukünftige Bedeutung von Speichertechnologien zur Umsetzung der Energiewende hervor. Darin wird als Ergebnis unter anderem festgehalten, dass mit dem weiteren Ausbau der volatilen Stromerzeugung aus Sonne und Wind dringend neue flexible und nachhaltige Speicherkapazitäten benötigt werden.

### Leistung und Kapazität

Es wird weiter klargestellt, dass sich Pumpspeicher besonders zum Ausgleich von temporären Last- oder Einspeiseschwankungen eignen und dass diese damit einen Ausgleich bei fluktuierender Einspeisung gewährleisten. Durch die hohe Leistung und Kapazität der Pumpspeicher können bedeutende Anteile an Erneuerbaren Energien ins Netz integriert werden. Sie leisten bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur Netzstabilisierung und sind notwendig, um die regional bzw. innerhalb Bayerns erzeugten Produktionsspitzen aufzunehmen und bei Zeiten höheren Bedarfs zur Verfügung zu stellen. Speicher leisten auch einen Beitrag zur Entlastung des elektrischen Verteilnetzes.

Abschließend wird im Ergebnispapier des Energiedialoges zusammengefasst, dass Pumpspeicher sowohl als Kurzzeitspeicher für den Bereich von Stunden bis Tagen in den Mittelgebirgen bzw. auch als Langzeitspeicher von bis zu einigen Wochen im alpinen Bereich eingesetzt werden. Sie sind eine bewährte Technik mit bis zu 85 % Wirkungsgrad und weisen eine hohe Leistung und Kapazität auf. Sie können auch alle Regelenergiearten liefern und sind „schwarzstartfähig“ □



Das Laufwasserkraftwerk Passau-Ingling. □

### Durchgehende Stromversorgung:

## Erfolgreicher Umbau der Schaltanlage im Kraftwerk Passau-Ingling

Im Grenzkraftwerk Passau-Ingling wurde bei laufendem Betrieb die 110kV-Hochspannungs-Schaltanlage mit vier Transformatoren erneuert.

Im Grenzkraftwerk Passau-Ingling fand in den vergangenen vier Jahren während des laufenden Betriebs des Kraftwerks die komplette Erneuerung der 110-kV-Freiluftschaltanlage mit einem Tausch aller vier Transformatoren statt. Seit Sommer 2014 ist die neue Schaltanlage mit den vier Transformatoren wieder im Vollbetrieb und sorgt für die saubere Stromlieferung über das Umspannwerk Aigerding nach Oberösterreich und über die Umspannwerke Passau und Fürstzell nach Bayern.

### Flexibles Handeln war gefragt

Die besondere Herausforderung des kompletten Umbaus war die Aufrechterhaltung der Stromerzeugung, wozu immer drei von den vorhandenen vier Maschinensätzen und Transformatoren zur Verfügung stehen mussten. Dazu wurde mit Provisoren von Hochspannungskabeln und Einschränkungen der Umbauzeiten in die Wintermonate (Niederwasserzeit) gearbeitet, woraus sich eine Zeitspanne von Herbst 2011 bis Sommer 2014 ergab.

Daraus leitete sich auch eine besondere Vorgehensweise und Flexibilität für die Mitarbeiter der Grenzkraftwerke ab. Die Projektleiter Veit Lindner - für den Hochspannungsschaltanlagenumbau- und Johannes Thalhammer - für die Transformatorenerneuerung - arbeiteten dazu eng mit dem im Kraftwerk zuständigen Betriebspersonal zusammen.

An oberster Stelle stand immer die Personensicherheit, da benachbarte Schaltfelder während des Umbaus in Betrieb waren. Der gesamte Umbau konnte unfallfrei realisiert werden.

Eine weitere Herausforderung bestand darin, einzelne Schaltfelder, unter Berücksichtigung der jeweiligen Wasserführung am Inn und unter Einhaltung der Umbauvorgaben so abzustellen, dass drei der vorhandenen vier Maschinensätze inklusive Transformatoren für eine gesicherte Stromerzeugung zeitgleich zur Verfügung standen. Darüber hinaus mussten für den Abtransport des erzeugten Stroms alle drei Freileitungen zu den Netzbetreibern immer zur Verfügung stehen, auch hier wurden aufwendige Provisoren geschaffen, um dies realisieren zu können.

### Tonnenschwere Trafos

Auch der gesamte Transformatorerwerb stellte sich neben den technischen Anforderungen als große logistische Herausforderung dar. Eine termingerechte Lieferung der jeweils 57 Tonnen schweren

Transformatoren stellte eine Grundvoraussetzung für die einzelnen Wiederinbetriebnahmen und somit einer möglichen Stromlieferung nach Österreich und Deutschland dar.

Die Transformatoren besitzen eine Grundabmessung von 7m Länge, 3m Breite und eine maximale Höhe von knapp 5m und wandeln die vom Generator erzeugte 10kV-Wechselspannung in 110kV-Wechselspannung um. Diese hohe Wechselspannung ist notwendig um eine Energieübertragung über längere Strecken zu ermöglichen. Jeder Transformator hat eine Leistung von 27MVA.

Seit Sommer 2014 speist das Grenzkraftwerk Passau-Ingling wieder die rund 505 Mio. Kilowattstunden Strom (Versorgung von ca. 144.000 Haushalte) aus Wasserkraft über die neue Schaltanlage und die neuen Transformatoren in die Stromnetze von Bayern und Oberösterreich.

### Lokale und regionale Wirtschaftspartner

Wie schon in der Vergangenheit wurde auch bei diesem Umbauprojekt versucht, vorwiegend lokale und regionale Unternehmen bei diesen Arbeiten zu berücksichtigen, um sich weiterhin als verlässlicher Auftraggeber und Wirtschaftspartner, sowie Arbeitgeber in Bayern und Oberösterreich zu manifestieren.

### Das Laufwasserkraftwerk Passau-Ingling

Das VERBUND-Kraftwerk Passau-Ingling ist ein Laufkraftwerk am Inn und zwischen den Gemeinden Schardenberg (Oberösterreich) und Passau (Bayern) gelegen. Das Kraftwerk wurde als unterstes Glied einer Kette von vier bereits fertiggestellten Kraftwerken am unteren Inn in den Jahren 1962 bis 1965 gebaut. Wehr und Krafthaus sind senkrecht zur Flussachse in einer Flucht angebracht, wobei die Wehranlage auf der österreichischen und das Krafthaus auf der bayerischen Flussseite liegen. Im Kraftwerk sind vier Kaplan-Turbinen mit senkrechter Welle installiert. Direkt auf der Turbinenwelle ist jeweils ein Drehstrom-Synchrongenerator angeordnet. Im jährlichen Durchschnitt werden rund 505 GWh Strom erzeugt.

Insgesamt erzeugen die acht Wasserkraftwerke am Grenzfluss Inn im Schnitt jährlich ca. 3,9 Mrd. Kilowattstunden Strom aus Wasserkraft, das entspricht dem Jahresbedarf von über 1 Mio. Haushalten. Im Vergleich zu einem modernen Steinkohlekraftwerk werden mehr als 3,2 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr vermieden. □

### Bürgerinformation der VERBUND-Innkraftwerke:

## Geplante Erneuerung des Wasserkraftwerks Töging-Jettenbach

VERBUND, Österreichs führendes Stromunternehmen und Betreiber der bayerischen Innkraftwerke hat vor kurzem die aktuellen Planungen zur Erneuerung des bestehenden Wasserkraftwerks Töging-Jettenbach der Bevölkerung umfassend vorgestellt. Auf Basis der bis zur Bürgerinformation auf Hochtouren arbeitenden Gutachter und Experten konnte mit konkreten Unterlagen und Plänen das Projekt anschaulich vermittelt werden. Landrat-Stellvertreter Horst Krebes und Tögings Bürgermeister Dr. Tobias Windhorst sowie rund 200 Bürgerinnen und Bürger aus Töging und Umgebung fanden sich im Festsaal der „Kantine“ in Töging ein. Eine weitere Bürgerinformation fand am 3. März in Waldkraiburg statt.

Rund 200 Menschen tauschten sich mit dem Projektteam der VERBUND Innkraftwerke GmbH und den Fachgutachtern zu den Bereichen Technik und Bauabwicklung, Hochwasserschutz, Stauraum und Grundwasser sowie Verkehr, Schall und Luft aus.

### Starker und kompetenter Partner

Begrüßende Worte kamen von Altöttings Landrat-Stellvertreter Horst Krebes, Altbürgermeister von Töging, sowie von Tögings Bürgermeister Dr. Tobias Windhorst, die sich über die Investition in ihre Wasserkraft- und Industriestadt sehr freuen und in VERBUND einen starken und kompetenten Wasserkraftpartner sehen.

### Enorme Chancen

Die Investition in den Standort Töging bringt enorme Chancen für die Zukunft der Region. Neben den volkswirtschaftlichen und regionalpolitischen Impulsen stellt die Erneuerung von Tö-

ging auch einen wesentlichen Bestandteil der nachhaltigen Energiezukunft Bayerns dar.

### Mehr Erzeugung durch moderne Technik

„Durch eine Stauzielhöhung von 70 cm beim Wehr Jetten-



Dr. Tobias Windhorst. □

bach und eine Erhöhung der Ausbauwassermenge von bis zu 70 m<sup>3</sup>/s sowie dem Einbau von drei Kaplan-turbinen ist ei-

ne Leistungssteigerung von 20 bis 25 Prozent möglich“, informiert Projektleiter Bernhard Gerauer. „Dadurch kann jährlich um 120 GWh mehr Strom erzeugt werden. Die Dämme und Deiche im Stauraum und die Abdichtung im Innkanal werden daher entsprechend angepasst.“

Laut Gutachter aus dem Bereich Verkehr sollte es während der Bauzeit in Töging zu keinen größeren Behinderungen kommen, nur in absoluten Spitzenzeiten erhöhe sich das Verkehrsaufkommen. Dabei soll der Baustellentransport im Einbahnsystem geführt werden. Interessiert waren die Bürgerinnen und Bürger auch am Baulärm: Während der Baustellenarbeiten wird es Lärmbelastungen geben. Durch geeignete Maßnahmen sollen diese aber so gering wie möglich gehalten werden.

### Die Hülle des Kraftwerks

Auch der Entwurf der Töginger Format Elf Architekten zur Fassade wurde vorgestellt, wie das neue Kraftwerksgebäude funktional in das umgebende Gelände eingebunden wird und den Blick auf das denkmalgeschützte Krafthaus aus den 1920er Jahren ergänzt. Das neue Kraftwerk erzeugt mehr Strom ohne sichtbar zu sein, sagen die Architekten von Format Elf: „Es steht nicht in Konkurrenz zum alten denkmalgeschützten Gebäude.“ □

# Bürgerenergiepreis Unterfranken

Bayernwerk und Regierung von Unterfranken würdigen gesellschaftliche Impulse für die Energiezukunft

Würzburg. Mit Unterstützung der Regierung von Unterfranken vergibt das Bayernwerk 2015 erstmals den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten „Bürgerenergiepreis“ in Unterfranken. „Die Gestaltung der Energiezukunft ist viel mehr als nur ein technologisches Projekt. Innovation und Technologie brauchen die Akzeptanz der Gesellschaft. Deshalb sind Bürgerinnen und Bürger, die in ihrem Umfeld eigene Impulse für die Energiezukunft setzen, wichtige Wegbereiter der Energiewende“, erklärte Christoph Henzel, Leiter Kommunalmanagement Bayernwerk AG.

„Mit dem Bürgerenergiepreis möchten wir den Blick auf diese Impulse lenken, die der Energiezukunft vor Ort Schubkraft verleihen“, so Henzel. „Besonders beeindruckend ist die Erfahrung, dass sich nicht nur Er-

wachsene, sondern vielfach auch Kinder und Jugendliche mit Engagement und Ideenreichtum für unsere Energiezukunft einsetzen“, stellte er fest. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer begrüßt die Zielrich-

tung des Preises. Beinhofer: „Rund die Hälfte der in Deutschland benötigten Energie wird zum Heizen verbraucht.

**Bayernwerk:**

## Neue Vereinbarung mit Bayerischer Vermessungsverwaltung

Das Bayernwerk verfügt über ein hoch modernes Geoinformationssystem. Um auch datenseitig auf dem aktuellsten Stand zu sein, arbeitet das Bayernwerk seit vielen Jahren mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung zusammen. Gemeinsam mit Bayerns Finanzstaatssekretär Albert Füracker hat Bayernwerk-Technikvorstand Dr. Egon Westphal eine neue Lizenzvereinbarung abgeschlossen.

„Die Energiewende findet im Verteilnetz statt. 250.000 dezentrale Erzeugungsanlagen haben wir bis heute an unser Netz angeschlossen. Unser Netz wächst und wandelt sich ständig. Diese Dynamik stellt uns in vielen Bereichen vor große Herausforderungen, auch, was unseren Datenbestand und unsere Datenerfassung angeht. Ein effizienter Netzbetrieb und ein effizienter Netzausbau sind nur mit höchster Datenqualität möglich. Innovation im Netz heißt für uns also auch: innovative Datenerfassung“, betonte Bayernwerk-Vorstandsmitglied Dr. Westphal bei der Unterzeichnung der Vereinbarung. „Auch im Rahmen unserer kommunalen Partnerschaften seien fundierte, umfangreiche und aktuelle Geodaten eine entscheidende Dienstleistungskompetenz“, so Westphal weiter.

**Datenpaket**

Das Unternehmen Bayernwerk erhält ein maßgeschneidertes Datenpaket der Vermessungsverwaltung. „Die Daten sind unverzichtbare Planungsgrundlage für die Tätigkeit der Versorger und unterstützen die Realisierung der Energiewende“, betonte Bayerns Finanzstaatssekretär Albert Füracker bei der Unterzeichnung der Lizenzvereinbarung zwischen der Bayerischen Vermessungsverwaltung und dem Bayernwerk in Regensburg. Füracker weiter: „Die Bayernwerk AG wird durch die Vereinbarung optimal mit Geodaten ausgestattet.“ Wie das Bayerische Staatsministerium der Finanzen für Landesentwicklung und Heimat mitteilt, bieten die Geodaten der Vermessungsverwaltung eine wich-

Hochenergiebatterien (Lithium-Batterien) sowie deren ADR konforme und ordnungsgemäße Entsorgung. Zentrale Bestandteile des Paketes sind zudem der separate, ADR konforme Abholprozess für besonders gefährliche, beschädigte Lithium-Batterien über 500 Gramm sowie Schulungs- und Informationsmaterial für Mitarbeiter bzw. Endverbraucher.

Ergänzend bietet die Stiftung kostengünstig weitere Unterstützung (wie die Vermietung geeigneter Lagerbehälter, Expresslogistik, In-House Schulungen oder auch die Vor-Ort-Beratung zur innerbetrieblichen Umsetzung) an.

Alle öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger erhalten zudem Gelegenheit, zusätzliche logistische Verdichtungsleistungen vergütet zu bekommen, wenn eine separate Vereinbarung als qualifizierter Annahmestelle abgeschlossen wird. □

Insofern umfasst die Energiewende nicht nur Windräder und den Atomausstieg; essentielle Teilbereiche der Energiewende lassen sich mit den Begriffen Wärmewende und Hauswende beschreiben. Der Bürgerenergiepreis trägt dazu bei, dass insbesondere in diesem Wärme- und Effizienzbereich interessante nachahmenswerte Projekte identifiziert werden können. Bringen Sie sich ein und setzen Sie Impulse für die Energiezukunft in Unterfranken, insbe-

sondere für den sparsamen Umgang mit Energie!“

**Pfiffige Ideen**

Mit dem Bürgerenergiepreis können Privatpersonen, Vereine oder auch Schulen ausgezeichnet werden, die mit pfiffigen und außergewöhnlichen Ideen und Maßnahmen einen Impuls für die Energiezukunft geben. Die unterfränkischen Kommunen rufen ihre Bürger auf, sich zu bewerben und reichen Vorschläge für mögliche Preisträger beim Bayernwerk ein. Aus allen Einsendungen wählt eine Jury drei Preisträger aus.

**Vorbildcharakter**

Der Umfang und die Größe der Projekte sind laut Henzel nicht entscheidend – wichtig ist, dass sich die Projekte mit den Themen Energieeffizienz oder Ökologie befassen, Vorbildcha-

rakter haben und dazu beitragen, die Akzeptanz für die Energiewende zu erhöhen. Eingereicht werden können Projekte, die entweder in Planung sind, im laufenden Jahr begonnen haben oder aufgrund ihrer inhaltlichen Qualität nach wie vor Bestand haben.

**Niederbayerische Anfänge**

Die Bayernwerk AG verleiht den Bürgerenergiepreis in einzelnen Bezirken Bayerns. Erstmals wurde die Auszeichnung im Jahr 2013 in Niederbayern vergeben. Im vergangenen Jahr wurde der Bürgerenergiepreis zudem in Oberfranken und der Oberpfalz ausgelobt.

Die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen zum Bürgerenergiepreis sind unter [www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis](http://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis) zu finden – hier sind auch Videos der Vorjahressieger veröffentlicht. □



Christoph Henzel, Leiter Kommunalmanagement Bayernwerk AG (l.) gemeinsam mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer. □

## Der nächste Schritt zur sicheren Erfassung von Lithium-Batterien

Stiftung GRS Batterien unterstützt Kommunen bei der ADR konformen Batterieerfassung im Rahmen der Elektroaltgerätesammlung

Hamburg. Unsere Welt wird immer mobiler. Vom Akkuschauber bis zur elektrischen Zahnbürste: Kabellose Geräte sind heute in nahezu jedem Haushalt ein Muss. Gespeist werden diese durch immer leistungsfähigere Energieträger, vor allem Lithium-Batterien, die sowohl die Rücknahme als auch die Verwertung vor besondere gefahrgutrechtliche Anforderungen stellt. Der neue sicherheitstechnische Standard für die Sammlung von Lithium-Batterien wurde von der Stiftung GRS Batterien im vergangenen Jahr erfolgreich umgesetzt. „Allerdings sind aufgrund geltender gefahrgutrechtlicher Bestimmungen ähnliche Maßnahmen auch im Rahmen der Elektroaltgerätesammlung dringend erforderlich“, betont Stiftungsvorstand Georgios Chryssos.

Der aktuelle Sachverhalt: Obwohl derzeit noch nicht abschließend geregelt, wird bei der Rücknahme von Elektroaltgeräten schon heute die Entnahme der nicht umschlossenen Batterien durch den Letztbesitzer an der Sammelstelle dringend empfohlen. Eine entsprechende Verpflichtung besteht derzeit noch nicht – sie wird aber voraussichtlich im neuen Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) folgen.

**Geringes Schadensrisiko**

Georgios Chryssos: „Die sicherheitstechnische Analyse hat gezeigt, dass das tatsächliche Schadensrisiko auf der Sammlungsebene äußerst gering ist. Die bisher bekannten Schadensfälle sind vor allem auf eine unsachgemäße und nicht ordnungsgemäße Behandlung in der nachfolgenden Transport- und Wertungskette zurückzuführen. Die Vorabentnahme von Batterien durch den Letztbesitzer reduziert aber diese Sicherheitsrisiken in einem erheblichen Maße

und ist auch bereits vom geltenden ElektroG gedeckt. Diese Maßnahme ist bei den meisten Sammelstellen leicht umzusetzen und erfordert nur die Bereitstellung gefahrgutrechtlich geeigneter Transportbehälter für Lithium-Batterien sowie zusätzliche Hinweise für den Verbraucher und besondere Schulungsmaßnahmen für das Betriebspersonal.“

**Maßnahmenpaket**

Das Gemeinsame Rücknahmesystem ist gemäß § 6 und 13 BattG gesetzlich verpflichtet, alle vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) erfassten und überlassenen Altbatterien zu übernehmen. Zusätzlich hat die Stiftung GRS Batterien gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Maßnahmenpaket entwickelt, das die sichere Erfassung von Lithium-Batterien beim örE sicherstellt. Dieses enthält eine Vielzahl an kostenlosen Maßnahmen wie die Gestellung geeigneter Transportbehälter für herkömmliche Altbatterien und

tige Datenbasis für alle Planungen der Energieversorger.

**Vielfältige Nutzung**

Peter Obermaier, beim Bayernwerk für das Geoinformationssystem verantwortlich, wies auf die vielfältige Nutzung von Geodaten hin: „Die Daten dienen nicht nur der Bestandsdokumentation des Unternehmens. Sie sind auch für Netzplanung, Netzbaumaßnahmen, Betriebsführungen aber auch bei der Behebung von Versorgungsunterbrechungen hilfreich und erforderlich.“ □



Dr. Egon Westphal, Technikvorstand der Bayernwerk AG, und Bayerns Finanzstaatssekretär Albert Füracker bei der Vertragsunterzeichnung (von links). □



## Wir steigern die Energieeffizienz Ihres Gebäudes

Mit unserem Angebot zur Gebäudeenergieberatung bieten wir Ihnen eine energetische Bewertung Ihres Gebäudes und beraten Sie ausführlich zu möglichen Sanierungsvarianten.

[www.bayernwerk.de/gebäudeenergieberatung](http://www.bayernwerk.de/gebäudeenergieberatung)

**bayernwerk**

Visionum Energie+ geht in die nächste Phase:

## Start der Bauplanung für das Energiehaus der Zukunft

Stadt Königsbrunn, Hochschule Augsburg und Lechwerke AG unterzeichnen Kooperationsverträge

Mit dem „Visionum Energie+“ entsteht am Europaplatz im Zentrum Königsbrunns ein Leuchtturmprojekt für Energieeffizienz im Städtebau. Kürzlich unterzeichneten die drei Innovationspartner Stadt Königsbrunn, Hochschule Augsburg und Lechwerke AG die Kooperationsverträge zur Umsetzung des für ganz Deutschland wegweisenden Praxis-Projekts.

Das Konzept des Energiehauses der Zukunft verbindet zukunftsweisende Bau- und Gebäudetechnik und Lösungen für nachhaltiges Wohnen und Arbeiten. Gleichzeitig dient das öffentlich zugängliche Gebäude als Informationszentrum und Veranstaltungsort rund um die Themen Energiezukunft und Elektromobilität.

### Pläne konkretisiert

In den vorangegangenen Monaten konkretisierten die Projektpartner die Pläne zur Umsetzung des Baukonzeptes. Mit der Unterzeichnung der Kooperationsverträge beginnt die nächste Phase: nun werden alle erforderlichen Unterlagen für die Baugenehmigung fertiggestellt und eingereicht.

Parallel dazu führen die Projektpartner bereits intensive Gespräche mit den Entwicklern und Herstellern innovativer Lösungen für die Bau- und Gebäudetechnik. Für die Fachplanungen der einzelnen Gewerke und die Ausschreibungsverfahren ist die Zeit bis Herbst 2015 vorgesehen. Im Anschluss starten die Arbeiten am Rohbau des Gebäudes.

Das Visionum Energie+

wird nach innovativen Konzepten mit neuesten Technologien und Materialien auf dem aktuellsten Stand der Forschung und Entwicklung gebaut. Die gesamte Baukonstruktion ist als „Gebäude auf Zeit“ konzipiert: Alle Bauteile kommen vorgefertigt auf die Baustelle und werden miteinander verschraubt oder mechanisch wieder lösbar verbunden. Das Haus ist zu 100 Prozent wiederabbaubar beziehungsweise wiederaufbaubar. Innerhalb des Projektzeitraums von 15 Jahren werden permanente Weiterentwicklungen integriert und einzelne Bauteile sowie Komponenten der Haustechnik regelmäßig ausgetauscht.

### Zukunftsweisende Standards

Für die Holzdecken des Königsbrunner Energiehauses wird eigens ein spezielles Deckensystem entwickelt, das zukunftsweisende Standards an Brandschutz, Bauphysik, Statik und Gebäudetechnik erfüllt. Vakuum-Isolierverglasungen sorgen für extrem niedrige Wärmeverluste über die Gebäudeaußenhaut und eine kombiniertes System aus Solarthermie, Eisspeicher und Wärmepumpe ermög-

lichen vollständig autarkes Heizen und Kühlen.

Die Internetplattform [www.visionum.de](http://www.visionum.de) informiert laufend über die Entwicklung des Projekts sowie später in der Be-



LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann, Königsbrunns Erster Bürgermeister Franz Feigl, Prof. Dr. Hans-Eberhard Schurk, Präsident der Hochschule Augsburg (1. Reihe, v. l.) sowie Prof. Dipl.-Ing. Georg Sahner, Studiengangleiter des Studienganges Energie Effizienz Design an der Hochschule, Eckart Wruck, Leiter Kommunikation und Marketing bei LEW, und Günther Riebel, Geschäftsführer der GWG Königsbrunn, (2. Reihe, v. l.) bei der Vertragsunterzeichnung im Rathaus der Stadt Königsbrunn. Bildnachweis: LEW/Bleier

## Internationale Biogas Jahrestagung in Bremen

„Biogas kann und muss eine entscheidende Rolle bei der Energieversorgung der Zukunft spielen!“ Diese klare Botschaft richtete der Präsident des Fachverbandes Biogas, Horst Seide, an die Teilnehmer der 24. Internationalen Biogas Jahrestagung und Fachmesse.

„Jetzt werden in Berlin die Weichen gestellt und jetzt müssen die richtigen Entscheidungen getroffen werden“, forderte Seide mit Blick auf die aktuelle Diskussion um das Strommarktdesign. Während die großen Energiekonzerne Kapazitätsmärkte fordern, um ihre alten fossilen Kraftwerke am Markt zu halten, setzt die Regenerativbranche auf „energy only“, die flexible und bedarfsgerechte Bereitstellung von Strom aus dezentralen Kraftwerken wie Windrädern, Photovoltaik- und Biogasanlagen. Und haben mit dieser Einstellung sowohl Wirtschaftminister Sigmar Gabriel als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrer Seite. Letztere versicherte auf dem Neujahrsempfang des Bundesverbandes Erneuerbarer Energien (BEE): „Ich teile Ihre Skepsis zu Kapazitätsmärkten.“

In einem flexiblen Strommarkt kommt nach Meinung des Fachverbandes Biogas dem flexiblen Energieträger Biogas eine ganz besondere Rolle zu. Denn Biogas ist speicherbar und kann jederzeit die Lücke schließen, die sich bei den fluktuierenden Energien Sonne und Wind ganz natürlich ergeben. Schon heute sind rund 2.200 der insgesamt knapp 8.000 Biogasanlagen für den flexiblen Anlagenbetrieb bei der Bundesnetzagentur gemeldet. Damit stehen aus Biogas 1,2 Gigawatt flexible elektrische Kraftwerksleistung bereit.

„Bei der ganzen Diskussion um das Strommarktdesign dürfen wir nicht vergessen, warum wir die Energiewende eingeleitet haben: um das Klima zu schützen“, erinnerte Horst Seide. Vor dem Hintergrund, dass das vergangene Jahr als das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in die Geschichte eingehen wird, sei es ein dringendes Gebot der Stunde, jetzt zu handeln. Durch die Ener-

gieerzeugung in Biogasanlagen würden schon heute knapp 18 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Jahr eingespart. Mit entsprechenden Anreizen und Maßnahmen ließen sich alleine aus der Vergärung von Gülle und Mist zusätzlich mehr als sieben Millionen Tonnen einsparen, betonte Seide. „Um das zu erreichen dürfen keine unnötigen Hürden – beispielsweise aus der Anlagenverordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) oder der Düngerverordnung – diesen Weg verbauen“, forderte Seide. „Sonst“, so prognostizierte der Verbandspräsident weiter, „werden auch die bestehenden Anlagen stillgelegt und die Klimagasemissionen steigen wieder.“

„Biogas ist die große Chance für den Klimaschutz – in Deutschland und weltweit“, ergänzte der Vizepräsident des Fachverbandes Biogas, Hendrik Becker. Die Nachfrage nach deutscher Biogastechnologie sei nach wie vor groß, erklärte der Geschäftsführer eines großen deutschen Biogas-Unternehmens. „Doch ohne funktionierenden heimischen Markt werden viele deutsche Firmen nicht überleben können.“ Während im Jahr 2011 noch circa 25.000 Arbeitskräfte mit dem Bau von Biogasanlagen beschäftigt waren, sind es heute weniger als 5.000.

„Wir brauchen klare und verlässliche Rahmenbedingungen und ein deutliches Signal pro Biogas, damit auch die bestehenden Biogasanlagen nach Auslaufen der EEG Vergütung weiter betrieben werden“, forderte Becker mit Blick auf die politischen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen, die der Biogasbranche das Leben aktuell sehr schwer machen. „Es wäre grundfalsch, Biogas in der jetzigen Situation den Hahn abzudrehen.“



Mit der neuen Photovoltaikanlage erzeugt der Kindergarten „Märcheninsel“ seinen eigenen umweltfreundlichen Solarstrom. Bild: LEW/Bleier

Kinderhaus „Märcheninsel“ in Ziemetshausen:

## Neue Fotovoltaikanlage in Betrieb

Hauptpreis des Wettbewerbs

„Unsere Sonne – Euer Strom“ der Lechwerke

Solarstrom vom eigenen Dach – davon profitieren in Zukunft die Kinder und das Kindergartenteam der „Märcheninsel“ in Ziemetshausen. Jetzt wurde der Hauptpreis des LEW-Wettbewerbs „Unsere Sonne – Euer Strom“ offiziell in Betrieb genommen: eine Fotovoltaikanlage im Wert von 7.000 Euro.

Den Preis erhielt die „Märcheninsel“ für verschiedene Projekte in Form von Bastelarbeiten, Gedichten und Experimenten rund um das Thema Sonnenenergie. Damit die jungen Forscher auch weiterhin kräftig tüfteln können, erhielten sie von den Lechwerken außerdem einen Experimentierkoffer zum Thema Solarenergie und ein LEGO-Energie-Effizienzhaus. Darüber hinaus konnten die Kinder bereits im vergangenen Sommer das LEGO-LAND® Günzburg besuchen. Die zukünftigen Erlöse der Fotovoltaikanlage – etwa 500 bis 600 Euro jährlich – behält der Kindergarten für weitere Bildungs- und Erziehungsprojekte.

Heute wurde die Anlage mit dem Kindergartenteam um Leiterin Iris Wojatschek, den Kindern und Ziemetshausens Erstem Bürgermeister Anton Birle offiziell in Betrieb genommen.

Uta Rinck, Leiterin Partnermanagement bei LEW, gratulierte Gewinnern: „Besonders beeindruckt haben uns die vielen verschiedenen Projektideen und der ganzheitliche Ansatz: In jedem Funktionsraum der ‚Märcheninsel‘ konnten die Kinder die Sonne mit all ihren Sinnen erleben. Sei es beim Basteln, Singen, Experimentieren – oder auch beim Kinderyoga. So viel Abwechslung bringt jede Menge Spaß und muss belohnt werden.“

Kindergartenleiterin Iris Wo-

jatschek und ihr Team stellten die verschiedenen Gruppenräume der „Märcheninsel“ zwei Wochen unter das Motto „Die Kraft der Sonne“. Während im Atelier Armbänder geflochten und eigene Sonnen aus Ton gestaltet wurden, bastelten die Kinder in der Lernwerkstatt eine Mini-Solaranlage und erfuhren anhand verschiedener Experimente, wie das Leben ohne Sonne aussehen würde. Mit viel Engagement und kreativen Ideen führten die Mitarbeiter die Kinder an das Thema Sonne heran und weckten die Neugier. Bewegungsspiele, ein Sonnenlied und ein sogenannter „Gelbtag“ rundeten die Projektwochen ab.

Als Hauptpreise des Wettbewerbs „Unsere Sonne – Euer Strom“ waren fünf Fotovoltaikanlagen im Wert von jeweils 7.000 Euro ausgelobt. Finanziert wird der Wettbewerb aus dem Förderfonds des Ökostromprodukts LEW Strom Aqua Natur. Die Lechwerke bieten das Produkt bereits seit 2006 an. Es stammt zu 100 Prozent aus Wasserkraft und ist durch den TÜV SÜD zertifiziert. Ein fixer Anteil des Entgelts fließt in einen Fördermittelfonds. Diese Geldmittel vergibt LEW in Abstimmung mit dem TÜV SÜD zur Förderung erneuerbarer Energien. Zusätzlich beteiligt sich LEW selbst an der Finanzierung der Projekte. □

## Langjährige Strompartnerschaft zwischen der Gemeinde Aichen und LEW wird fortgeführt

Der Gemeinderat Aichen hat einen neuen 20-jährigen Wegenutzungsvertrag mit der Lechwerke AG (LEW) zugestimmt. Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zwischen Kommune und Energieversorger bei der Stromverteilung. Er garantiert für die ca. 520 Netzkunden in Aichen auch für die Zukunft eine sichere Stromversorgung.

Bei der Vertragsunterzeichnung in der Hauptverwaltung der Lechwerke in Augsburg ho-

Biogas ist die Chance für eine sichere regenerative Energieversorgung – weltweit. Die Klimaerwärmung ist ein globales Problem – Biogas ein Teil der Lösung. Die Branche ist bereit, diese Aufgabe anzupacken“, bekräftigte Hendrik Becker. □

ben Bürgermeister Alois Kling, Josef Wagner, Leiter Kommunalmanagement der LEW AG und Peter Kraus, Leiter Kommunalbetreuung der LEW AG die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit hervor.

Bereits seit 1920 besteht die Netzpartnerschaft der Lechwerke mit der Gemeinde. Über das Stromverteilungsnetz werden jährlich rund 3,4 Millionen Kilowattstunden verteilt.

Der Wegenutzungsvertrag erlaubt den Lechwerken, öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen. Außerdem gibt er dem Energieversorger die Planungssicherheit, um in den weiteren Ausbau des Netzes und die Verbesserung der Stromversorgung zu investieren. □

## Mit Biomethan auf der Überholspur

Fachkongress für Biokraftstoffe zeigt: Biomethan wertvolle Säule der Verkehrswende

Berlin. Die Energiewende ist mehr als eine Stromwende. Auch der Verkehrssektor muss dringend klimafreundlicher gestaltet werden. Mit diesem Ziel sind mehr als 500 Teilnehmer aus über 30 Nationen der Einladung von fünf Verbänden der deutschen Bioenergiebranche gefolgt, um sich über die „Kraftstoffe der Zukunft“ auszutauschen. Horst Seide, Präsident des Fachverbandes Biogas e.V., erklärte auf der heutigen Biomethan-Veranstaltung im Rahmen des Leitkongresses der Biokraftstoffbranche: „Mit Biomethan hat die Zukunft bereits begonnen! Die Erfolgsgeschichte von Biomethan im Kraftstoffsektor beweist, dass die Trendwende hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung auch im Verkehr möglich ist.“

Biomethan habe sich innerhalb weniger Jahre fest im deutschen Kraftstoffmix etabliert: Bereits ein Drittel der deutschen Erdgas (CNG)-Tankstellen bietet heute schon Biomethan an den Zapfsäulen an. Wer Biomethan tankt, spart bares Geld und schützt obendrein noch das Klima: Biomethan aus Rest- und Abfallstoffen spart pro gefahrenem Kilometer im Vergleich zur fossilen Referenz mehr als 90 Prozent an klimaschädlichem CO<sub>2</sub> ein.

### Minderungsspflicht

Seit dem 1. Januar 2015 gilt die gesetzliche „Treibhausgas-minderungsspflicht“, die die Unternehmen der Mineralölwirtschaft verpflichtet, den Treibhausgasausstoß zunächst um 3,5 Prozent – gemessen an den in Verkehr gebrachten Kraftstoffmengen – zu reduzieren. Bis 2020 steigt dieser Wert auf 6 Prozent.

„Durch die THG-Quote gibt es für die Produzenten einen Anreiz, ihre Klimabilanz in der Produktionskette beständig zu verbessern. Das ist vorbildlich in Sachen Transparenz und Ak-

zeptanz und wird den hohen Ansprüchen gerecht, die die Öffentlichkeit zu Recht an eine nachhaltige Biokraftstoffproduktion und –nutzung stellt“, erklärte Seide.

Gleichzeitig müsse man jedoch darauf achten, dass die Erfolgsgeschichte Biomethan durch anfängliche Unsicherheiten und fehlende Regelungen im neuen THG-Quoten-Regime nicht unterbrochen werde: „Viele Fragestellungen rund um die Quote sind für Biomethan leider noch ungeklärt. Daher sind die Marktakteure derzeit stark verunsichert“, bedauerte Seide, der selbst mehrere Biomethan-Tankstellen betreibt.

„Der Fachverband Biogas hat sich im Zuge der Gesetzgebungsarbeiten zur Umsetzung der THG-Quote intensiv für Biomethan eingesetzt. Das Gesetz enthält folglich auch die Ermächtigung, über Verordnungen spezielle praxistaugliche Regelungen für Biomethan einzuführen. Von diesen Möglichkeiten sollte die Politik nun auch umgehend Gebrauch machen. Die Handbremse bei Biomethan muss gelöst werden!“ □

Landratsamt Bamberg:

## Startschuss für neue Runde im Energiecoaching

Die Bayerische Staatsregierung hat nach dem erfolgreichen Pilotprojekt 2013 eine neue Auflage des „EnergieCoachings“ auf den Weg gebracht. Insgesamt 36 Kommunen in Oberfranken erhalten in den kommenden Monaten eine Initialberatung in Energiefragen. Die Kosten werden dabei erneut vollständig vom Freistaat Bayern übernommen. Als erfahrener Coaching Partner steht für die Kommunen die Energieagentur Nordbayern e.V. zur Verfügung. Seitens des Landkreises Bamberg erhalten die Kommunen Altendorf, Bischofsberg, Heiligenstadt, Königsfeld, Stadelhofen und Steinfeld ein kostenloses Energiecoaching.

Bei der Auftaktveranstaltung im Landratsamt Bamberg wies Wirtschaftsministerin Ilse Aigner darauf hin, dass die Kommunen im Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung eine wesentliche Rolle spielen, um die gesteckten Ziele der Energiewende zu erreichen. Nachdem die erste Runde des Energiecoachings sehr positiv verlaufen ist, habe sich die Bayerische Staatsregierung dazu entschlossen, das Projekt weiterzuführen.

### Anspruchsvolle Aufgabe

Wie Bamberg Landrat Johann Kalb ausführte, stünden die Themen Energieeffizienz, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien im Mittelpunkt des Energiecoachings. Die Energiewende auf regionaler Ebene

umzusetzen, stelle eine der anspruchsvollsten kommunalen Herausforderungen in den kommenden Jahren dar.

### Zahlreiche Initiativen

Der Landkreis Bamberg habe den Klimaschutz und die Energiewende bereits seit vielen Jahren als Schwerpunktthema auf die Agenda gesetzt. Eine der ersten Aufgaben war im Jahr 2008 die Schaffung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten beim Landkreis Bamberg, um dem Klimaschutz stärkeres Gewicht zu verleihen. Zudem habe der Landkreis gemeinsam mit der Stadt ebenfalls im Jahr 2008 die Klimaallianz Bamberg mit dem Ziel der bilanziellen Energieautarkie bis 2035 geschaffen. Zu dieser Zeit hatte diese „Klimaschutzpartnerschaft“ einer

Stadt mit einem Landkreis noch Alleinstellungsmerkmal.

### Enorme Fortschritte

Dass der Landkreis Bamberg im Bereich des Klimaschutzes und der Energiewende in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht hat, belegen laut Kalb folgende Fakten:

1. Der derzeitige Anteil an erneuerbarer Energie im Strombereich liegt bei 53,5 %.
2. Eines der Ziele im 2008 verfassten Klimaschutzleitbild war die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei kommunalen Liegenschaften um 30 % bis zum Jahr 2020. Nach letzten Auswertungen wurde im Landkreis Bamberg das Ziel bereits heute mit einem Wert von rund 63 % erreicht.
3. Der Landkreis Bamberg ist im Rahmen der Klimaallianz Bamberg eine der 100 %-Energie-Regionen in Deutschland.
4. Die Klimaallianz Bamberg war mit einer der ersten Kommunen in Bayern, die eine Potenzialanalyse im Jahr 2009 in Auftrag gegeben haben. Hierfür wurde sie auch mit dem E.ON Bayern Umweltpreis im Jahr 2009 ausgezeichnet.
5. Die Klimaallianz Bamberg war Modellregion für ein Solarflächenkataster unter städtebaulichen Gesichtspunkten für Dach- und Freiflächenanlagen in Bayern.

## „Energievision 2.0“

„Energieausschuss“ beschließt, die Vision des Landkreises München mit neuen Impulsen fortzuschreiben

Längst hat sich die Erkenntnis herumgesprochen: Die Menge an verbrauchter Energie ist nicht das maßgebliche Kriterium, um umweltverträgliches, nachhaltiges Handeln zu messen. Entscheidend ist vielmehr, woher die Energie kommt und für was sie genutzt wird. Die (elektrifizierte) Eisenbahn ist so ein Fall. Hier steht ein hoher Stromverbrauch für Umweltfreundlichkeit und verkehrliche Effizienz.

So war dann auch der Tenor im Ausschuss für Energiewende, Landwirtschafts- und Umweltfragen, der im Landratsamt tagte. In der im Jahr 2006 verabschiedeten Energievision des Landkreises war die Reduzierung des Energieverbrauches wesentlicher Bestandteil. Man setzte sich zum Ziel, den Energieverbrauch im Landkreis München bis 2050 um 60 % zu senken und die verbleibenden 40 % durch regenerative Energie abzudecken.

### Erfolg von Maßnahmen lässt sich nicht am Verbrauch festmachen

Vieles ist seit diesem Bekanntnis auf Landkreisebene, in den Kommunen, bei Unternehmen und in Privathaushalten bewirkt worden – nur der Gesamtenergieverbrauch konnte nicht verringert werden. Im Gegenteil. Zwischen 2005 und 2010 hat er sogar um rund 25% zugenommen.

„Eine Umstand, der insbesondere dem großen wirtschaftlichen Erfolg des Landkreises geschuldet ist“, merkte Landrat Christoph Göbel in der Sitzung an. Genau wie er, sahen es aber auch die anderen Kreisräte. Entscheidend sei nicht die Menge an verbrauchter Energie, sondern deren sinnvoller Einsatz und die Speisung aus regenerativen Quellen. „Es kann durchaus sinnvoll sein, mehr Energie einzusetzen, wenn man dadurch beispielsweise den CO<sub>2</sub>-Ausstoß senken kann wie im Falle von Elektroautos.“

Ein weiteres und für den Landkreis München besonders relevantes Beispiel ist die Geothermie. Hier wird Wärme zwar mit einem erheblichen Stromverbrauch gewonnen – dafür umweltfreundlich und ohne schäd-

liche Emissionen. Schon heute werden im Landkreis München durch den Geothermieeinsatz erhebliche Einsparungen an fossilen Energieträgern zur Wärmegewinnung erzielt.

Göbel ist es besonders wichtig, dass der Landkreis die Kernziele der Energievision weiterentwickelt und dazu konkrete Handlungsmaßnahmen erarbeitet. Dabei müsse auch die Rolle des Landkreises konkret definiert werden, so der Landrat.

### Energievision überarbeiten

Dass man die Fortschreibung der bestehenden Energievision nicht an einem Nachmittag bewerkstelligen kann, war allen Ausschussmitgliedern klar. Man ging daher mit dem Ziel auseinander, zunächst einen fachlich begleiteten Workshop einzuberufen, bei dem fundierte Grundlagen für die Diskussion über eine Fortentwicklung der Ziele zu einer „Energievision 2.0“ vorbereitet werden. Der Ausschuss formulierte ferner einstimmig die Absicht, im Jahr 2016 eine überarbeitete Energievision zu verabschieden. Dabei soll ein konkreter Maßnahmenplan zur Umsetzung der formulierten Ziele festgelegt werden.

Der Wortlaut der Energievision aus dem Jahr 2006: „Wir setzen uns für eine Reduzierung des Energieverbrauches im Landkreis München um 60 % auf 40 % des heutigen Energieverbrauches bis zum Jahr 2050 ein. Diese dann noch 40 % Energieverbrauch sollen ab diesem Zeitpunkt vollständig durch regenerative Energie abgedeckt werden“, so der Wortlaut der im Jahr 2006 durch den Kreistag des Landkreises München verabschiedeten Energievision. □

6. Stadt und Landkreis Bamberg waren die ersten Kommunen im Freistaat, die das Bayerische Förderprogramm zur Gründung von Energieagenturen in Anspruch genommen haben. So wurde die Klima- und Energieagentur Bamberg als Geschäftsstelle der Klimaallianz Bamberg ins Leben gerufen.

### Internationale Aktivitäten

Auch international war der Landkreis Bamberg nach Kalbs Worten im Bereich Klimaschutz aktiv: So stellte der Klimaschutzbeauftragte Robert Martin auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung und des Bundesumweltministeriums in Südkorea bei der Konferenz „Nachhaltige Energienutzung – Möglichkeiten der Kooperation zwischen Deutschland und Südkorea“ das Klimaschutzmanagement am Beispiel des Landkreises Bamberg vor. Zudem nahm er auf Anfrage des Bayerischen Wirtschaftsministeriums am europäischen Projekt „Eco-Regions“ mit weiteren zwölf europäischen Ländern teil.

### „Eco-Regions“

Ziel des Projekts ist es, die politischen Rahmenbedingungen und grundsätzlichen Strategien zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien bei kleinen- und mittelständischen Unternehmen in den einzelnen Gebietskörperschaften zu analysieren und zu optimieren. Schließlich wurde auch noch eine Delegation aus Osttimor empfangen, die sich vom Engagement des Landkreises Bamberg beeindruckt zeigte. DK

## OSTWIND zieht Konsequenz aus „10H“

Regensburger Windprojektierungsbüro plant jetzt neue Niederlassungen außerhalb Bayerns

Die Regensburger OSTWIND-Gruppe zieht die Konsequenz aus Bayerns Abkehr von einer erneuerbaren Energiewende „mit Wind“. „Seit der Diskussion um die 10H-Regelung ist die Planung neuer Windkraftstandorte landesweit zum Erliegen gekommen“, erläuterten Gisela Wendling-Lenz und Ulrich Lenz, Gründerin und Gründer des seit über 20 Jahren bestehenden Projektentwicklungsbüros, die heute von Vorstand und Geschäftsführung angekündigten Maßnahmen. Diese sehen einen zügigen Ausbau der personellen Kapazitäten im Norden Deutschlands vor.

„Ein mittelständisches Familienunternehmen wie unseres braucht Kontinuität und verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik. An beidem fehlt es derzeit leider in Bayern“, begründete das Unternehmerpaar die Pläne. In den nächsten Monaten sollen bestehende OSTWIND-Büros in Nordrhein-Westfalen weitere Niederlassungen in Berlin und Hessen gegründet werden. „Und die Zeit drängt, denn angesichts des auf Bundesebene geplanten Ausschreibungsverfahrens wollen wir gut aufgestellt ins Rennen um zukünftige Windprojekte gehen.“

OSTWIND ist ein unabhängiges Familienunternehmen – gegründet von Gisela Wendling-Lenz und Ulrich Lenz, die heute gemeinsam mit Fabien Kayser und Bernd Kiermeier den Vorstand der OSTWIND AG bilden. Geschäftsführer in Deutschland sind Dr. Rolf Bungart und Jörg Zinner. Die mittelständische Firmengruppe mit Sitz in Regensburg, Straßburg und Prag entwickelt, errichtet und betreut Windparks.

Von den 491 von OSTWIND bislang realisierten Windenergieanlagen mit insgesamt 772 MW Leistung stehen inzwischen 37 Anlagen mit knapp 100 MW Leistung in Bayern. Rund die Hälfte davon wurde auf Flächen der Bayerischen

Staatsforsten gebaut. Im vergangenen Jahr hat OSTWIND 26 Anlagen mit 64 MW Leistung ans Netz gebracht, davon 15 in Deutschland (10 in Bayern, 5 in Brandenburg), 10 in Frankreich und eine erste Anlage in Tschechien.

In diesem und im nächsten Jahr werden in Bayern vorerst nur jene Projekte, die nicht unter das seit November 2014 gültige 10H-Gesetz fallen, von dem Planungsbüro weiterverfolgt. Darüber hinaus stehen die nächsten Windparkstandorte dann in Brandenburg zur Realisierung an.

„Wir bedauern die Entwicklung sehr“, heißt es in der OSTWIND-Stellungnahme abschließend, „denn wir sind noch immer überzeugt, dass die Windkraft in Deutschlands flächenstärkstem Bundesland eine zentrale Rolle bei der Stromversorgung übernehmen könnte.“ Andere Bundesländer hätten die Zeichen der Zeit dagegen erkannt und der Windenergie jenen substantiellen Raum eingeräumt, den es für eine regenerative Energiewende brauche. Länder wie Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen würden nun umso mehr von der Wertschöpfung aus Windkraft profitieren – auch was neue Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger angeht. □

Landkreis Landshut:

## Meilenstein der regionalen Energiewende

Windkraftanlage der Stadtwerke Vilsbiburg in Moosthann offiziell in Betrieb genommen

Die erste niederbayerische Großwindanlage ist in Moosthann (Landkreis Landshut) offiziell in Betrieb genommen worden. Vilsbiburgs Bürgermeister Helmut Haider bezeichnete im Beisein zahlreicher Kommunalpolitiker, Initiatoren, Nachbarn und Vertreter der Baufirmen die Anlage der Stadtwerke Vilsbiburg, die Strom ins Netz der Überlandzentrale Wörth speist, als weithin sichtbares „Leuchtturmprojekt“ und Meilenstein der regionalen Energiewende.

Mit dem Windrad kommt die Stadt Vilsbiburg laut Haider auf ihrem vorgesehenen Weg zur Versorgung der Bürger mit 100 Prozent erneuerbarer Energie ein großes Stück voran. Die Windkraftanlage Enercon E 101 ist ein sehr moderner Generator, der auch schwächere Winde zur Stromgewinnung nutzen kann. Mit 135 Meter Nabenhöhe erreicht die Anlage bereits die günstigeren Höhenwinde. Der Rotor hat einen Durchmesser von 101 Metern, ein Rotorblatt hat eine Länge von 49 Metern.

Das Windrad verfügt über 3 Megawatt Leistung und kann damit voraussichtlich 5,5 Millionen Kilowattstunden Strom im Jahr erzeugen. Das entspricht in etwa zehn Prozent des Vilsbiburger Bedarfs, berichtete der Leiter der Stadtwerke, Wolfgang Schmid, oder 150 Prozent des Bedarfs in der Gemeinde Postau, in deren Ortsteil Moosthann das Windrad steht. Die Kosten des Projekts belaufen sich auf 5,1 Millionen Euro. Über die 70:30-Regelung profitiert die Gemeinde Postau auch von den Gewerbesteuer-Einnahmen des Windrads.

Nach Haiders Worten habe Vilsbiburg stets mit offenen Karten gespielt: „Ich denke, wir haben es vermitteln können, dass es besser ist, wenn eine benachbarte Kommune dieses Windrad errichtet, als ein unbekannter Investor, der womöglich auch noch im Ausland sitzt.“ Zum Betrieb des Windrads wurde das Kommunalunternehmen VIBWind gegründet.

Im März 2012 wurde der Bauantrag beim Landratsamt gestellt, Dreier abschließend. DK

## Neue LED-Röhre für alle Vorschaltgeräte

euroLighting stellt ein LED-Multitalent für KVG, VVG und EVG vor

Nagold – euroLighting bietet mit seinen neuen T8-LED-Röhren vielseitige Produkte an, um veraltete T8-Leuchtstoffröhren in öffentlichen Gebäuden auszutauschen. Verbraucher sehen sich oft mit dem Problem konfrontiert, dass LED-Röhren nicht mit allen Vorschaltgeräten kompatibel sind. Die ECOXTUBE-Modelle des Beleuchtungsspezialisten euroLighting passen hingegen auf konventionelle Vorschaltgeräte (KVG und VVG) sowie elektronische Vorschaltgeräte (EVG). So erübrigt sich ein zusätzlicher Austausch des Starters oder Ausbaus des Vorschaltgeräts.

Die LED-Röhren lassen sich dank Plug-and-Play-Lösung direkt in die vorhandenen Leuchtgehäuse einsetzen. Kostspielige Installationen oder Neuverdrahtungen entfallen damit komplett. Eine Investition in die neue LED-Lichttechnik lohnt sich immer, denn die LED-Röhren sparen hohe Stromkosten bis zu 70 Prozent.

### Hohe Lebensdauer

In Park- und Treppenhäusern, Lagerhallen, Büros, Schulen, Krankenhäusern und Fluren finden die ECOXTUBE LED-Röhren ihren Einsatz: Mit einer Leistung von 9 bis 30 Watt und einer Länge von 60 cm, 120 cm oder 150 cm können sie optimal an allen Orten installiert werden. Sie übertreffen mit ihrer Lebensdauer von rund 50.000 Stunden alle Leuchtstoffröhren um ein Vielfaches – und senken

im November 2013 die Baugenehmigung erteilt. Diese lange Genehmigungsdauer sei aber nicht auf Probleme mit dem Landratsamt zurückzuführen, erläuterte Planer Günter Beermann: „Man benötigt dafür sehr viele Gutachten, und diese ökologischen Forschungen benötigen eben Zeit. Das sind sehr zeitraubende Vorgänge.“

Landshuts Landrat Peter Dreier gratulierte im Rahmen des Festakts der Stadt Vilsbiburg zu ihrem vorbildlichen Weg, auf dem sie in Sachen Energiewende und Klimaschutz seit Jahren unterwegs ist. Exemplarisch nannte er in diesem Zusammenhang Bürgersolaranlagen, Nahwärmeversorgung und Bürger-Elektroautos. Dreier bezeichnete die Windkraft als sichere Alternative zu fossilen Energieträgern.

Auch wies der Landkreischef darauf hin, dass die Bürger an die Windkraft weitaus höhere Ansprüche stellen als bei herkömmlichen Energieformen: „Natürlich beeinträchtigt eine große Windkraftanlage den freien Blick über die Landschaft, aber Kohleabbau über Tage, um nur ein Beispiel zu nennen, lässt ästhetisch doch weitaus mehr zu wünschen übrig.“ Darüber hinaus erlaube es die Windkraft, die Energieversorgung wieder zu dezentralisieren und die Abhängigkeit der Kommunen von Energiekonzernen zu vermindern: „Die Diskussion über die geplanten Verläufe von Gleichstromtrassen zeigt, dass wir regionale Lösungen für die Energieversorgung brauchen“, so Dreier abschließend. DK

## Neue LED-Röhre für alle Vorschaltgeräte

euroLighting stellt ein LED-Multitalent für KVG, VVG und EVG vor

Nagold – euroLighting bietet mit seinen neuen T8-LED-Röhren vielseitige Produkte an, um veraltete T8-Leuchtstoffröhren in öffentlichen Gebäuden auszutauschen. Verbraucher sehen sich oft mit dem Problem konfrontiert, dass LED-Röhren nicht mit allen Vorschaltgeräten kompatibel sind. Die ECOXTUBE-Modelle des Beleuchtungsspezialisten euroLighting passen hingegen auf konventionelle Vorschaltgeräte (KVG und VVG) sowie elektronische Vorschaltgeräte (EVG). So erübrigt sich ein zusätzlicher Austausch des Starters oder Ausbaus des Vorschaltgeräts.

Die LED-Röhren lassen sich dank Plug-and-Play-Lösung direkt in die vorhandenen Leuchtgehäuse einsetzen. Kostspielige Installationen oder Neuverdrahtungen entfallen damit komplett. Eine Investition in die neue LED-Lichttechnik lohnt sich immer, denn die LED-Röhren sparen hohe Stromkosten bis zu 70 Prozent.

### Maximale Leistung

Die Leuchtkraft der ECOXTUBE beträgt je nach Farbe 1.000lm, 2.300lm oder 2.800lm. Weitere Vorteile der energieeffizienten LED-Röhren sind ihre gleichmäßige Ausleuchtung, ihre sehr gute Farbwiedergabe mit einem CRI von über 80 und ihr breiter Abstrahlwinkel von 140°. Sofort nach dem Einschalten erreichen die Leuchtdioden ihre maximale Leistung, geben keine störenden Geräusche von sich und flimmern auch bei niedrigen Temperaturen nicht. Die ECOXTUBE LED-Röhren sind VDE- bzw. TÜV-geprüft und erfüllen damit alle EU-Anforderungen. □

ÖPNV-Fahrgastzahlen steigen erneut:

## Verkehrsunternehmen fordern klares Bekenntnis des Bundes zur künftigen Finanzierung

Der deutsche Nahverkehr bleibt auf Wachstumskurs: Auch 2014 stiegen die Fahrgastzahlen und Ticketeinnahmen bei Bussen und Bahnen. Insgesamt waren im vergangenen Jahr 9,95 Milliarden Fahrgäste mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unterwegs. Das waren 60 Millionen Kunden mehr (+0,6 %) als noch im Jahr 2013. „Unsere Unternehmen bieten zuverlässige, umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität. Die Kunden honorieren das seit Jahren mit wachsender Nachfrage. Ohne den GDL-Streik hätten wir im vergangenen Jahr die 10-Milliarden-Marke bei den Fahrgastzahlen deutlich überschritten“, bilanzierte Jürgen Fenske, Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), in Berlin im Rahmen der VDV-Jahrespressekonferenz.

Anlässlich der Pressekonferenz forderten der Deutsche Städtetag, der VDV und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vom

Bund, sich über das Jahr 2019 hinaus an der Verkehrsfinanzierung in den Kommunen zu beteiligen, die Mittel dafür bedarfsgerecht zu

erhöhen und die erforderlichen Regionalisierungsmittel aufzustocken. Außerdem müssten Bund und Länder sich rasch über die künftige Gemeindeverkehrsfinanzierung einigen und diese nicht als Verhandlungsmasse für die anstehende Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen einsetzen.

### Gelder aus dem GVFG

„Acht von zehn Milliarden Fahrgästen im öffentlichen Nahverkehr nutzen jährlich die kommunalen Angebote. Wir eilen seit Jahren von Fahrgastrekord zu Fahrgastrekord, doch die Finanzierung der kommunalen Verkehrswege durch den Bund ist seit 2007 auf demselben Niveau und ab 2019 zudem vollkommen ungeklärt. Für die Verkehrsunternehmen ist das nicht mehr tragbar.

Wenn der Bund in uns den Problemlöser für das steigende Verkehrsaufkommen in den Städten sieht, dann muss er sich jetzt klar zur weiteren Mitfinanzierung unserer Infrastruktur bekennen“, forderte VDV-Präsident Jürgen Fenske. Das betreffe vor allem die Zukunft der Entflechtungsmittel und der Gelder aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, die in Summe jährlich über 1,6 Milliarden Euro ausmachen.

Darüber hinaus forderte der VDV eine angemessene Berücksichtigung des kommunalen Nahverkehrs im angekündigten 10-Milliarden-Investitionsprogramm des Bundes: „Der Sanierungsstau im ÖPNV beträgt inzwischen vier Milliarden Euro und jährlich kommen 500 Millionen hinzu. Um den hohen Lebensstandard und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Städte zu erhalten, sind zusätzliche Investitionen vor allem in den kommunalen Nahverkehr dringend notwendig“, so Fenske.

Zudem stünden auch zahlreiche Neu- und Ausbauprojekte vor dem Aus: Nur noch bis 2019 stellt der Bund im Rahmen des GVFG pro Jahr 333 Millionen Euro für große Bauvorhaben im ÖPNV zur Verfügung. Hinzu kommen – ebenfalls nur bis 2019 – Zahlungen des Bundes in Höhe von 1,33 Milliarden Euro im Jahr, die als so ge-

nannte Entflechtungsmittel an die Länder gehen. „Diese Mittel sind nicht nur seit Jahren objektiv zu gering, sondern die Programme wie das GVFG sind auch vielfach überzeichnet und bislang weiß niemand was nach 2019 kommt. Den Verkehrsunternehmen fehlt jegliche Planungssicherheit, um den barrierefreien Ausbau von Haltestellen, die Neuanschaffung von Fahrzeugen oder die Sanierung der bestehenden Infrastrukturen zu kalkulieren. So kann es nicht weitergehen, sonst endet die Erfolgsgeschichte des deutschen Nahverkehrs sehr abrupt“, so Jürgen Fenske.

### Kein Rückzug aus der Fläche

Der Deutsche Landkreistag forderte seinerseits die Länder auf, ihrer Verantwortung für eine auskömmliche Finanzierung des ÖPNV nachzukommen. „Auch wenn der deutliche Rückgang der Fahrgastzahlen bei Nahverkehren von 1,1 % im Vergleich zum Vorjahr auch auf Verlagerungseffekte zwischen Bus- und Schienenverkehr durch optimierte und abgestimmte ÖPNV-Angebote zurückzuführen ist, müssen uns diese Zahlen aufhorchen lassen“, sagte Landrat Reinhard Sager, Präsident des DLT.

„Beim ÖPNV darf kein Rückzug aus der Fläche erfolgen. Auch in den ländlichen Räumen reduziert sich die Bedeutung des ÖPNV nicht auf Schülerverkehre und Rufbusysteme. Vielmehr ist der Nahverkehr Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss als Beitrag zur Alltagsmobilität der Menschen erhalten werden. Er ist nicht zuletzt auch als touristische Infrastruktur wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor.“

Die Länder seien vor diesem Hintergrund aufgefordert, die Landkreise als ÖPNV-Aufgabenträger finanziell angemessen auszustatten, damit sie ihren gesetzlichen Aufgaben der Mobilitätsicherung auch angesichts meist schwieriger demografischer Herkunftsstruktur weiterhin gerecht werden könnten. „Die für die Gemeindeverkehrsfinanzierung wichtigen Entflechtungsmittel müssen den Kommunen unbeschadet des Ergebnisses der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen von den Ländern unvermindert bereit gestellt werden. Wir erwarten, dass die Länder ohne Abstriche ihrer bereits seit der Föderalismusreform I bestehenden Verantwortung gerecht werden und nicht auf den Bund verweisen“, führte Sager aus.

Von entscheidender Bedeutung sei zudem eine baldmöglichste Einigung über die künftige Höhe der Regionalisierungsmittel, so der Präsident weiter. „Die Regionalisierung ist eine Erfolgsgeschichte und hat seit 1996 insgesamt zu einem sehr deutlichen Zuwachs beim öffentlichen Nahverkehr geführt.“

Der aktuelle Streit zwischen Bund und Ländern über die künftige Höhe der Regionalisierungsmittel dürfe nicht mit der Frage der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vermischt werden. Nach der Bahnreform stünden die Regionalisierungsmittel den Ländern bereits grundgesetzlich aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu. Diese seien in angemessener Höhe auch über 2019 hinaus fortzuschreiben und zu dynamisieren. „Das gilt umso mehr, als ein bedeutender Teil der Regionalisierungsmittel über Trassen- und Stationspreise an die Infrastrukturgesellschaften der Deutschen Bahn und damit letztlich auch an den Bund zurückfließt“, erläuterte er.

Sager forderte die Länder zudem auf, die Regionalisierungsmittel nicht nur für eine Weiterentwicklung des Schienenverkehrs, sondern auch für die Sicherstellung von Busverkehren in der Fläche bereit zu stellen. „Das gilt insbesondere dort, wo eine Versorgung über die Schiene nicht mehr gewährleistet werden kann. Angesichts wegbrechender Schülerverkehre sind in den Ländern zudem die sog. § 45a PBefG-Mittel für die Schülerbeförderung zu kommunalisieren, um zu einer effizienteren und europarechtskonformen Verkehrsfinanzierung aus einer Hand zu kommen“, so der DLT-Präsident abschließend. □

### Informationsbesuch in Weißenhorn:

## Blick über den Tellerrand

CSU-Delegation aus den Stauden informierte sich über reaktivierte Bahnstrecke

Stauden - Wie ein moderner öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) erfolgreich und wirtschaftlich funktionieren kann, darüber informierte sich kürzlich eine Delegation aus den Stauden in Weißenhorn. Genau ein Jahr ist es nämlich her, seit im Landkreis Neu-Ulm die stillgelegte Bahnstrecke von Weißenhorn nach Senden reaktiviert wurde. Grund genug für die drei CSU-Ortsverbände Fischach, Langenneufnach und Gessertshausen, der schwäbischen Nachbarregion einen Besuch abzustatten und sich vor Ort über die in jeder Hinsicht gelungene Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke zu informieren.

Mit dabei in der 15-köpfigen Reisegruppe war Landtagsabgeordnete Carolina Trautner, die sich persönlich vor Ort über das ÖPNV-Vorzeigeprojekt im westlichen Schwaben informieren wollte. Stehen in den kommenden Monaten in der Verkehrsabteilung des Bayerischen Innenministeriums doch die entscheidenden Gespräche und Verhandlungen über die Zukunft der Staudenbahn auf der Agenda. Bei diesem Zukunftsprojekt steht die CSU-Politikerin im engen Schulterschluss an der Seite der anliegenden Staudengemeinden.

### Attraktiv für kommende Generationen

Als Mitglied einer erst jüngst vom Bayerischen Landtag eingesetzten Enquete-Kommission, die an der Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land arbeitet, sieht Carolina Trautner einen modernen öffentlichen Personennahverkehr als zwingende Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles und als „den“ entscheidenden Standortfaktor des ländlichen Raumes.

Ines Penzhorn und Franz Settele, die Vorsitzenden der CSU-Ortsverbände Fischach und Langenneufnach, werden noch deutlicher: „Nur mit einem zeitgemäßen öffentlichen Nahverkehr bleibt der ländliche Raum attraktiv für kommende Generationen.“ Dies gelte auch und ganz besonders für die Stauden.

Ines Penzhorn: „Der ländliche Raum ist und bleibt nur dann auch ein attraktiver Lebensraum und Partner für die Europäische Metropolregion München, wenn es neben genügend Kinderbetreuung, Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung und schnellem Internet eben auch optimale Verkehrsverbindungen gibt!“

Dass exakt dieses Modell in Weißenhorn erfolgreich umgesetzt wurde und sich nun schon ein ganzes Jahr bestens bewährt, davon wusste Franz-Josef Niebling, der Vorsitzende der dortigen CSU-

Stadtratsfraktion, den Gästen aus den Stauden zu berichten.

Bis zu 2200 Fahrgäste pro Tag, so Niebling, nutzen seither die wieder in Betrieb genommene, rund zehn Kilometer lange Bahnverbindung zwischen den beiden schwäbischen Kleinstädten an der Grenze zu Baden-Württemberg. Ohne Übertreibung könne deshalb schon nach dem ersten Jahr von einer Erfolgsgeschichte gesprochen werden. Diesen Erfolg wünschte der Gastgeber auch den Kommunalpolitikern in den Stauden, die sich seit vielen Jahren um die Reaktivierung der Bahnstrecke im Südwesten von Augsburg bemühen. Freilich müssten dafür einige Voraussetzungen geschaffen werden: die Einführung eines regelmäßig getakteten, S-Bahn-ähnlichen Fahrplanes, der barrierefreie Ausbau der Bahnhöfe und Haltestellen sowie der Einsatz moderner, zeitgemäßer Züge und die Einrichtung von Buszubringern zu den Bahnhöfen entlang der Staudenbahn.

### Signale stehen auf grün

Dazu Carolina Trautner: „Landrat Martin Sailer hat seitens des Landkreises Augsburg stets zugesagt, die bestehenden Buskilometer in der Region zu belassen und in einen Zubringerverkehr umzuwandeln.“ Laut Franz Settele stünden die Signale entlang der Staudenbahn für die dauerhafte Reaktivierung der Strecke schon lange auf grün. „Was jetzt noch fehlt, sind der feste politische Wille bei den Entscheidungsträgern in München und endlich konkrete Zusagen, wie und wann es weiter geht.“ Denn: „Den Wegzug junger Leute verhindern und die Versorgung der älteren Generation dauerhaft sicherstellen – dieses ehrgeizige Ziel können wir nur erreichen, wenn unsere Stauden verkehrstechnisch langfristig an eine schlagkräftige Lebensader angeschlossen sind. Ansonsten bluten sie auf lange Sicht aus.“ wkl

## Bahn, Kommunen und Wirtschaft für Stärkung der Strecke Ulm–Augsburg

Gespräch zur „Technologie-Achse Süd“ Austausch über Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan 2015

Abgeordnete von Bundes- und Landtag, Oberbürgermeister, Landräte und Vertreter von Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern haben am Montag (09.02.2015) mit hochrangigen Vertretern der Deutschen Bahn AG die Optionen für einen Aus- oder teilweisen Neubau der Bahnstrecke Ulm–Augsburg als Teil des transeuropäischen Netzes (TEN) diskutiert. Anlass war ein Gespräch auf Initiative der Stadt Augsburg und der IHK Schwaben zur „Technologie-Achse Süd“.

Auf dem deutschen Abschnitt der transeuropäischen Bahn-Achse Paris–Wien–Budapest bündeln sich Wirtschafts- und Innovationskraft in einem Ausmaß, wie es in kaum einer anderen europäischen Region zu finden ist. Die „Magistrale“ verbinde mit dem Großraum Paris, Baden-Württemberg und Bayern die drei innovationsstärksten Regionen Europas, erklärte Tobias Koch, Autor der von der IHK Schwaben initiierten Prognose-Studie „Technologieachse Süd“.

Der Konzernbevollmächtigte der DB AG für Bayern, Klaus-Dieter Josel, erläuterte in Vertretung für Dr.-Ing. Volker Kefer, Vorstand Infrastruktur und Dienstleistungen der Deutschen Bahn AG, die Anmeldungen der Bahn zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015. Für die Strecke Ulm–Augsburg ist dies neben den „dritten Gleisen“ an der bestehenden Strecke westlich von Augsburg auch eine „Variante Burgau“ mit einer Neubaustrecke zwischen Burgau und Augsburg, die etwa parallel zur Autobahn A 8 verlaufen könnte. Im Rahmen einer „Netzkonzeption 2030“ hatte die Deutsche Bahn AG künftige Verkehrsentwicklungen analysiert, mögliche Engpässe und Konflikte im Netz in einer Computersimulation ermittelt und anforderungsgerechte Lösungsvorschläge erarbeitet, die in die BVWP-Anmeldungen der DB Netz AG eingeflossen sind. Erwartet wird, dass durch das Bahnprojekt Stuttgart–Ulm auch zwischen Ulm, Augsburg und München der Fernverkehr zunehmen wird.

Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl setzte sich dafür ein, „die Belange der transeuropäischen Magistrale, des bundesdeutschen Fernverkehrs und des Regio-Schienen-Takts auf dieser Strecke unter einen Hut brin-

gen, so wie dies zwischen Augsburg und München bereits umgesetzt ist. „Wir brauchen in Augsburg nicht nur einen modernen Hauptbahnhof, sondern auch eine moderne Bahn-Magistrale. Wir wollen nicht, dass am Ende der Ausbaustrecke Stuttgart–Ulm die pulsierende Hauptschlagader der Technologie-Achse abgeklemmt wird.“

IHK-Präsident Dr. Andreas Kopton hob hervor, leistungsfähige Infrastruktur sei das Rückgrat der „Technologie-Achse Süd“. Zwischen den beiden süddeutschen Landeshauptstädten Stuttgart und München bündele sich der europäische Verkehr auf der „Magistrale“ Paris–München–Wien und der innerdeutschen Relation in/Ruhr–Rhein/Main–München. „Eine signifikante Beschleunigung auch zwischen Ulm und Augsburg eröffnet die Chance, die hohen Investitionen zwischen Stuttgart und Ulm und den bereits vollendeten Ausbau Augsburg–München zusätzlich in Wert zu setzen.“

Die Anmeldungen der Deutschen Bahn AG zum BVWP seien von Politik und Wirtschaft als deutliches und notwendiges Zeichen aufgenommen worden, dass nach einem Jahrzehnt des Stillstands wieder Bewegung in die Diskussion um eine Ertüchtigung der Bahnstrecke auch zwischen Ulm und Augsburg gekommen sei, waren sich Dr. Gribl und Dr. Kopton einig. „Jetzt kommt es darauf an, dass die Tür für alle Varianten offen bleibt. Wir bauen darauf, dass die Politik in der Region und im Freistaat den Bewerbungsprozess des Bundes ergebnisoffen begleiten und setzen darauf, dass Bund, Bahn, Freistaat und Region die dann gewählte Lösung mit Nachdruck unterstützen und verwirklichen werden.“ □

## Erste deutsche Elektrobussmesse in Berlin

Im Rahmen der 6. Konferenz „Elektrobusse – Markt der Zukunft!“ lief in Berlin die erste deutsche Elektrobussmesse Elek-Bu 2015. Vorgestellt wurden die auf dem Markt erhältlichen Elektrobusse der Firmen Solaris, Ebusco, Bozankaya und VOL Bus & Coach sowie der Plug-in-Hybridbus der Firma VOLVO. Darüber hinaus präsentieren sich Zulieferfirmen für diese Busse und Beratungsunternehmen.

Die rund 280 Teilnehmer aus insgesamt 14 Ländern der von der VDV-Akademie organisierten Fachkonferenz konnten sich auf dieser Messe mit den Ausstellern austauschen. Veranstalter und Ausrichter der Messe war das Forum für Verkehr und Logistik, eine Gemeinschaftsinitiative des VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) und der DEVK Versicherungen.

Staatssekretär Rainer Bomba vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unterstrich anlässlich der Messeeinleitung die wichtige Rolle von Bussen und Bahnen in Sachen Elektromobilität: „Wenn wir bis 2020 mindestens eine Million Elektroautos auf deutsche Straßen bringen wollen, brauchen wir marktfähige, alltagstaugliche Produkte, die sich in der Praxis bewähren und überzeugen. Wir wollen Projekte, die nicht nur im Labor, sondern auch auf der Straße funktionieren. Elektrobussse, die vor Ort für die Bürger sichtbar und Teil ihres Alltags sind, erhöhen die gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Antriebe und Kraftstoffe. Viele Betreiber kommunaler und gewerblicher Flotten sind sich ihres Po-

tenzials für die Einführung von Elektrofahrzeugen noch nicht bewusst. Hier werden wir weiter Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit leisten. In zahlreichen Projekten fördern wir deshalb die Einführung und den Ausbau des elektrischen Nahverkehrs. Ich bin sicher, dass sich diese erstklassige Technologie durchsetzen wird, denn ihr Mehrwert für die Zukunft ist klar erkennbar.“

Auch Staatssekretär Jochen Flasbarth aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, der ebenfalls an der Konferenz teilnahm, sieht die Entwicklung der Elektromobilität im Nahverkehr positiv: „Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs ist der alltägliche Einsatz von Fahrzeugen mit elektrischen Antrieben bereits Realität. Die verschiedenen Vorhaben und Förderungen zur Einführung von Hybrid-, Plug-in- und Elektrobussen der letzten Jahre haben die deutsche Linienbusflotte nachhaltig verändert. Damit ist die Energiewende in diesem Verkehrsbereich bereits eingeleitet mit allen damit verbundenen Vorteilen für den Lärm- und Klimaschutz und die Luftqualität.“ □

Internationale Handwerksmesse:

## Das Handwerk lädt zur wichtigsten Leistungsschau

Vom 11. bis 17. März 2015 lädt das Handwerk zu seiner wichtigsten Leistungsschau, zur Internationalen Handwerksmesse. Rund 1000 Aussteller zeigen auf dem Messegelände München das ganze Spektrum der handwerklichen Leistungen. Besucher können Angebote vergleichen, sich informieren und beraten lassen. Viele Betriebe demonstrieren darüber hinaus in eigens aufgebauten Werkstätten ihr Können live.

Vom 11. bis 17. März 2015 lädt das Handwerk zu seiner wichtigsten Leistungsschau, zur Internationalen Handwerksmesse. Rund 1000 Aussteller zeigen auf dem Messegelände München das ganze Spektrum der handwerklichen Leistungen. Besucher können Angebote vergleichen, sich informieren und beraten lassen.

Viele Betriebe demonstrieren darüber hinaus in eigens aufgebauten Werkstätten ihr Können live.

### Leidenschaft als Werkzeug

„Leidenschaft ist das beste Werkzeug“ lautet das Motto der Internationalen Handwerksmesse

Neuer VW Caddy:

## Vierte Generation des Bestsellers

Emissionen und Verbrauch gemindert durch neue EU6-Motoren

Hannover / Poznan. Volkswagen Nutzfahrzeuge zeigt erstmals die vierte Generation des Bestsellers Caddy. Weltweit verkaufte sich die preisgekrönte Vorgänger-Generation in elf Jahren rund 1,5 Millionen Mal. Ein Erfolg, an den der neue Caddy nahtlos anknüpfen soll: Der Stadtlieferwagen und sein privat genutzter Bruder zeigen sich in allen Bereichen perfektioniert und geschärft.

Die Preise des neuen Caddy beginnen bei 14.785,00 Euro (netto, Kastenwagen) bzw. 15.330 Euro netto (18.242,70 Euro brutto, als Conceptline, er-

ner Leistung von 92 KW / 125 PS. Zahlreiche neue Sicherheits- und Komfortfeatures schützen im neuen Caddy die Insassen und unterstützen den



Auch im Handwerk beliebt: Der Caddy. Bild: VW Nutzfahrzeuge

setzt die bislang bekannte Startline), jeweils mit dem 62 kW starken TSI-Einstiegsmotor und liegen ausstattungsbedingt so weit unter dem Niveau des Vorgängermodells.

Die Antriebstechnik ist auf dem neuesten Stand der Technik: Höchste Effizienz bieten die neuen, EU6-konformen Motoren des Caddy. Basis der vier TDI-Diesel-Varianten ist stets ein zwei Liter großer Vierzylinder. Deren Leistungsspektrum reicht von 55 kW / 75 PS bis zur Topmotorisierung mit 110 kW / 150 PS. Den niedrigsten Verbrauch erzielt dabei der speziell für den innerstädtischen Lieferverkehr entwickelte Caddy Kastenwagen BlueMotion: „Mit einem Minimalverbrauch von unter vier Litern auf 100 Kilometern setzt der neue Caddy einen neuen Maßstab“, so Dr. Eckhard Scholz, Vorstandsvorsitzender von Volkswagen Nutzfahrzeuge. Und weiter: „Auch der neue 1,4-I-TGI, Nachfolger des beliebten Caddy EcoFuel, verbrennt nur 4,1 kg Erdgas auf 100 Kilometer. Durch Downsizing und Turbolader bietet er ein Leistungsplus gegenüber dem Vorgänger bei gleichzeitig um bis zu 28 Prozent reduziertem Verbrauch.“

Bei den Ottomotoren stehen insgesamt drei Aggregate zur Wahl. Das Spektrum reicht vom 1,2-Liter-Vierzylinder TSI mit 62 kW / 84 PS über den 1,0-Liter-Dreizylinder TSI mit 75 kW / 102 PS bis hin zum 1,4 Liter großen TSI-Vierzylinder mit ei-

Fahrer. „Dafür haben wir eine große Zahl an Fahrerassistenzsystemen eingebunden, die im Segment der Stadtlieferwagen ihresgleichen suchen“, betont Hans-Joachim Rothenpieler, Entwicklungsvorstand Volkswagen Nutzfahrzeuge.

So ist das Umfeldbeobachtungssystem ‚Front Assist‘ mit an Bord. Darin enthalten: die City-Notbremsfunktion. Übersieht der Fahrer bei Geschwindigkeiten unterhalb 30 km/h ein Hindernis, bremst das System automatisch ab, im Idealfall werden so Auffahrunfälle gänzlich vermieden. Zudem stehen beispielsweise für die Pkw-Varianten neben Seitenairbags auch Curtain-Airbags zur Verfügung.

Rund 22 Prozent aller Unfälle mit Personenschäden sind Kollisionen mit mehreren Hindernissen. Um das Risiko dieses Szenarios zu minimieren, kommt die preisgekrönte Multikollisionsbremse serienmäßig im neuen Caddy zum Einsatz. Sie leitet nach einer Kollision automatisch eine Bremsung ein, wenn der Fahrer nicht mehr selbst eingreifen kann.

Optional sind auch der Fernlichtassistent ‚Light Assist‘ und die Müdigkeitserkennung erhältlich. Letztere erkennt Abweichungen vom normalen Fahrverhalten und empfiehlt dem Fahrer eine Pause, wenn es anscheinend nötig ist. Für stets gute Sicht sorgt zudem die optionale Frontscheibenheizung.

Bei der optionalen, automati-

2015. Zu spüren und zu erleben ist diese Leidenschaft in allen Messehallen, von der «Handwerk & Design» (Halle B1) bis zu „YoungGeneration“ und „AutoBerufeAktuell“ (Halle C3). In lebenden Werkstätten erlauben Betriebe vielfach einen Blick hinter die Kulissen.

So können Besucher erleben, wie das Café Luitpold Marzipanfiguren modelliert und während der Messe ein essbares Modell von Schloss Nymphenburg herstellt. Adriano Colle, deutscher Meister im Eismachen, zeigt, wie Speiseeis hergestellt wird, und

schen Distanzregelung, kurz ACC, die bei einer Geschwindigkeit von 0 bis 160 km/h (DSG) oder 30 bis 160 km/h (Schaltgetriebe) aktiv ist, misst und überwacht ein Radar-Sensor die Entfernung und die Relativgeschwindigkeit zu vorausfahrenden Fahrzeugen. In Kombination mit dem DSG bremst ACC das Fahrzeug, beispielsweise in Kolonnen oder in Stausituationen, auch bis zum völligen Stillstand ab.

### Rückfahrkamera

In Verbindung mit den Radiosystemen Composition Colour, Composition Media sowie dem Radio-Navigationssystem Discover Media lässt sich eine Rückfahrkamera ordern. Der optionale Parklenkassistent ‚Park Assist‘ ermöglicht das automatisierte Einparken in seitliche Parktassen sowie das Querparken – im rechten Winkel zur Fahrbahn – besonders für Kurierdienste ein praktisches Feature.

Die Markteinführung des neuen Caddy startet ab Ende Juni. Die Händler in Deutschland nehmen ab März Bestellungen entgegen.

am Stand von KristallTurm GmbH und Skyroof werden Griffe für Kletterwände gegossen, die Besucher in der Praxis testen können: an einem über sechs Meter langen Boulderwürfel, der in der Halle aufgebaut wird.

### Gesund Bauen

Ein ganz neuer Themenbereich steht auf der Sonderfläche FOKUS.GESUND BAUEN im Mittelpunkt. Hier präsentieren sich Betriebe und unabhängige Experten, die sich auf das gesunde, nachhaltige und ökologische Bauen, Renovieren und Modernisieren spezialisiert haben. Informieren können sich private Bauherren, öffentliche Bauträger, Vertreter von Unternehmen und Kommunen, die Wert auf natürliche Baustoffe sowie hohe Lebens- und Wohnqualität legen.

Im dazugehörigen Forum referieren Fachleute über Themen wie Energieeffizienz, Dämmen mit nachwachsenden Rohstoffen, zukunftsorientierte Heizungssysteme und gesunde Raumluft. Darüber hinaus finden Besucher in vielen weiteren Bereichen der Messe ein umfassendes Angebot rund um die Themen Bauen, Sanieren, Renovieren und Modernisieren. Besucher können zahlreiche Anbieter vergleichen, sich beraten lassen und finden hier den richtigen Partner für die Umsetzung ihrer Pläne – von der energetischen Sanierung bis zum altersgerechten Umbau.

### Junge Menschen fürs Handwerk begeistern

Junge Menschen für das Handwerk zu begeistern ist Ziel der Sonder- und Aktionsschau „YoungGeneration“ und der Leistungsschau „AutoBerufeAktuell“ (Halle C3). Hier geben junge Handwerker die Leidenschaft für ihren Beruf an die Fachkräfte von Morgen weiter, stellen ihre Gewerke vor, geben Auskunft über Ausbildungsinhalte und Zukunftsperspektiven. Ihre Leidenschaft für handwerklich produzierte und qualitativ erstklassige Lebensmittel beweisen die Fleischer und Konditoren in Halle B3. Sie lassen sich bei Produktion und Zubereitung von Süßem und Herzhaften zusehen und informieren über Themen wie Ernährung, Ausbildung, Herstellungsprozess und Hygiene. Die Konditoren haben diesmal eine besondere Überraschung parat:



### Holder 4-Jahreszeiten-Roadshow

Die Firma Max Holder lädt an acht Standorten in ganz Deutschland zu ihrer Roadshow ein. Der bayerische Termin ist der 11. März in Nürnberg. Die dreitägigen Veranstaltungen beginnen jeweils um 11 Uhr mit einer kommentierten Fahrzeugpräsentation. Dabei werden verschiedenste Lösungen für den Winterdienst, Kehren, Rasenpflege, Wildkrautbekämpfung und andere Anwendungen für den Ganzjahreseinsatz vorgestellt. Anschließend haben die Besucher die Möglichkeit, die multifunktionalen, knickgelenkten Fahrzeuge im realen Umfeld bzw. in der direkten Anwendungssituation selber zu testen und zu erfahren.

Parallel können mit den Holder-Mitarbeitern, den Vertriebspartnern und den Anbaugeräteherstellern intensive Fachgespräche zu allen Fragen der Kommunal-, GaLaBau- und Anlagenpflege-Technik geführt werden.

Weitere Informationen zu den Stationen sowie zur Anmeldung gibt es unter [www.max-holder.com](http://www.max-holder.com).

Jeden Tag schenken sie zwei ihrer süßen Tortenkreationen denjenigen, die an ihrem Geburtstag die Messe besuchen.

### Neuer Grillpark

Mit neuem Grillpark und Garten der Zukunft stimmt die parallel stattfindende Garten München ihre Besucher auf die Frühlings- und Sommersaison ein. Sie ist Süddeutschlands größte Indoor-Gartenausstellung und bietet individuelle Gestaltungsmöglichkeiten, Lifestyleprodukte und Trends.

Pflegeleichte Pflanzen und Blumen in intensiven Frühlingsfarben, individuelle Gartenlauben und Pavillons, Möbel zum Relaxen, bunte Accessoires und praktische Gartenhelfer – die Garten München zeigt aktuelle Trends für das Wohnzimmer im Freien. Stilvolle Showgärten in Halle C4 bieten Ideen für den eigenen Traumgarten, dessen Umsetzung die Besucher direkt mit den Experten des Garten- und Landschaftsbaus planen können. Sie wissen wie Hölzer, Natursteine oder Cortenstahl so eingesetzt werden, dass eine spannende Anlage entsteht, die zugleich Treffpunkt für Fami-

lie und Freunde und Ruheoase ist. Besonderes Highlight ist der „Garten der Zukunft“, der auf 350 Quadratmetern zeigt, wie sich die digitale Vernetzung des Smart Home in den nächsten Jahren im Garten fortsetzt. Whirlpool, Sauna und Sonnenschutz sowie die in den Gartenweg integrierten Lichter und Lautsprecherboxen können ebenso per Smart-Phone-App gesteuert werden, wie die Bewässerungsanlage für die Pflanzen und der Mäh-Roboter. Ebenfalls neu ist der Grillpark in Halle B4. Hier zeigen wahre Grillprofis die vielseitigen Möglichkeiten von Gas- und Holzkohlegrill bis zur vollausgestatteten Outdoorküche auf und geben ihr Wissen gerne an die Besucher weiter.

Die Internationale Handwerksmesse findet vom 11. bis 17. März 2015 auf dem Messegelände in München statt. Geöffnet ist sie täglich von 9.30 bis 18 Uhr. Vergünstigte Eintrittskarten sind im Internet zum Preis von 11 Euro erhältlich. Mit dem Ticket kann auch die parallel stattfindende Garten München besucht werden. Weitere Infos, Tickets und Anreisemöglichkeiten unter [www.ihm.de](http://www.ihm.de).

**Sie haben die Idee, wir die Lösung.**

Wir setzen Maßstäbe.

**INTERNATIONALE HANDWERKSMESS**

11. – 17. März 2015  
Messegelände München

**2,€**  
sparen mit dem Online-Tages-ticket!

**DAS HANDWERK**  
DIE WIRTSCHAFTSMACHT VON NEBENAN.

**GHM**  
Your Fair Partner

Altstadtlinie in Regensburg:

## RVB testen „Flüsterbus“

OB: Umweltbewusster Elektroantrieb erfordert hohe Investitionskosten

Regensburg. (osr) Robert Hossfeld ist begeistert. Der RVB-Busfahrer chauffierte als erster Gäste über die 3,3 Kilometer lange Altstadtrunde – im Elektrobus, der neun Tage lang getestet wird. Mitfahrer waren auch Oberbürgermeister Joachim Wolbergs und RVB-Hauptgeschäftsführer Bernd-Reinhard Hetzenecker sowie zahlreiche Medienvertreter. „Diese Technik von morgen verschafft ein hervorragendes Fahrgefühl“, sagte er an der Endstation.

Passanten warfen staunende Blicke auf den bunten Altstadtbuss mit Berliner Kennzeichen, in dem OB Wolbergs betonte: „Unser Anspruch ist es, eine umweltbewusste Antriebslösung für den ÖPNV in der Altstadt zu finden.“ Die Politik habe klar vorgegeben, dass die Altstadtlinie in Zukunft mit kleineren Elektrobusen betrieben wird. „Ich habe versprochen, dass Ende dieses Jahres zu-

mindest ein Elektrobus im Einsatz ist; und wenn ich selber mit-schrauben muss.“

Praxistauglichkeit testen

Die aktuelle Auswertung der Feinstaubbelastung mache zusätzlich deutlich, „dass wir überall ansetzen müssen, wo eine geringere Schadstoffbelastung möglich ist“. In den kommenden Ta-



Die RVB testen in den nächsten Tagen einen elektrisch betriebenen Altstadtbuss, der kürzer und schmaler als der jetzige gelbe ist. Bei der ersten Probefahrt waren auch Oberbürgermeister Joachim Wolbergs und RVB-Hauptgeschäftsführer Bernd-Reinhard Hetzenecker mit an Bord.

Bild: osr

gen werden die Regensburger Verkehrsbetriebe den Stromverbrauch und eventuelle Störanfälligkeiten in der Technik auswerten. „Wichtig sind aber auch Praxistauglichkeit, Rückmeldungen der Busfahrer und der Mitfahrer, die sich während der Testphase einen persönlichen Eindruck verschaffen können.“

„Nachdem wir uns für die Umstellung der Altstadtlinie auf reinen Elektroantrieb entschieden haben, muss natürlich die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden“, erklärte der OB. Dafür müssten die RVB fünf Midi-Busse beschaffen, die eine Reichweite von rund 80 Kilometern mit einer „Tankfüllung“ haben und von denen jeder mindestens 400 000 Euro kosten dürfte. Zudem muss eine geeignete Lademöglichkeit im Streckennetz vorhanden sein, die an der Nordrampe der Galgenbergbrücke geschaffen werden soll.

Hohe Investitionskosten

Die Verantwortlichen wissen, dass die Umstellung hohe Investitionskosten nach sich ziehen wird. „Wir müssen uns darüber klar sein, dass ein hoher Standard im Umweltschutz auch entsprechende Kosten verursacht“, macht Wolbergs deutlich. Derzeit führt er Gespräche mit regionalen Unternehmen, ob man sich für diesen Bereich eigene innovative Lösungen „made in Regensburg“ einfallen lassen könne, die dann auch zum Einsatz kommen könnten. Dazu gehört auch eine Lösung, wie man die Flüsterbusse für Fußgänger hörbar machen könnte.

Gute Referenzen

Die Firma Solaris, die den „Urbino 8,9 electric“ für den Testbetrieb zur Verfügung stellt, ist Marktführer im Segment „reine Elektro-Busse“. Sie hat gute Referenzen vorgelegt und hat auf dem Gebiet große Erfahrungen. In Deutschland laufen derzeit zehn Busse des Herstellers, der in drei Werken in Polen (Polen) produziert und an die 2 000 Mitarbeiter beschäftigt. Jeder Bus wird auf Bestellung und nach den individuellen Bedürfnissen vor Ort hergestellt.

Der elektrische Midi-Bus ist knapp neun Meter lang und damit drei Meter kürzer als die jetzt eingesetzten. In der Breite spart er zehn Zentimeter auf 2,40 Meter ein. Neben 29 Sitzplätzen und einigen Stehplätzen verfügt er auch über Stellflächen für Kinderwagen, Gehhilfen oder Rollstühle.

aktive Videos“ den Film „Der Landschaftsgärtner“ auswählen und starten. Nach und nach tauchen im Verlauf des Videos im Seitenfenster zu verschiedenen Themen passende Dokumente auf: Hintergrundmaterial und Arbeitsblätter für den Unterricht.

Einfache Einbindung in den Unterricht

Ein Klick auf eine Überschrift und der Film stoppt, während sich das eingebettete Dokument öffnet. Dieses kann nun von der Lerngruppe gemeinsam besprochen oder heruntergeladen werden. Ebenso bequem wird die Filmpause per Klick wieder beendet und der Film kann weiter angesehen werden. Die Steuerung der Lerngeschwindigkeit lässt sich somit individuell auf

MC 130 von Kärcher:

## Zweisitzer auch für den Gehweg

Neue kommunale Saugkehrmaschine der Ein-Kubikmeter-Klasse

Winnenden – Kärcher erweitert seine Produktreihe der kompakten kommunalen Saugkehrmaschinen um ein Modell der Ein-Kubikmeter-Klasse: die MC 130. Die robuste und wendige Maschine bleibt auch mit maximaler Zuladung unter dem zulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t. Damit ist sie im Sinne des Paragraphs 35 StVZO gehwegtauglich und kann ohne weitere Qualifikation mit dem üblichen Pkw-Führerschein gefahren werden. Die MC 130 bietet ein hohes Maß an Servicefreundlichkeit, Ergonomie und Bedienkomfort und eignet sich dank umfangreicher Anbaumöglichkeiten für den Ganzjahreseinsatz in Städten, Gemeinden und der Industrie – sowohl für Eigenreiniger als auch Dienstleister.

Dank ihres geringen Leergewichts kann die neue Saugkehrmaschine die hohe Last von bis zu 1.100 kg aufnehmen, ehe sie das zulässige Gesamtgewicht erreicht. Dadurch werden Entsorgungsfahrten auf ein Minimum reduziert.

Ergonomie

Bei der Entwicklung der geräumigen Doppelsitzkabine wurde besonderer Wert auf Ergonomie gelegt: Dank der Entkopplung vom Chassis und der Vierpunktlagerung treten dort keine störenden Vibrationen auf. Mit 74 dB(A) ist der Geräuschpegel im Inneren für ein Gerät dieser Klasse besonders niedrig. Die verglaste Kabine schafft einen sehr guten Rundumblick für sicheres Fahren und Arbeiten. Der Anwender sitzt über der Vorderachse nah am Anbaugerät und hat den Arbeitsvorgang stets im Blick. Dank des zweiten Sitzplatzes – zum Beispiel für einen Mitarbeiter, der fallweise manuelle Reinigungsaufgaben übernimmt – erübrigt sich in vielen Fällen der Einsatz eines zusätzlichen Fahrzeuges.

Die intuitive Bedienung über das Multifunktionsdisplay in der Mitte des Lenkrades erlaubt eine sichere Steuerung der Maschine. Alle notwendigen Einstellungen werden auf einen Blick erfasst – ebenso die Bilder der Rückfahr- und Saugmundkamera. Über zwei Joysticks an der Armlehne wird die serienmäßige Einzelbe-

sensteuerung bedient. Selbsterklärende Symbole erleichtern die Anpassung der Parameter wie die Besendrehzahl. Über eine Kurzwahltaaste kann der Anwender auf gespeicherte Einstellungen zurückgreifen und unverzüglich mit der Arbeit beginnen.

Drei Anbauräume an Front, Heck und Motor

Drei Anbauräume an Front, Heck und über dem Motor ermöglichen das Zusammenfassen mehrerer Arbeitsschritte, etwa Mähen und gleichzeitige Aufnahme des Grünabfalls. Das Schnellwechselsystem am Anbauräumen auf dem Hinterwagen reduziert die Rüstzeit, indem es sich die fahrzeugeigene Hydraulikanlage zu Nutze macht. Ein Umbau ist so ohne Kraftaufwand möglich. Mit einer Transportgeschwindigkeit von bis zu 40 km/h gelangt die Maschine schnell an ihren Einsatzort, wobei der lange Radstand von 1.700 mm eine ruhige Fahrt gewährleistet.

Konsequent wird innerhalb der Kommunalmaschinen-Familie von Kärcher eine Gleichteilestrategie verfolgt. So nutzt die MC 130 das bewährte Chassis des Geräteträgers MIC 50. Die zahlreichen Gleichteile vereinfachen die Wartung und Reparatur, wenn mehrere Modelle in einem Fuhrpark vorhanden sind. Sie können nach einer entsprechenden Schulung durch Kärcher kostengünstig häufig vom eigenen Personal durchgeführt werden.



Der neue MC 130 von Kärcher.

den Lernprozess abstimmen und auch Vertiefungen sowie Wiederholungen werden so möglich.

Digitaler Zugang zum grünen Ausbildungsberuf mit Zukunft

Gerade für Lehrkräfte, die berufskundlichen Unterricht gestalten wollen, ist das neue Projekt des Ausbildungsförderwerks Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau und der Konferenz der Landesfilmdienste der ideale Zugang zu einem beliebten Beruf mit enormer Perspektive. Denn ob junge Frauen oder Männer, Landschaftsgärtner sind gefragt denn je. Im Jahr 2014 setzten die Experten für Garten und

Landschaft in Deutschland eine neue Bestmarke und erwirtschafteten 6,84 Mrd. Euro Jahresumsatz. Mit dem sechsten Umsatzwachstum in Folge stieg auch die Beschäftigungszahl auf den Rekord von fast 110.000 – mit rund 6.600 Auszubildenden.

Landesfilmdienste

Alles rund um den neuen interaktiven Film „Der Landschaftsgärtner“ und das Angebot der Konferenz der Landesfilmdienste finden Sie direkt unter: [www.interaktivebildungsmedien.de/ifp](http://www.interaktivebildungsmedien.de/ifp)

Weitere Informationen rund um Landschaftsgärtner unter: [www.landschaftsgaertner.com](http://www.landschaftsgaertner.com)

Premiere bei Würzburger Feuerwehr:

## Eine Frau führt zukünftig den Löschzug an

Das gab es noch nicht in der Geschichte der Würzburger Feuerwehr: Mit Kathleen Kiupel hat der „Löschzug 3 - Sanderau“ der Freiwilligen Feuerwehr Würzburg pünktlich zum 140-jährigen Jubiläum erstmals eine Zugführerin. Nach 29 Jahren Dienst wurde ihr Vorgänger Norbert Eitelwein Ende 2014 mit einer großen Feier in den Feuerwehrhustand verabschiedet.

Kiupel ist Feuerwehrfrau durch und durch: 1996 trat die heute 36-Jährige in die Jugendfeuerwehr Oberdürrbach ein und wechselte ein Jahr später zum Sanderauer Löschzug. Dort machte die frischgebackene Zugführerin eine Feuerwehrcarriere wie aus dem Lehrbuch: Auf die Grundausbildung folgten unter anderem Lehrgänge zur Maschinistin, zur Atemschutzgeräteträgerin und 2004 dann zur Gruppenführerin. Im November 2014 erfolgte die offizielle Benennung zur Zugführerin durch das Kommando der Feuerwehr Würzburg.

Spaß an Verantwortung

Die Sanderauer Feuerwehrfrau hatte ihr jetziges Amt zunächst nicht als festes Ziel vor Augen: „Es war eine schleichende Entwicklung, ich habe gemerkt wie viel Spaß es macht, Aufgaben zu übernehmen“, sagte Kiupel. Sie führt zukünftig zusammen mit dem stellvertretenden Zugführer Hubert Plendl eine 17-köpfige Mannschaft insbesondere aus jungen Frauen und Männern an. Wichtig ist ihr eine harmonische Kameradschaft: „Wir müssen uns in Einsätzen untereinander und aufeinander verlassen können und das funktioniert nur wenn man sich blind versteht“.

Eingespieltes Team

Vom bisherigen Zugführer Norbert Eitelwein übernimmt sie einen funktionierenden Löschzug. Eitelwein trat 1985 der Sanderauer Wehr bei und war 22 Jahre stellvertretender Zugführer und Zugführer. Seine Feuerwehr verlässt der 63-Jährige mit einem lachenden und einen weinenden Auge. „In Erinnerung bleiben werden mir vor allem der Spohr-Brand und der Großbrand in der Peterpfargasse“, so der Feuerwehrmann.

Im Würzburger Stadtgebiet gibt es neben der Berufsfeuerwehr sechs Freiwillige Feuerwehren. Von ihnen ist die Freiwillige Feuerwehr Würzburg mit fünf Löschzügen die größte. Der Löschzug 3 wurde im Jahr 1875 als Bezirks-

feuerwehr Sanderau gegründet und ist seit 1912 im Innenhof der Schillerschule (Felix-Dahn-



Die Zugführerin des „Löschzug 3 - Sanderau“ der Freiwilligen Feuerwehr Würzburg, Kathleen Kiupel, zusammen mit ihrem Vorgänger Norbert Eitelwein.

## Landschaftsgärtner starten interaktiven Bildungsfilm

Bad Honnef. Das Ausbildungsförderwerk Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (AuGaLa) und die Konferenz der Landesfilmdienste e. V. (KdL) bauen ihre Kooperation weiter aus und bieten den Berufsinformationsfilm „Der Landschaftsgärtner“ nun auch als Film für die interaktive Bildungsarbeit.

Von Informations- über Arbeitsblätter bis hin zu Unterrichtshilfen wie Internetverlinkungen – der „Interaktive Filmplayer“ (IFP) der Konferenz der Landesfilmdienste nutzt das Filmangebot des AuGaLa auf vollkommen neue Weise. Anhand des rund 12-minütigen Filmes über den abwechslungsreichen Ausbildungsberuf „Gärtner/in, Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau“, kurz Landschaftsgärtner, bietet die KdL maßgeschneiderte Inhalte zur Gestaltung des Unterrichts – mit breitem Themenspektrum. Ob zum Aspekt Stadträume, Gestaltung und Schutz der Umwelt, Mathematik, Technik oder Pflanzen, der interaktive Film bietet zahlreiche Informations-, Frage-

Straße) beheimatet. Die Sanderauer Wehr ist mit vier Feuerwehrfahrzeugen ausgestattet und kommt primär in der Sanderau und dem Frauenland zum Einsatz. Interessenten finden auf der Internetpräsenz unter [www.fw-loeschzug3.de](http://www.fw-loeschzug3.de) weitere Informationen.

Jan Speth/Feuerwehr Würzburg



Die Zugführerin des „Löschzug 3 - Sanderau“ der Freiwilligen Feuerwehr Würzburg, Kathleen Kiupel, zusammen mit ihrem Vorgänger Norbert Eitelwein.

## Landschaftsgärtner starten interaktiven Bildungsfilm

Bad Honnef. Das Ausbildungsförderwerk Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (AuGaLa) und die Konferenz der Landesfilmdienste e. V. (KdL) bauen ihre Kooperation weiter aus und bieten den Berufsinformationsfilm „Der Landschaftsgärtner“ nun auch als Film für die interaktive Bildungsarbeit.

und Arbeitsblätter sowie weiterführende Hinweise rund um den vielseitigen Ausbildungsberuf, der sich seit Jahren großer Beliebtheit erfreut – Tendenz steigend.

Internetbasiert

Die neue Form des Unterrichts mit Filmmaterial: einfach per Internet. Ob klassisch am PC oder am Whiteboard – zur Nutzung des neuen Filmangebotes ist lediglich ein Internetzugang notwendig. Kosten für die Verwendung des Interaktiven Filmplayers der Konferenz der Landesfilmdienste fallen nicht an. Einfach die Internetseite [www.interaktivebildungsmedien.de/ifp](http://www.interaktivebildungsmedien.de/ifp) aufrufen, unter „inter-



Die Angestellten von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge im Betrieb in Gersthofen. □

#### Unimog in Schwaben:

## Jubiläum – 20 Jahre Wilhelm Mayer in Gersthofen

Das Unternehmen Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge feiert im Jahr 2015 sein 20-jähriges Betriebsjubiläum in Gersthofen. Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge ist bereits seit 1954, also über 60 Jahre, als Unimog und MB-Trac – Generalvertretung und Servicepartner in Schwaben erfolgreich.

Bis 1994 wurden die Geschäfte und der Service ausschließlich vom Firmensitz in Neu-Ulm aus betrieben. Durch eine Gebietsverteilung im Jahr 1995 wurde es erforderlich einen Servicestützpunkt in Bayerisch-Schwaben einzurichten, um den dort ansässigen Kunden räumlich entgegenzukommen. Als Standort bot sich das Gewerbegebiet in Gersthofen – Gutenbergstraße, aufgrund der guten Infrastruktur, ideal an. Hier wurde ein Gebäudekomplex bezogen, der genau nach den Bedürfnissen der Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge entworfen und gebaut wurde.

Entstanden ist eine hochmoderne Serviceneiederlassung, die heute ein Team von 7 Mitarbeitern umfasst. Geboten wird sowohl ein mobiler, als auch ein stationärer Wartungs- und Reparaturdienst für alle Unimogs- und MB-Tracs samt aller möglichen An- und Aufbaugeräte. Darüber hinaus werden Bonetti- und Lindner-Kommunalfahrzeuge, insbesondere auch Kompaktkehrmaschinen von Aebi-Schmidt sowie Holder-Kommunalschlepper etc. in Sachen Service betreut.

Außerdem verfügt die Niederlassung Gersthofen über ein sehr gut ausgestattetes Ersatzteillager. Serviceleistungen wie ein Notdienst während der Wintermonate oder ein Hol-Bring-Service runden das Angebot ab.

Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge ist eine der ältesten autorisierten Mercedes-Benz Unimog-Generalsvertretungen im Bundesgebiet und ebenso lang Unimog-

Servicepartner mit Aktionsradius in ganz Schwaben.

#### Verkauf und Service

Somit liegen Verkauf und Service hier in einer Hand. Die Service-Mitarbeiter am Standort Gersthofen um Niederlassungsleiter Ludwig Stumbaum verfügen zum großen Teil über jahrzehntelange Erfahrung mit dem Unimog und MB-Trac und sind somit hervorragend auf alle anfallenden Arbeiten rund um Kommunalfahrzeuge und -geräte vorbereitet.

Mehr als 100 Mio Euro wurde seitens der Daimler AG in das Geschäftsfeld Spezialfahrzeuge

und somit auch in die im Jahr 2013 eingeführte neue Unimogbaureihe mit Abgasnorm Euro VI investiert. Das Ergebnis – die Neuentwicklung Unimog Geräteträger Euro 6 – kann sich sehen lassen: Der Mercedes-Benz Unimog in den Baureihen U 216 bis U 530 als Innovation auf höchstem Niveau der Fahrzeugtechnik mit effizienten Motorleistungen bis in die 300 PS-Klasse.

Auch Wilhelm Mayer hat am Stammsitz Neu-Ulm und der Zweigniederlassung Gersthofen kräftig in Infrastruktur, Fahrzeugflotte und Mitarbeiter investiert. In dieser Weise haben sich die Daimler AG und ebenso Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge in Gersthofen für die Zukunft sowie insbesondere die Anforderungen der gemeinsamen Kunden bestmöglich gerüstet. □

## Wildkrautbekämpfung mit Heißwasser

Die Firma WAVE Weed Control gewinnt mit erweitertem Sortiment im Markt der chemiefreien Wildkrautbekämpfung mit Heißwasser zunehmend neue Anwender und Einsatzgebiete.

Die Heißwasser-Methode stellt nicht nur für Wasserschutzgebiete, Hafenanlagen, Schleusen und Kläranlagen eine umweltfreundliche und effektive Alternative zur chemischen Unkrautbekämpfung dar. Auch in Parks, Industrie- oder Wohngebieten sorgt das chemiefreie Verfahren ganzjährig für ein sauberes und gepflegtes Erscheinungsbild.

Das Unternehmen Wave Weed Control bietet dabei ein vielseitiges Gerätesortiment für die Heißwasser-Wildkrautbekämpfung: von der handgeführten Mini-Serie

für kleine bis mittelgroße Flächen wie Sport- und Gartenanlagen bis hin zu sensorgesteuerten Maschinen für den Einsatz in größeren Gebieten, z. B. Stadtviertel, Hafenanlagen oder Flughäfen.

Die WAVE-Methode zerstört mit 100 % Heißwasser die Zellstruktur der Pflanze und drängt Unkraut so nachhaltig zurück. Aufgrund des niedrigen Wasserdrucks sind weder Schäden am Untergrund noch Risiken wie Steinschlag etc. zu befürchten. Daher kann die Methode auf allen Belägen gefahrlos eingesetzt werden. □

Unimog U 318 am früheren polnischen Grenzübergang „Pomellen“:

## Effizienter Ganzjahreseinsatz mit Bestandsgeräten

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) in Rostock hat zur Erledigung der Pflege- und Unterhaltungsaufgaben am ehemaligen Grenzübergang Pomellen ihren ersten Unimog Profigeräteträger U 318 aus der neuen BlueTec 6-Generation Unimog in Betrieb genommen. Die frühere Grenzübergangsstelle bei Nadrensee in Richtung Polen fungiert zugleich als Handwerkerstützpunkt der BImA. Sie liegt an der Autobahn A11 in Mecklenburg-Vorpommern und umfasst ein Straßennetz von rund 20 km. Der neue Unimog wird dort für alle Aufgaben in Zusammenhang mit der ganzjährigen Unterhaltung des Straßennetzes und der entsprechenden Nebenanlagen wie Straßböschungen, Bankette, Brachflächen, Gräben, Regensammelbecken und Freiflächen eingesetzt.

Die Anforderung an das neue Einsatzfahrzeug in Pomellen lautet kurz und bündig: Der neue Unimog sollte das komplette Aufgabenprofil eines in die Jahre gekommenen Unimog U 1450 aus dem Baujahr 1994 mit den bereits im Fuhrpark vorhandenen Geräten übernehmen. Ausschlaggebend für die Entscheidung der BImA zugunsten des Unimog U 318 war nicht zuletzt der umfangreiche Grundlieferumfang, ergänzt durch die lange Pritsche, den stufenlosen synergetischen Fahrantrieb EasyDrive, die hohen Achslasten und die große Wendigkeit des Fahrzeugs. Erteilt und abgewickelt wurde der Auftrag von der lokalen Unimog Generalvertretung Harald Bruhns Land-, Forst-, Gewerbe- und Kommunaltechnik GmbH in Karstädt.

#### Winterdienst

Die effiziente Erledigung von Winterdienstarbeiten wie Räumen und Streuen erfolgt in Pomellen mit einem Feuchtsalzstreuer SAB 17 und einem Schneepflug CP 2, beide von ASH Aebi Schmidt. Die dreizeilige Zweikreis-Hydraulikanlage des Unimog mit proportionaler Steuerung verfügt über eine Schneepflugentlastung, die durch das automatische Ausheben des

Schneepflugs bei Fahrtrichtungswechseln eine wesentliche Arbeitererleichterung darstellt.

Bei der Ausstattung des neuen U 318 ist von Anfang an darauf

rüstung mit einer Frontanbauplatte, einer Zapfwelle vorn und hydraulischen Steckeranschlüssen an Front und Heck des Fahrzeugs war daher Pflicht und Kür zugleich: Sie macht den Antrieb eines vorhandenen Dücker-Auslegermähergeräts UNA 500, das zur Unterhaltung des Fahrbahnbegleitgrüns eingesetzt wird, ebenso möglich wie den effizienten Einsatz eines Frontschlegel-Mähers UMK 21 von Dücker zur Pflege von Brach- und Freiflächen.

#### Zugarbeiten

Auch der Forderung nach einer



Der neue Unimog U 318 am BImA-Handwerkerstützpunkt (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) des ehemaligen Grenzübergangs Pomellen ist ein wendiger und leistungsstarker Dreiseitenkipper. Mit EasyDrive, Frontanbauplatte, Frontzapfwelle, Arbeitsscheinwerferanlage sowie Kugelkopf- und Lkw-Anhängerkupplung erlaubt er Ganzjahreseinsätze bei Pflege- und Unterhaltungsarbeiten mit wechselnden alten und neuen Geräten. □

geachtet worden, dass alle bereits vorhandenen Geräte für sommerliche Pflegeeinsätze und Mäharbeiten, aber auch im Winterdienst mit Schneepflug und Streuer weiter genutzt werden können. Die Aus-

effizienten Erledigung von Transportaufgaben mit Anhänger sowie Zugarbeiten wird der neue Unimog Geräteträger in vollem Umfang gerecht: Hinter dem Fahrerhaus ist eine nach drei Seiten kippbare Pritsche angebracht, die außer dem Mitführen von Werkzeug auch den Transport von Straßenbau-Schüttmaterialien wie Kies oder Sand erlaubt. Im Winter findet der Streusalzbehälter seinen Platz auf der Pritsche. Sind größere Materialmengen gefordert, kann der Unimog U 318 auch als Zugfahrzeug mit unterschiedlichen Anhängertypen eingesetzt werden. Diese können über die Lkw-Anhängerkupplung oder über die am Heck zusätzlich montierte Kugelkopfkupplung mit bis zu 3,5 t Anhängelast mitgeführt werden. Für sichere Bremsvorgänge sorgt eine Zweikreis-Anhängerbremseanlage. □



Wildkrautbekämpfung mit der Heißwassermethode im Trinkwasserschutzgebiet. Bild: WAVE Europe



## Mehr Effizienz im Winterdienst.

Der neue Unimog BlueTEC 6.

Überzeugt mit vielen Innovationen und setzt Maßstäbe bei Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienung. [www.neuerunimog.de](http://www.neuerunimog.de)



Mercedes-Benz  
Trucks you can trust

Demonstration in Oettingen:

## Geschlossen gegen die Süd-Ost-Trasse

Großdemonstration gegen die Süd-Ost-Trasse: Rund 1.000 Bürger haben in Oettingen (Landkreis Donau-Ries) deutlich Position gegen den Bau der befürchteten Stromautobahn bezogen. Zahlreiche örtliche Politiker und Mandatsträger waren auf die Straße gegangen, darunter die Landräte aus Dillingen, dem Donau-Ries und Ansbach, sowie die Bundestagsabgeordneten Ulrich Lange (CSU) und Gabriele Fograscher (SPD) und der Landtagsabgeordnete Wolfgang Fackler aus Donauwörth.

„Eine ganze Region steht auf“, begrüßte Oettingens Bürgermeisterin Petra Wagner die Bürger von Nah und Fern. Wulf-Dietrich Kavasch, Bürgermeister in Hohenaltheim und Organisator der Demonstration, hob die Einzigartigkeit des Ries als Naturlandschaft und Tourismusregion hervor. Derzeit bemühe man sich sogar darum, Weltkulturerbe zu werden. Eine Autobahn durch das Ries habe man verhindern können, ins Ries dürfe man auch keine Windräder bauen, nun gelte es, die Trasse zu verhindern. Oder solle man etwa künftig mit „Urlaub im Schatten der Monstertrasse werben“ fragte Kavasch.

### Kulturlandschaft

Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) warnte vor der Zerstörung einer „einzigartigen Kulturlandschaft mit einzigartigen Städten und Orten“. Er forderte, bei den weiteren Planungen Bürgerinteressen vor Wirtschaftsinteressen zu stellen. „Im Donau-Ries werden keine Lichter ausgehen! Do-

nau-Ries wird einzigartig bleiben ohne Stromtrasse.“ Im Landkreis seien bereits 2012 87 Prozent des Stromverbrauchs aus regenerativen Energien erzeugt worden. Somit sei die Energieversorgung ohne Stromtrasse sicher.

### Bürgerbeteiligung

Rößle zufolge verlangen die betroffenen Bürger Antworten auf berechnete Fragen. Etwa, ob der Bau der Hochspannungsleitungen durch Bayern tatsächlich notwendig sei. Und wie ehrlich es der Netzbetreiber Amprion mit seinem Versprechen meine, die Bürger einbeziehen zu wollen. „Manche Aussagen lassen uns zweifeln“, machte Rößle deutlich. „Erst heißt es, die Masten werden 70 bis 80 Meter hoch, nun spricht Amprion von 40 bis 50 Metern.“ Es könne keine Lösung sein, den ursprünglich geplanten Endpunkt in Meitingen ein paar Kilometer nach Gundremmingen zu verschieben.

Rößles Fazit: „Solange keine Notwendigkeitsanalyse vorgelegt wird, die objektive Prüfung

standhält, transparente Zahlen liefert, solange wird es aus dem Donau-Ries ein unmissverständliches und weithin laut vernehmbares Nein zur geplanten Stromtrasse geben!“ Es gehe um Offenheit und Ehrlichkeit in diesen Fragen, und dies solle beim Protest gemeinsam eingefordert werden.

### Landestheater Dinkelsbühl:

## Kleines Theater ganz groß

Hohe Akzeptanz weit über die Stadtgrenzen hinaus

Laut Theaterstatistik 2012/13 des Deutschen Bühnenvereins nimmt das Landestheater Dinkelsbühl eine besondere Stellung in der deutschen Theaterlandschaft ein: Mit seinen knapp 12.000 Einwohnern ist die mittelfränkische Stadt bundesweit die kleinste Kommune, die ein Theater mit eigenem Ensemble unterhält.

Die Unterstützung durch die Stadt Dinkelsbühl und die Bürgerschaft ist enorm: Etwa 50.000 Zuschauer besuchen pro Jahr die Vorstellungen des Landestheaters sowohl in Dinkelsbühl als auch in den entsprechenden Gastspielorten. Während des Ganzjahresbetriebs mit seiner umfangreichen Sommer- und Winterspielzeit werden u. a. auch Musikabende, Kleinkunst, Kabarett, Ausstellungen und Lesungen angeboten. Zudem zeichnet sich das Theater dadurch aus, dass es zu der normalen Gastspieltätigkeit sowohl einen Jugendclub als

Dillingens Landrat Leo Schrell sprach sich ebenso deutlich gegen die Stromtrasse aus: Jeder lebe im Dunkkreis des AKW Gundremmingen, außerdem sei hier das größte Atommüllzwischenlager angelagert. Jetzt solle auch noch die Monstertrasse dazukommen. Dagegen wehre man sich hier mit allen Kräften, so Schrell.

Auch der Landkreis Dillingen setze sich bereits seit Jahren für die Energiewende ein, fuhr Schrell fort. Immerhin würden hier mehr als 120 Prozent des benötigten Stroms aus regenerativen Energien gewonnen. DK



Das sanierte Warnecke-Haus wird im Bereich der Freilichtbühne in den Sommerspielbetrieb integriert. □

herigen spartanischen Möglichkeiten im beengten Zimmer des Rundturms der Stadtmauer, sondern auch stark verbesserte Lichtverhältnisse. Mehrere Toiletten und erstmalig ein Duschraum stehen den Künstlern zur Verfügung. Ein dringend benötigter Probenraum zum Einsingen und Einspielen ist vorhanden, sind doch Musicals und Revuen fester Bestandteil des Programms der Sommerspiele geworden. Im Untergeschoss des historischen Baus findet schließlich die saisonale Gastronomie (Getränkeauschank) Platz sowie eine angemessene Anzahl von Besuchertoiletten.

### Verbesserungen

Diese Neuerungen verbessern den Bühnenbetrieb des Landestheaters Dinkelsbühl auf dem Gelände der Freilichtbühne entscheidend und auch historisch ist das Warnecke-Haus mit seiner künstlerischen Vorgeschichte eine hervorragende Ergänzung.

Sehr positiv ist das Engagement der Dinkelsbühler Betriebe und Bürger zu werten. Bereits 2005 wurde der Neubau der überdachten Freilichttribüne durch großzügige Spenden gefördert. Auch 2014 waren viele Unternehmen und Einzelpersonen wieder bereit, für das Landestheater in die Tasche zu greifen.

Inzwischen hat sich der Einzugsbereich des Theaters weit über die Stadtgrenzen hinaus verbreitet. Zuschauer aus dem Raum Nürnberg, Stuttgart, Würzburg, Ulm und Augsburg sind hauptsächlich im Sommer statistisch gesehen häufige Gäste. „Hier zeigt sich, dass Kultur auf dem Lande durchaus mit relativ wenigen Mitteln große Wirkung zeigen kann“, bescheinigen OB Hammer und Intendant Cahn. DK

## „Vitalität der ländlichen Räume aktivieren“

CSU-Mittelfranken diskutiert mit Markus Söder über Maßnahmen für Bayerns Zukunft

Herrieden-Schernberg. Mit einem „Baukasten-Konzept“ unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Strukturen will unter dem Eindruck der demografischen Entwicklung die CSU flächendeckend besonders die ländlichen Räume stärken. Unter dem Motto „Bayern Heimat 2020 – Maßnahmen für Bayerns Zukunft“ diskutierte die CSU-Mittelfranken mit dem Bayerischen Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, die einzelnen Baukastenelemente. „Wir lassen es nicht bei Worten, sondern wir wirken dem weltweiten Trend des Zuzugs in die Ballungsräume aktiv entgegen“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann.

Nach seinen Worten werden in etlichen anderen Ländern die ländlichen Räume „regelrecht im Stich gelassen“. In Bayern würden demgegenüber mit vielfältigen Maßnahmen von der Erschließung und dem Ausbau von Verkehrswegen bis hin zur Herstellung der inneren Sicherheit die ländlichen Räume gezielt gestärkt. „Nirgendwo sonst gibt es derart erfolgreiche Programme, wo den Landkreisen, Städten und Gemeinden so massiv geholfen wird, von der Dorferneuerung über die Städtebauförderung hin zu gezielten Maßnahmen gegen Leerstände in Kernorten“. Herrmann und Söder waren sich einig: „Das Geld ist bei den Kommunen gut angelegt“.

### „Vitalität der ländlichen Räume aktivieren“

Für Söder müsse die „Vitalität der ländlichen Räume aktiviert“ werden, und zwar „möglichst aus eigener Kraft“, aber wo notwendig mit starker Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung. „Dabei muss auch kleinen Gemeinden die Chance zur Weiterentwicklung gelassen werden“. Ihm gehe es darum, dass das Landesentwicklungsprogramm sich „nicht zum Verhinderungsprogramm“ geriert, sondern zum Beispiel durch Verfahrensbeschleunigung und Auflagenabbau zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Land beiträgt. Dr. Markus Söder: „Eine wirtschaftliche Evolution zuzulassen

ist allemal besser, als eine künstliche Entwicklung zu subventionieren“.

Der Kommunale Finanzausgleich werde nach den Worten des Bayerischen Finanzministers im Rahmen einer weiteren Modifizierung Substantielles für den ländlichen Raum bringen, aber „ohne Stadt und Land gegeneinander auszuspielen“. Auf der Agenda stünden zudem weitere Behördenverlagerungen „auf freiwilliger Basis für die Mitarbeiter, in Ergänzung der Verwaltungsdezentralisierung und unter Nutzung neuester technologischer Entwicklungen“.

Mit einem „bayernweiten digitalen Kreislauf“ will Söder das Behördennetz und digitale Prozesse rechtlich absichern, Verwaltungsdienstleistungen optimieren und damit neue Vorteile für die Bürger erzielen. Ein Bayern-Netz

soll zudem für mehr „freies WLAN“ sorgen und überhaupt sei die Digitalisierung der ländlichen Räume in einem gewaltigen Aufholprozess, gegenüber anderen Ländern sei Bayern aber ohnehin weit voraus: „Von deutschlandweit zwei Milliarden staatlicher Mittel werden allein in Bayern seitens des Freistaates 1,5 Milliarden eingesetzt“. Dies allein verdeutliche die Führungsrolle Bayerns. Dr. Markus Söder: „Wir wollen bis 2018 das modernste Breitband zum Standard machen und möglichst jedes Dorf am Netz haben“.

Mit Blick auf ihre Standorttreue im ländlichen Raum wurde von der mittelfränkischen CSU auch eine Reform der Erbschaftsteuer für kleine und mittlere Betriebe gefordert. Da es sich um eine Ländersteuer handelt, sollten diese einen eigenen Handlungsspielraum bekommen, um besonders familiengeführte Unternehmen in der Fläche halten zu können. „Das ist Teil einer aktiven Standortpolitik“, so Söder zustimmend. „Die Erbschaftsteuer muss mehr Regionalisierungselemente erhalten und mittelständische Familienbetriebe als besonders schutzwürdig einstufen“. pmw



V. l.: CSU-Bezirksgeschäftsführer Werner Stieglitz, Staatsminister Joachim Herrmann, Staatsminister Dr. Markus Söder und stellv. CSU-Bezirksvorsitzender Bezirksrat Herbert Lindörfer. Bild: pmw

### Effektivität

Wie die Statistik des Bühnenvereins ausweist, lagen die Betriebseinnahmen des Theaters bei 63,9 % im Vergleich zu den Gesamtausgaben. Hier zeigt sich nach Darstellung von Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer und Intendant Peter Cahn, mit welcher hohen wirtschaftlichen Effektivität dieses Haus arbeitet. Andere Landestheater in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Bayern würden mit 86 % bezuschusst, während der Zuschuss beim Landestheater Dinkelsbühl knapp 40 % betrage. Hiervon trug die Stadt einen Zuschussanteil in Höhe von 22 % bei, während der Freistaat Bayern das Landestheater Dinkelsbühl mit 14 % und Gemeindeverbände 4 % übernommen haben.

Dass die Zuschauerzahlen in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt werden konnten – die Platzausnutzung in der Wintersaison und in der Festspielzeit beträgt generell ca. 88 % – liegt nicht zuletzt an drei großen Bauprojekten, die die Stadt Dinkelsbühl in den Jahren 2005 bis 2014 für das Landestheater ver-

wirklicht hat – Kostenpunkt: rund 2,5 Mio. Euro.

Neben dem Neu- bzw. Umbau einer überdachten Freilichtbühne mit 330 Plätzen im historischen Garten am Wehgang und eines Theaterhauses mit 181 Plätzen mitten in der Altstadt mit Verwaltung und Werkstätten stand die Sanierung des Warnecke-Hauses auf der Agenda. Das Haus wird in den Bereich der Freilichtbühne zur entscheidenden Verbesserung des Sommerspielbetriebes integriert, der mittlerweile konstante 30.000 Zuschauer während der Sommerfestspiele in den Künzberggarten lockt.

### Umbau

Die Unterstützung durch öffentliche Mittel und großzügige Spenden von Gönnern und Förderern aus der Wirtschaft ermöglichte der Stadt Dinkelsbühl, die Baumaßnahme mit einem vertretbaren finanziellen Aufwand zu schultern und den Umbau des Dinkelsbühler Künstlerhauses zum Theatergebäude zu realisieren. Vor wenigen Tagen wurde das behutsam renovierte Fachwerkhaus mit einem offiziellen Festakt eingeweiht und konnte anschließend besichtigt werden.

Das ehemalige Wohnhaus des Künstlers Rudolf Warnecke, gestorben 1994, beherbergt nun mehrere Garderoben für die Künstler, die sich ab sofort für ihre Auftritte umziehen können. Die Räume bieten nicht nur mehr Platz und Privatsphäre als die bis-

## Fast 600 Notinseln in sieben Jahren

Positive Bilanz des Landkreises Aschaffenburg

Landkreis Aschaffenburg. Im August 2007 startete im Landkreis Aschaffenburg das Projekt Notinsel. Unter dem Motto „Notinsel – wo wir sind, bist Du sicher“ haben Einzelhandels-geschäfte, Bäcker, Metzger, Friseure, kleinere Supermärkte, Apotheken und Banken Anlauf- und Zufluchtsorte für Kinder in Notsituationen, aber auch bei kleineren Nöten oder Wehwechen, geschaffen.

Die beiden Koordinatorinnen des Projektes im Landratsamt, Daniela Sauer und Verena Knecht, hatten jetzt die Notinsel-Ansprechpartner aus den Gemeinden zum Erfahrungsaustausch eingeladen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Ergebnisse der im vergangenen Jahr durchgeführten Evaluation vorgestellt.

### Gut angenommen

Die Ergebnisse der Befragung, an der sich 44 % der Notinseln beteiligt haben, zeigt auf, wie wichtig dieses Projekt für den Schutz der Kinder ist. Die Teilnehmer berichteten, dass die Notinseln von den Kindern gut angenommen und genutzt werden.

Einig waren sich die Teilnehmer, dass die Notinseln noch bekannter gemacht werden

müssen. In verschiedenen Gemeinden gibt es dazu schon konkrete Ideen und Konzepte. In Kleinostheim und Alzenau werden schon seit einigen Jahren Notinsel-Familienkalender über Schulen und familiennahe Einrichtungen verteilt. In Kleinostheim hängt darüber hinaus in der Grundschule ein Ortsplan mit allen örtlichen Notinseln. In Heigenbrücken und Karlstein wiederum ist das Thema Notinsel seit Jahren ein Teil des Vorschulprogramms im Kindergarten. „Wir gehen jedes Jahr mit den Vorschülern durch den Ort und besuchen die Notinseln. Dabei besprechen wir mit den Kindern, in welchen Situationen sie eine Notinsel aufsuchen können“, so Pia Sternheimer vom katholischen Kindergarten in Heigenbrücken.

Wie auch in der Umfrage deutlich wurde, sind es vor al-

lem die kleineren Nöte wie ein vergessener Schlüssel, ein aufgeschürftes Knie oder Rängelein unter Kindern sowie auch Erschöpfungszustände älterer Mitbürger, in denen die Notinseln helfen konnten.

„Uns ist es wichtig, möglichst engmaschig im Ort Notinseln anzubieten. So haben wir entschieden, auch Gaststätten als Notinseln mit aufzunehmen, denn sie haben oftmals dann geöffnet, wenn die Ladengeschäfte schon geschlossen sind, beispielsweise in der Mittagszeit, in die auch der Schulschluss fällt“ bekräftigt Nicole Dietrich von der Gemeinde Mainaschaff. „Nur ein lückenloses Netzwerk, das bei den Kindern bekannt ist, kann die Effekte garantieren, die wir mit dem Projekt beabsichtigt haben“.

Um den Bekanntheitsgrad zu steigern dürfen die Landkreisbewohner jedenfalls in diesem Jahr auf die Aktionen der Notinsel-Partner gespannt sein.

Weitere Informationen zum Projekt Notinsel: Landratsamt Aschaffenburg, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Bayernstr. 18, 63739 Aschaffenburg. □

Niederbayerische Landrätetagung in Pfarrkirchen:

## Flüchtlingsheime am Limit

Die Themen Asylbewerberstrom, Behördenverlagerung und Breitband standen auf der Agenda der niederbayerischen Landrätetagung in Pfarrkirchen. Bei der Unterbringung von Asylbewerbern kündigte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder als Tagungsgast Unterstützung durch die Staatsregierung an.

Längst seien die 500 Plätze in der neuen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Deggenhof belegt, monierten die Landkreise. Inzwischen würden weitere 700 Flüchtlinge in Dependancen der Deggenhofer Erstaufnahme unter anderem in Freyung, Kellberg und Eggenfelden versorgt.

### Winternotfallplan

Wie der Präsident des Bayeri-

schen Landkreistags, Deggenhofs Landrat Christian Bernreiter, erklärte, unternähmen die bayerischen Landkreise alles, um ihre Aufgaben in Sachen Asyl-Winternotfallplan zu erfüllen. „Wir stehen selbstverständlich bereit“, so Bernreiter, machte aber auch darauf aufmerksam, dass die Dimension des Flüchtlingsansturms so enorm sei, dass es nicht ausreicht, nur weitere Unterkünfte bereitzustellen.

Der Winternotfallplan sehe vor,

dass die bayerischen Landkreise kurzfristig winterfeste Unterkünfte für jeweils 200 bis 300 Personen zusätzlich zu den bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen zur Verfügung stellen. Sie erfüllten damit eine staatliche Aufgabe. Der Notfallplan sei teilweise in Kraft getreten, nachdem die Zahl der Asylbewerber, vornehmlich aus dem Kosovo, stark angestiegen war und die Erstaufnahmeeinrichtungen an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt sind.

### Schnelle Regelung

„Der Zustrom von Asylbewerbern aus dem Westbalkan muss

schnell geregelt werden“, forderte Bernreiter. Der Freistaat Bayern und die Bundesregierung müssten dafür die notwendigen Schritte einleiten – auch im Sinne der Herkunftsländer, die unter dem „Exodus“ ihrer Bevölkerung leiden. Dazu gehöre, den Kosovo zu einem sicheren Herkunftsstaat zu erklären und damit die Grundlage eines Asylverfahrens zu entziehen.

### Unterkünfte

Die bayerischen Landkreise greifen in der ersten Stufe des Winternotfallplans auf Einrichtungen zurück, in denen kurzfristig für eine Dauer von fünf Wochen neu ankommende Flüchtlinge untergebracht werden können. Bernreiter zufolge „werden wir in Abstimmung mit den Bezirksregierungen versuchen, zunächst solche Unterkünfte zu belegen, die zu geringen Beeinträchtigungen für unsere Landkreiskörper führen“. Man könne zwar nicht ausschließen, dass Turn- oder Stadthallen zum Einsatz kommen, jedoch erlaube das im November 2014 in Kraft getretene Gesetz über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen etwa auch angemessene Unterkünfte in Gewerbegebieten.

„Die kommunale Familie setzt darauf, dass die Bearbeitung der Asylanträge so zügig wie möglich erfolgt“, stellte Passaus Landrat Franz Meyer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern im Bayerischen Landkreistag, klar. Ein Blick auf die Belegungsquoten zeige, „dass wir alle am Limit sind“. Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sei groß, dürfe aber nicht missbraucht werden. Rottal-Inns Landrat Michael Fahmüller ergänzte, man erwarte „ein deutliches Zeichen der Zurückführung“.

Heimatminister Söder verwies darauf, dass Kosovo, Albanien



„Heimat! Das Filmfestival“ des Bezirks Mittelfranken

„Heimat! Das Filmfestival“ ging zum dritten Mal in Nürnberg über die Bühne. Die Veranstaltung des Bezirks Mittelfranken, des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege und des Filmhauskinos Nürnberg stand unter dem Motto „Fremde in der Heimat“. 12 Filme aus den 1930er Jahren bis heute beleuchteten Themen wie fremdgewordene Heimat, Fremde, Migration oder Integration. Das Foto im Anhang zeigt v. l.: Johann Böhm, Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege und Landtagspräsident a. D., Dr. Andrea M. Kluxen, Bezirksheimatpflegerin und Kulturreferentin des Bezirks Mittelfranken, Django Asül, Kabarettist, Christiane Schleindl, Leiterin Filmhaus Nürnberg sowie Bezirksratspräsident Richard Bartsch. Bild: Udo Dreier, bayernpress

und der Westbalkan keine Kriegsgebiete seien. Das Asylrecht könne hier nicht greifen. Weitere Länder müssten als sichere Drittstaaten eingestuft werden.

### Wertvolles Signal

Als „wertvolles Signal für Niederbayern“ bezeichnete Landkreischef Meyer indes den Zuschlag für Vilshofen als künftigen niederbayerischen Standort für das IT-Kompetenzzentrum. Diese Aufwertung des Amtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung zeige die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes.

Die Landräte stellten fest, dass von den bundesweit rund zwei Milliarden Euro für die Breitbandförderung allein Bayern 1,5 Milliarden Euro aufwende. Damit, so Meyer, habe die Staatsregierung klar Position für den

ländlichen Raum bezogen. Niederbayern sei Spitzenreiter. 93 Prozent der Gemeinden seien im Förderverfahren. Minister Söder betonte: „Digitalisierung ist kein Privileg der Großstädte. Der ländliche Raum muss schnell online sein.“ Nun wolle man ein Konzept für ein freies WLAN entwickeln.

### Stukturherausforderungen

Landrat Bernreiter lobte schließlich die Arbeit Söders als Heimatminister. Dieser leiste herausragende Arbeit. „Der ländliche Raum ist deutlich besser als der Ruf. Aber wir haben noch viel zu tun, vor allem in Sachen Strukturherausforderungen“, entgegnete der Minister. Außerdem gelte es, den ländlichen Raum nicht „zu alimentieren, sondern zu aktivieren“. DK

## Null Bock auf Schule

Josefinum Augsburg hat neue Sprechstunde für Schulvermeider

Dieser Tage wird überall in Bayern wieder Zwischenbilanz gezogen: Es gibt Halbjahreszeugnisse, und für die Eltern wird dort nochmal dokumentiert, wie oft ihre Kinder in den vergangenen Monaten nicht in der Schule waren. Für manche Eltern wird dann die Summe der Fehltag erst richtig deutlich und signalisiert, dass es so nicht weitergehen kann. Doch was tun?

Schulmüdigkeit und Schulkangst, Verweigerung und Schwänzen stellen ein wachsendes Problem für Schulen und Eltern dar. Nach aktuellen Zahlen bleiben fünf bis zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler in Deutschland regelmäßig und in erheblichem Umfang dem Unterricht fern. Die möglichen Folgen: Das Risiko für Verhaltensauffälligkeiten und psychische Erkrankungen steigt, ebenso die Gefahr eines niedrigen Schulabschlusses oder gar Schulabbruchs. Dies kann wiederum zu Arbeitslosigkeit und anderen lang anhaltenden Problemen führen.

Das Josefinum ist eine Spezial-Klinik für Frauen und Kinder unter dem Dach der Katholischen Jugendfürsorge. Im Krankenhaus für Kinder und Jugendliche des Josefinum wurden in den vergangenen Jahren immer mehr Mädchen und Buben vorgestellt, die wegen wiederkehrender körperlicher Beschwerden wie Bauch- oder Kopfschmerzen die Schule über einen längeren Zeitraum nicht besuchen konnten. „Hinter den Fehltagen in der Schule steckt eine Vielzahl von Erkrankungen“, erklärt Dr. Sabine Ludyga, Oberärztin am Josefinum. Und auch unsere Umgangssprache weist schon darauf hin: „Mir liegt etwas im Magen“, oder: „Das macht mir Kopfzerbrechen“ sind Redewendungen, die auf psychosomatische Beschwerden hindeuten: Körperliche Symptome aufgrund einer seelischen Ursache.

Das beginnt schon bei den jüngeren Schulkindern, wie Chefarzt Dr. Gereon Schädlert sagt.

„Ein Viertel der Kinder in der zweiten und dritten Klasse fühlt sich gestresst.“ Bei den jüngeren Schülern sei es aber weniger das Problem, dass sie über Kopfschmerzen klagen; sie äußerten ihre Beschwerden durch hartnäckiges Sträuben und die Weigerung, in die Schule zu gehen, wie Psychotherapeutin Monika Hiebeler erläutert.

Die Klinik reagiert auf diese Entwicklung und hat nun eine pädiatrisch-psychosomatische Ambulanz eröffnet, um diesen Schulvermeidern besser gerecht werden zu können. Diese spezialisierte Sprechstunde richtet sich an alle Kinder oder Jugendlichen, die wegen unklarer körperlicher Beschwerden, Ängsten oder Überforderungsgefühlen wiederholt den Unterricht versäumen und umfasst die folgenden Angebote:

- sorgfältige Diagnostik, um eine körperliche Erkrankung ausschließen zu können Intelligenz- und (Schul-)Leistungsdiagnostik, Psychologisch/psychiatrische Diagnostik hinsichtlich Ängsten, Überforderungsgefühlen und psychiatrischen Erkrankungen, Besprechung der bisherigen Schullaufbahn und aktuellen Schulsituation,
- Beratung von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrern bzgl. Möglichkeiten des Wiedereinstiegs in den Schulbesuch und weiterführenden Behandlungsmöglichkeiten, Kontaktaufnahme mit der Schule (falls gewünscht)
- Kontaktaufnahme mit Partnern des „Augsburger Netz-

werkes Schulvermeidung“

„Die notwendige psychosomatische Diagnostik und Behandlung konnte bislang nur stationär durchgeführt werden und war daher für die Patientinnen und Patienten mit erheblichen Wartezeiten verbunden“, erklärt Chefarzt Dr. Gereon Schädlert. Mit der neuen Ambulanz ist nun ein rascheres Eingreifen möglich. „Das ist notwendig, um zu verhindern, dass das schulvermeidende Verhalten chronisch wird“, so Schädlert weiter.

Bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen handelt es sich immer häufiger nicht um klassische Schulschwänzer, die ohne Wissen der Eltern dem Unterricht fernbleiben, sondern um sogenannte Schulvermeider, die mit Wissen ihrer Eltern nicht in die Schule gehen, weil sie sich aufgrund von Überforderungsgefühlen, Ängsten oder den damit einhergehenden körperlichen Beschwerden wie Bauch- oder Kopfschmerzen, Durchfall und Erbrechen nicht dazu in der Lage sehen. Diese körperlichen Beschwerden sind oft selbst für niedergelassene Kinderärzte schwer von einer körperlichen Erkrankung zu unterscheiden. Die bisherige Lücke in der Diagnostik kann die neue Ambulanz nun schließen. Und falls notwendig kann das Josefinum hier eine seiner Stärken ausspielen: zum Haus gehört auch die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, deren Experten bei Bedarf einbezogen werden.

Wenn Eltern sich über die Zahl der Fehltag ihres Kindes Sorgen machen sollten sie zuerst das Gespräch mit der Klassenlehrkraft suchen, so der Rat der Experten im Josefinum. Falls sich dadurch das Problem nicht lösen ließe wäre eine Terminvereinbarung für ein Erstgespräch am Josefinum sinnvoll, das die Klinik nach Möglichkeit innerhalb von zwei Wochen anbieten will. Danach würden sich weitere Schritte zeigen, die Dauer der Behandlung könne man nicht vorhersagen, die Diplom-Psychologin Walther Stamm. Seit Jahren hat man am Josefinum gute Erfolge mit der Behandlung solcher Kinder und Jugendlichen gesammelt. „Deutlich über 90 Prozent unserer Patienten gehen nach der Behandlung bei uns wieder dauerhaft in die Schule“, so Stamm.

Darüber hinaus hat sich in Augsburg ein Netzwerk von Fachleuten gebildet, die im Themenbereich Schulvermeidung tätig sind; neben den Fachleuten der Schulvermeider-Ambulanz gehören unter anderem Experten von Gesundheitsamt und Jugendamt, Jugendhilfe-Projekten und Lehrern dazu.

Weitere Informationen unter: [www.kjf-augsburg.de](http://www.kjf-augsburg.de)

## Bürgermeister Triathlon

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister schwimmen, fahren mit dem Rad und rennen um die Wette: Am Sonntag, den 5. Juli 2015 bei den „Ersten Bayerischen Triathlon Meisterschaften der Bayerischen Bürgermeister“ in der Stadt Dinkelsbühl.

### Schwimmen - Fahrradfahren - Laufen

Vormittags fällt dann der Startschuss und es geht los. Die Rathaus-Chefs springen in den Fluss Wörnitz und absolvieren dort zwei Runden je 250 Meter im Flussfreibad. Auf dem Fahrrad geht es hinaus ins Dinkelsbühler Umland und nach zweimal 10 Kilometer wieder zurück in den Zielbereich, von wo aus schließlich um die Altstadt fünf Kilometer zu rennen sind. „Alles kurze Distanzen, die man gut schaffen kann“, meint Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer. Für ein Rahmenprogramm mit Stadtempfang, Stadtführung, Pastaparty sorgt der Touristik Service Dinkelsbühl. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Bayerischer Städtetag und Gemeindegremien unterstützen mit ihrer Schirmherrschaft die Veranstaltung.

Weitere Infos unter: [www.citytriathlon-dinkelsbuehl.de](http://www.citytriathlon-dinkelsbuehl.de)

## Schutzaufgaben der Gemeinden

Mittwoch, 18. März 2015, 9.00 bis 13.00 Uhr  
Innovationszentrum Kundl

Logo Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Logo Lindner  
Logo Gemeindezeitung  
Logo FORUM LAND  
Logo Österreichischer Gemeindebund  
Logo Kommunales Informationszentrum  
Logo Distretto dei Comuni della Provincia di Bolzano  
Logo Kommunalforum Alpenraum

Anmeldung unter: [www.kommunalforum-alpenraum.eu](http://www.kommunalforum-alpenraum.eu)

Regensburg:

## Erste „kinderfreundliche“ Stadt in Bayern

Als erste bayerische Stadt hat Regensburg das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ erhalten. Damit wurde ihr besonderer Einsatz für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention gewürdigt. Bei einer feierlichen Veranstaltung in der oberpfälzischen Metropole nahm Oberbürgermeister Joachim Wolbergs die Auszeichnung mit großer Freude entgegen. Vergeben wird das Siegel von UNICEF Deutschland und dem vom Deutschen Kinderhilfswerk getragenen Verein „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“.

Mit einem umfassenden Aktionsplan, der u.a. die Einrichtung eines Jugendbeirates sowie die Fortführung der Spielplatzplanung beinhaltet, hat Regensburg deutlich gemacht, dass die Kommune sich aktiv den Kinderrechten widmen wird. Unter Berücksichtigung der vielfältigen Vorschläge und Wünsche von Kindern und Jugendlichen wurde in einer zweijährigen Pilotphase ein Akti-

onsplan für Kinderfreundlichkeit erarbeitet, der in den kommenden vier Jahren umgesetzt werden soll. Nach Hanau, Wolfsburg und Weil am Rhein stellt sich Regensburg damit als deutschlandweit vierte Kommune einem regelmäßigen Prüfverfahren.

Hohes Gut

Wie OB Wolbergs im Rahmen

der Festveranstaltung betonte, seien Kinder ein hohes Gut in einer Stadt. Dies habe die Stadt Regensburg schon vor vielen Jahren erkannt „und es ist mir ein persönliches Anliegen, dass allen Kindern, Jugendlichen und Familien in Regensburg faire Chancen eröffnet werden“. Kinderrechte dürften nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssten gelebt werden, „deshalb haben wir uns für die Zukunft mit dem Aktionsplan noch mehr vorgenommen die Kinderrechte zu stärken.“

Chancen unabhängig von Abstammung

Wir werden alles daran setzen, ihre Ausgangschancen gut zu gestalten, unabhängig von Abstammung und Milieu.“ In einer freiwilligen Aktion will der Rathauschef im kommenden Jahr alle Kinder und Jugendlichen der Stadt nach ihrer Lebenswirklichkeit befragen. „Die Kinderrechte sollen zur Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen in Regensburg werden. Das Siegel wird ein Markenzeichen werden.“ DK

## Bezirk belebt die Kulturlandschaft

Kulturstiftung Unterfranken: Nach Jahren der Stagnation werden wieder Neuanträge akzeptiert

Würzburg. Was soll mit Hilfe der unterfränkischen Kulturstiftung gefördert werden? Diese Frage zu entscheiden, fällt angesichts tendenziell sinkender Stiftungserlöse nicht leicht. In den vergangenen Jahren unterstützte der Bezirk nur noch etablierte Projekte. Neue Anträge wurden prinzipiell abgelehnt. Was vielerorts als ungerecht und wenig lebendig angesehen wurde. Heuer soll von diesem Kurs erstmals wieder abgewichen werden, entschied der Bezirkstag.

Von der Öffnung für Neues profitiert laut CSU-Fraktion nicht zuletzt der Bayerische Untermain. So werden unter anderem die Amorbacher Abteikirche, die nach der Sanierung der Abteikirche ab Juli fortgeführt werden sollen, erstmals mit 7.500 Euro unterstützt. Auch die Förderung der Aschaffenburger Gitarrentage mit 2.500 Euro war nur durch den Kurswechsel möglich. Der Verein „Würzburger Stolperstein“ erhält einen Zuschuss, um ein Projekt über Kunst von Euthanasieopfern zu realisieren. Die Spessartgrotte in Gemünden bekommt 2015 deutlich mehr Geld als bisher - insgesamt 27.500 Euro.

Rücklagen

Knapp 8,3 Millionen Euro stehen für Kulturförderung heuer zur Verfügung. Acht Millionen Euro stammen aus den Stiftungserlösen, knapp 300.000 Euro werden den Rücklagen entnommen. Weil die Kulturstiftung erhebliche Rücklagen hat, war die Öffnung für neue Förderprojekte der CSU zufolge heuer „unproblematisch“. Spreche sich jedoch herum, dass der Bezirk nach Jahren eingefrorener Zuschüsse wieder neue Projekte sowie etablierte Projekte in neuer Höhe fördert, könne sich dies „ganz schnell ändern“. Die CSU schlägt deshalb vor, künftig noch mehr Wert darauf zu legen, dass Theater, Museen, Autorenvereinigungen, Chöre und Ensembles, die Geld aus der Kulturstiftung haben möchten, von dritter Seite kofinanziert werden. Bislang wurde vor allem bei Musikprojekten auf eine Kofinanzierung durch die örtliche Kommune oder den Freistaat geachtet.

Die Freien Wähler machten darauf aufmerksam, dass die Gelder aus der Kulturstiftung in diesem Jahr sehr ungleichmäßig über Unterfranken verteilt sind. Fast jeder dritte Kulturouro fließt in die Region Rhön-Bad Kissin-

gen. Hier hat der Bezirk mehrere eigene, kostspielige Einrichtungen: Das Freilandmuseum Fladungen, das fast 800.000 Euro pro Jahr benötigt, das Schloss Aschach mit seinem Zuschussbedarf von über 670.000 Euro, die Berufsschule für Musik in Bad Königshofen (600.000 Euro) sowie die Musikakademie Hammelburg (215.000 Euro). Außerdem sollen das geplante Rhönmuseum sowie der Kissinger Sommer gefördert werden. Insgesamt fließen 2,4 Millionen Euro aus der Kulturstiftung in diese Region.

Diese „unterfränkische Aufrechnung“ sei nicht akzeptabel, kritisierte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel (CSU) aus Würth am Main: „So etwas sollten wir gar nicht erst anfangen.“ Unterfranken sei als Ganzes zu sehen.

Die Lohrer Grünen-Beriksrätin Bärbel Imhof forderte, alle bisher geförderten Projekte auf

den Prüfstand zu stellen: „Insbesondere jene, die seit Jahren hohe Beträge mit über 50.000 Euro erhalten.“ Sicher lasse sich „einiges entrümpeln“, so dass auch in den kommenden Jahren neue Initiativen in den Genuss von Stiftungsgeldern kommen und die Stiftung innovativ bleibt.

Inklusive Projekte

Die Grünen wünschen, dass in Zukunft verstärkt inklusive Kunst- und Kulturprojekte gefördert werden: „Die Menschen mit Behinderung einbeziehen und deren Kreativität fördern.“ Außerdem soll Junge Kunst besonders unterstützt werden: „Uns ist es wichtig, jungen Menschen Mut zu machen, sich einzumischen und sich über Kunst auszudrücken.“

Jeder einzelne Antrag, ob neu oder etabliert, müsse in Zukunft sorgfältig überprüft werden, so die SPD, die sich gegen eine Ausweitung der bezirklichen Förderpalette um jeden Preis stellt. Schließlich sei auch der „Erhalt“ der Kulturlandschaft ein wesentliches Stiftungsziel.

Der Haushalt wurde einstimmig verabschiedet. Pat Christ

## Mühsamer Weg zur Wende

Zahlreiche Gemeinden Unterfrankens erarbeiten hinter den Kulissen Alternativen zur Kernkraft

Unterfranken. In Demos brachten Deutschlands Bürger nach Fukushima machtvoll zum Ausdruck: Wir wollen keine Kernkraft. Das war vor drei Jahren. Die Politik reagierte und leitete die Energiewende ein. Inzwischen wird kaum noch demonstriert. Dafür finden hinter den Kulissen rege Arbeiten statt, um die Energiewende tatsächlich zu realisieren. Laut Stefanie Thomscheit, Energiemanagerin im Würzburger Amt für Ländliche Entwicklung, tut sich gerade auch in Unterfranken eine Menge.

Die Entwicklung begann mit der Vorlage eines deutschlandweiten Energiekonzepts im Herbst 2010 – ein halbes Jahr vor Fukushima. Ziel ist es, den Energieanteil an der Stromerzeugung aus Sonne, Wind & Co. bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent auszubauen. Dabei helfen auch Kommunen mit. In Unterfranken haben inzwischen 14 Gemeinden eigene Energiekonzepte für eine weitgehend CO<sub>2</sub>-neutrale Stromerzeugung erarbeitet. Die ersten Arbeiten begannen laut Thomscheit 2012 in den Vorreitergemeinden Sommerach (Kreis Kitzingen), Schwebheim und Sennfeld (beide Kreis Schweinfurt).

Die Papiere dieser drei Gemeinden für eine lokale Energiewende werden seit Ende März schrittweise umgesetzt. Fertige Konzepte gibt es außerdem in Kürnach (Kreis Würzburg), Rüdenu (Kreis Miltenberg) sowie in Gochsheim und Stadtlauringen (Kreis Schweinfurt). Diese vier Gemeinden machten sich 2013 an die Arbeit, ein Energiekonzept zu entwickeln.

Gemeinsam ist diesen sieben Orten, dass auch die Bürger bereit sind, Verantwortung für die Energiewende zu übernehmen. „Nur dann werden die Energiekonzepte gefördert“, betont Bau- und Leiter der Abteilung Dorf- und Landentwicklung im Amt für Ländliche Entwicklung. Gefördert wird über ein vor zwei Jahren aufgelegtes Programm des Freistaats, durch das bayernweit insgesamt 100 Gemeinden auf dem Weg zur „bilanziellen Energieautarkie“ unterstützt werden.

Das bedeutet nicht, dass diese Gemeinden kein einziges Kilowatt an Kernenergie mehr verbrauchen werden. Es heißt vielmehr, dass sie so viel erneuerbare Energie erzeugen und ins öffentliche Netz einspeisen, wie sie aus dem Netz für die Deckung ihres Bedarfs beziehen. Die Erstellung der Energiekonzepte werden mit bis zu 30.000 Euro vom Staat gefördert.

Auf der Basis erneuerbarer Energien wollen auch Dittelbrunn (Kreis Schweinfurt), Estenfeld und Aub (Kreis Würzburg), Oberschwarzach und Mainbern-

heim (Kreis Kitzingen) sowie Neuendorf (Kreis Main-Spessart) Energiewenden einleiten. Eine Bestandsanalyse liegt inzwischen jeweils vor. Nun werden Maßnahmenpläne erstellt. Laudendach im Kreis Miltenberg ist zurzeit noch dabei, den Bestand zu erheben. Auch diese sieben Gemeinden profitieren vom staatlichen Förderprogramm. In Unterfranken leiten außerdem vier kommunale Allianzen lokale Energiewenden ein. Sie werden durch das Programm Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) gefördert.

Ruf nach Umkehr

Umweltkatastrophen wie der Ölunfall der Bohrsinsel „Deep Water Horizon“ im April 2010 sowie die Zunahme von Tsunamis, Wirbelstürmen und Überschwemmungen rütteln die Menschen regelmäßig auf. Immer, wenn etwas passiert, ist der Ruf nach einer Umkehr groß. Doch mit Protesten und Forderungen ist es nicht getan, zeigen die unterfränkischen Gemeinden und Kommunalallianzen, die sich in Sachen Energiewende auf den Weg gemacht haben.

Denn dieser Weg ist mitunter ganz schön dornig. Etliche Daten müssen zusammengetragen werden. Eine Menge Detailarbeit ist zu schultern. Zahlreiche Treffen sind zu organisieren. Eine lokale Energiewende einzuleiten, bestätigen Peter Kraus und Stefanie Thomscheit, ist ein reichlich mühsames Geschäft. Allein für die Bedarfsanalyse muss mindestens ein komplettes Jahr kalkuliert werden.

Inwieweit die Energiewende mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze einhergeht, ist ein derzeit häufig diskutiertes Thema. „Belastbare Zahlen haben wir hierzu nicht“, gibt Peter Kraus zu. Doch Ziel aller Projekte ist es, die Wertschöpfung durch die neuen Maßnahmen zur Energiewende vor Ort zu belassen, ergänzt Stefanie Thomscheit: „Also auf das Knowhow in der Region zurückzugreifen.“ Und das könnte durchaus neue Jobs schaffen.

So hat mancher Landwirt in der Bioenergie eine neue Erwerbsquelle entdeckt. Aber selbst, wenn

es keine neuen Jobs gibt, werden die Bürgerinnen und Bürger von den lokalen Konzepten zur Energiewende profitieren, meint Thomscheit. Bestes Beispiel ist der Spessart. Hier wird aktuell an einem ambitionierten Elektromobilitätskonzept gearbeitet. Dabei sollen Ladestationen für eBikes oder eCars in ein ansprechendes Ambiente eingebettet werden – etwa ein Café oder einen Treffpunkt für Jung und Alt.

Problematisch für die Energiewende ist der oft heftige Widerstand gegen die Windkraft. Doch zum Glück ist Windenergie nur eine von vielen regenerativen Energien, die unabhängig von Atomstrom machen. Wesentlich einfacher ist es an vielen Orten, von Pellets, Holzhackschnitzel oder Biogasabwärme gespeiste Nahwärmenetze zur Versorgung öffentlicher und privater Gebäude durchzusetzen. In Maroldsweisach und Wettringen gibt es inzwischen Genossenschaften, die ein solches Netz gemeinschaftlich betreiben. Die Planungs- und Investitionskosten werden vom Amt für ländliche Entwicklung mit jeweils 100.000 Euro unterstützt. Pat Christ

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:  
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Jakob Döring  
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:  
Lutz Roßmann (Landtag)  
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)  
Jörg Kunstmann (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWST.  
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse)  
€ 27,-- zzgl. MWST.

Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:  
Kreis- und Stadtparkasse Dillingen  
IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566  
BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG  
IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320  
BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:  
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



„Hut ab vor so viel Engagement!“

Seit Sommer 2014 ist Landrat Johann Kalb im Landkreis unterwegs, um mit den jungen Landkreiskörpern in Kontakt zu treten. Im Rahmen seiner Jugendsprechstunden hört er sich deren Anregungen und Bedürfnisse an und versucht, tatkräftig Unterstützung zu leisten. Nun traf sich Kalb in Stegaurach mit Jugendlichen, die sich ehrenamtlich einsetzen und war sichtlich überrascht: „Ich wusste gar nicht, wie vielfältig das Engagement im Landkreis Bamberg ist!“

Mehr als 20 Jugendliche fanden im Bürgersaal der Gemeinde Stegaurach zusammen, um sich und ihren Einsatz zugunsten der Gesellschaft vorzustellen. Von Anbietern eines Smartphonekurses für Senioren über junge Damen eines Mädchentreffs bis hin zu Mitgliedern des Jugendrotkreuzes waren Vertreterinnen und Vertreter vieler unterschiedlicher Bereiche des ehrenamtlichen Engagements mit von der Partie.

„Das große Interesse der Teilnehmer hat uns überrascht und total gefreut“, fasst der junge Initiator eines Smartphonekurses für Senioren seine Motivation zugunsten des Ehrenamtes zusammen. Der Spaß an der Sache und die Freude der anderen sind die wichtigsten Gründe der Verantwortlichen bei der evangelischen Jugend: „Vom Jugendausschuss über die Konfirmandenarbeit bis hin zur Organisation von Aktionen und Ausflügen ist unsere Arbeit sehr vielfältig.“ □

## Start der ILE Bayerwald

Die fünf Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau, Regen und Straubing-Bogen haben sich mit insgesamt 109 Kommunen zur Integrierten Ländlichen Entwicklung Bayerwald zusammengeschlossen. Als Vorsitzender wurde Sebastian Gruber, Landrat von Freyung-Grafenau gewählt, sein Stellvertreter ist Regens Landrat Michael Adam.

Das Netzwerk will Projekte in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bildung, soziale Themen und Image sowie Kommunikation gemeinsam realisieren. Das erklärte Ziel dabei: den Bayerischen Wald zukunftsfähig zu gestalten. Der Freistaat Bayern fördert die neue ILE Bayerwald mit jährlich bis zu 500.000 Euro.

Wie Landwirtschaftsminister Helmut Brunner bei der Gründungsveranstaltung im Landratsamt Passau betonte, habe er 2012 angeregt, dass die Ämter für Ländliche Entwicklung gemeinsam mit den Kommunen unter dem Motto „Zukunft durch Zusammenarbeit“ Visionen 2030 für den ländlichen Raum erarbeiten. Im Januar 2013 hätten die niederbayerischen Regionen nördlich der Donau in Grafenau, aufbauend auf der Initiative „Aufbruch jetzt! Niederbayern“ der Oberbürgermeister und Landräte, das Aktionsprogramm Bayerwald erarbeitet.

Zudem habe er die ILE Bayer-

wald angeregt, weil sich über die Integrierte Ländliche Entwicklung zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten gezielter Maßnahmen und Projekte eröffnen. „Mit der Gründung der ILE Bayerwald schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass dieses Förderinstrument greifen kann“, unterstrich der Minister.

### Enger Austausch

Entscheidend für das Gelingen ist Brunner zufolge der enge Austausch zwischen den Landkreisen, die Einbeziehung der Kommunen, aber auch der Kontakt zu Bürgern, Wirtschaft und sozialen Einrichtungen. Dazu startet die ILE Bayerwald in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Deggendorf ein Modellprojekt zur Strategischen Kommunikation im ländlichen Raum. Das Budget beträgt 120.000 Euro, bezuschusst wird das Projekt zu 100 % von der ALE Niederbayern.

„Wir sind am Beginn der Umsetzungsphase unseres Aktionsplans. Dazu passt dieses Modellprojekt sehr gut. Schließlich ist Kommunikation ein zentrales Instrument jeglicher Planungs- und Entwicklungstätigkeit. In dem Vorhaben, das drei Jahre lang das Aktionsprogramm Bayerwald begleiten wird, soll es darum gehen, wie Kommunikation ausschauen muss, damit Projekte erfolgreich umgesetzt werden können, und wie sich das Profil des Bayerwaldes besser herausarbeiten und vermitteln lässt“, erklärte Brunner.

Mit der Hochschule Deggendorf und Donau TV habe man kompetente Fachleute aus der Region an der Seite. Sie arbeiteten bereits engagiert an weiteren Projekten wie dem Holz-Baufachberater für Kommunen, der Regionalen Plattform zur (EU)-Fördermittelberatung, der Regionalen Mobilitätssicherung, der Vermarktung regionaler Produkte oder dem Leerstandsmanagement. Brunner abschließend: „Wir bezeichnen die interkommunale Zusammenarbeit gerne als Abkehr vom Kirchturmdenken. Heute sind es sogar Domtürme, über die wir hinausblicken.“ DK



Die schwäbischen Landräte kamen im Landratsamt Dillingen zu einer Arbeitstagung zusammen (von links): Regierungspräsident Karl Michael Scheufele, Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, die Landräte Martin Sailer, Augsburg, Thorsten Freudenberger, Neu-Ulm, Elmar Stegemann, Lindau, Dr. Klaus Metzger, Aichach-Friedberg, Leo Schrell, Dillingen, Maria Rita Zinnecker, Ostallgäu, Hubert Hafner, Günzburg, Dr. Johann Keller (Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages) Hubert Lepperdinger (Ministerialbeauftragter für Gymnasien in Schwaben), die Landräte Toni Klotz, Oberallgäu und Stefan Rößle aus Donau-Ries. Bild: Hurler

„Schwaben steht gut da“

## Arbeitstagung der Landräte in Dillingen

Dillingen(jdt). Zu den Schwerpunktthemen der Arbeitstagung der schwäbischen Landräte im Landratsamt Dillingen gehörten die Probleme der Asyl- und Flüchtlingspolitik und die zunehmende Belastung durch Pflichtaufgaben für Landkreise, Kommunen und Bezirke sowie die Sicherung der Förderschulen.

Die Leitung der nichtöffentlichen Beratungen hatte der Günzburger Landrat und Vorsitzende des Bezirksverbandes Schwaben im Bayerischen Landkreistag, Hubert Hafner übernommen. Er konnte auch Regierungspräsident Karl Michael Scheufele, Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert und Dr. Johannes Keller (Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages) begrüßen. Ungeachtet vielfältiger Aufgaben war bei den schwäbischen Landräten offensichtlich Optimismus spürbar. Bayerisch Schwaben steht im Vergleich zu anderen Regionen „tatsächlich gut da“.

### Gesunde wirtschaftliche Struktur

Beim Pressegespräch mit Landrat Hafner und dem gastgebenden Dillinger Landrat Leo Schrell kam auch zum Ausdruck, dass im Regierungsbezirk Schwaben Stabilität herrscht: „Hier gibt es Spitzenleistungen einer gesunden wirtschaftlichen Struktur, die niedrigsten Arbeits-

losenzahlen in Deutschland und Europa und hervorragende Entwicklungen auch im Tourismus

zwischen Donau-Ries, Dillinger Land und Allgäu. Mit Genugtuung registriert wurde außerdem, dass die Bezirksumlage im Haushalt 2015 nicht erhöht wurde. Dies wurde als besonders positives Signal zum 60. Jubiläum des Bezirkstages Schwaben gewertet.

## „Anschub“ für ein neues Leben in Deutschland

Im Landkreis Neu-Ulm startet ein Pilotprojekt aus Schule und Praktika für minderjährige Flüchtlinge

Sie heißen Hanae Dernas, Sleman Ahmed und Osman Tahier und sind 17 Jahre alt. Von Eritrea, einem bitterarmen ostafrikanischen Land am Roten Meer, das von einem der weltweit schlimmsten Willkürregime beherrscht wird, haben sie sich alleine – ohne Eltern und Verwandte – bis Deutschland durchgeschlagen.

Hier wurden sie als sogenannte minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge vom Jugendamt (Koordination: Brigitte Schmalz) in Wohngemeinschaften in Neu-Ulm untergebracht und ihnen Betreuer zur Seite gestellt. In der Peter-Schöllhorn-Mittelschule Neu-Ulm-Mitte besuchen sie seit einigen Monaten die Übergangsklasse von Lehrerin Vanessa Herrmann; ihr Deutsch ist mittlerweile schon ganz passabel.

Nun bekommt ihr neues Leben in Deutschland einen weiteren Schub. Es startet im Landkreis Neu-Ulm das bayernweit einmalige Pilotprojekt „Anschub“. Der Name steht als Akronym für „Asylsuchende nicht volljährige Flüchtlinge in Schule und Betrieb“. Auf Initiative von Schulamtsdirektor Dr. Ansgar Bätzner wird der Modellversuch von mehreren Kooperationspartnern getragen: neben dem Staatlichen

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wir leben in hysterischen Zeiten. Und bei manchem unserer lieben Mitmenschen reicht der Weitblick gerade mal so bis zum Nasenspitzen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam etwas verärgert, vor allem aber enttäuscht von einer Bürgerversammlung, bei der es um die Modernisierung der Müllverbrennungsanlage als Teil des städtischen Konzepts zum Ausbau der Fernwärme ging.

Keine große Sache, möchte man denken. Es ist ja einleuchtend und vernünftig, eine etwas in die Jahre gekommene Anlage auf den neuesten Stand der Technik zu bringen und gleichzeitig den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Stadt dauerhaft zu senken. Von wegen! Wer so denkt, hat die Rechnung ohne die dauerbetroffenen Hysteriker gemacht, die derzeit landauf, landab lautstark und larmoyant gegen alles sind, was nach Veränderung



Ordnung gerufen, so bei den „Lügenpresse“-Pöbeleien der Pegida-Plapperer. Aber bei einer zünftigen Demo gegen die „Monstertrassen“ (so der in der Berichterstattung unreflektiert übernommene Begriff für Stromleitungen) darf jeder Transparentträger Politiker den Gottseibeiuns oder Schlimmeres nennen, sie werden trotzdem wohlwollend als „engagierte“ oder „besorgte“ Bürger vorge-

stellt. Vor nicht allzu langer Zeit wurde eine bayerische Staatsministerin bei einer Informationsveranstaltung als „schwarzer Luder“ beschimpft und die örtliche Presse hat diese Entgleisung so selbstverständlich in ihre Berichterstattung eingebaut, als wäre zu bemerken gewesen, dass ihre Schuhe farblich nicht zur Jacke gepasst hätten.

Ein Kennzeichen für die derzeitige Protest(un)kultur ist übrigens, dass belleibende nicht die jungen Wilden den Protest tragen, sondern durchaus reifere Semester, bei denen man Kinderstube unterstellen würde. Vor allem aber stellen Beobachter bei den älteren „Engagierten“ oft einen hemmungslosen Egoismus fest. Wie begründete eine Dame in ihren 70ern so schön, warum sie gegen den Umbau der Philharmonie in München ist? Weil sie in den nächsten Jahren dort noch ins Konzert gehen wolle und ihr der neue Saal angesichts der Bauzeit wohl nichts mehr nütze. Kommentar überflüssig. Ob TTIP oder Infrastruktur, ob Verkehr oder Bau – je älter die Aktivisten sind, desto verbissener stellen sie sich gegen jede Art von Veränderung. Sorge um die Zukunft? Fehlanzeige!

Mein Chef, der Bürgermeister, holte mich schnell von der Palme. Er gab zu, sein Fehler war, im Vorfeld nicht auf solide, objektive Information und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit gesetzt zu haben. Klar, das sind dann dicke Bretter, die man mit Fleiß, Ehrlichkeit, Ausdauer und ohne Eitelkeit bohren muss. Aber wenn man Akzeptanz für vernünftige Projekte schaffen und diese durchsetzen will, wird es wohl nicht anders gehen, als auf Polemik immer wieder stoisch und geduldig mit Sachinformation zu kontern, um die Mehrheit zu überzeugen. Zur Aufmunterung maile ich dem Chef, was Friedrich Nietzsche als Formel des Glücks bezeichnet hat: „Ein Ja und ein Nein, eine gerade Linie und ein Ziel.“

## Moderne Protestkultur

riecht, auch wenn es noch so vernünftig sein mag. Ob für ganz Bayern wichtige Infrastrukturprojekte wie die dritte Startbahn am Münchner Flughafen, ob ökologisch gebotene und nachbarschützende Vorhaben wie die Flutpolder an der Donau, ob Stromtrassen oder Windräder, ob neue Gewerbegebiete oder Nachverdichtung bestehender Siedlungsstrukturen, überall gibt es nur eine Parole: Empört euch!

Ich möchte jetzt nicht falsch verstanden werden: Kritik und Diskussion muss sein, keine Frage. Und das Bessere ist der Feind des Guten, so dass es sich immer lohnt, vernünftige Alternativen mit in die Betrachtung zu nehmen und zu prüfen. Was mich empört und, ja, auch ein bisschen pessimistisch für die politische Kultur hierzulande stimmt, ist die Art und Weise, wie die Auseinandersetzungen geführt werden. Da hagelt es Beschimpfungen, Verunglimpfungen und Beleidigungen, man weigert sich, einander zuzuhören oder gar – Welch Zumutung! – über die Argumente der anderen Seite nachzudenken.

Noch bedrückender oder erschreckender ist, dass diese Art der Auseinandersetzung von den Medien nicht mehr richtig hinterfragt wird. Wenn es ums eigene Ansehen geht, werden Demonstrationen qua veröffentlichte Meinung noch zur

### Zentrale Steuerung

Hervorgehoben wurden kritisch die zunehmende fehlende zentrale Steuerung und Organisation von Asylberechtigten und Flüchtlingen deutschlandweit, die dringend besser koordiniert werden müsse. Große Probleme ergäben sich auch mit vielen hundert unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die unkontrolliert in das „angenommene Paradies Deutschland“ gebracht würden.

Die Regierung von Schwaben registrierte im Januar 7.254 Flüchtlinge. Und der Zustrom hält weiter an, dies befürchten auch die schwäbischen Landräte und die kreisfreien Städte. jdt



Sie sehen optimistisch in die Zukunft (von links): Vanessa Herrmann (Lehrerin der Übergangsklasse an der Peter-Schöllhorn-Mittelschule Neu-Ulm), Hanae Dernas, Monika Scherzer (Rektorin der Peter-Schöllhorn-Mittelschule Neu-Ulm), Sleman Ahmed und Osman Tahier. Bild: Jürgen Bigelmayr

men. In drei zeitlichen Blöcken – von den Faschings- bis zu den Osterferien, von den Oster- bis zu den Pfingstferien und von den Pfingstferien bis kurz vor Schuljahresende – gehen zunächst elf Jugendliche im Alter von 16 oder 17 Jahren drei Tage in der Woche in die Schule, lernen dort vor allem Deutsch und Mathematik, aber auch andere Fächer, und schnuppern zusätzlich zwei Tage in der Woche in verschiedenen Unternehmen.

Insgesamt 20 heimische Arbeitgeber aus Handwerk, Industrie und Handel sind bereit, an dem Programm mitzuwirken. Gerd Stiefel, Firmeninhaber und Vorsitzender der Regionalversammlung Neu-Ulm der IHK Schwaben, forderte seine Kollegen aus der Wirtschaft auf, angesichts des Fachkräftemangels auch auf Immigranten zu setzen.

Integration der ausländischen Neuankömmlinge in unserer Gesellschaft und unserem Arbeitsmarkt ist laut Landrat Thorsten Freudenberger aus humanitärer, sozialer, demographischer und wirtschaftlicher Sicht das „Gebot der Stunde“. Hanae, Sleman und Osman können es schon gar nicht mehr erwarten, bis es losgeht. Sie und weitere acht eingewanderte Jugendliche werden nach den Faschingsferien den Anfang machen, Mitte April kommen dann aus den Übergangsklassen in Neu-Ulm und auch an der Werner-Ziegler-Mittelschule in Senden weitere Jugendliche dazu. Oliver Stipar, der hiesige Regionalgeschäftsführer der IHK Schwaben, blickt sogar schon weiter: „Der oder die ein oder andere“ könne später in eine reguläre Berufsausbildung übernommen werden. □

the sabriul

Markgrafenschule Bayreuth:

# Ein Zentrum für Sprachförderung

**Auf Wunsch ihrer Eltern erhalten Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsverzögerungen im Bereich „Sprache“ in der Markgrafenschule Bayreuth Unterstützung zur sprachlichen Weiterentwicklung – solange bis sie für die (Wieder-)Eingliederung in eine Regelschule bereit sind. Auf die Einschränkungen im Bereich des sprachlichen Handelns möchte am Freitag, 6. März der Europäische Tag der Logopädie hinweisen.**

Sprachliche Kommunikation ist ein zentraler Bestandteil im menschlichen Leben. Bei der sozialen Interaktion ist sie genauso wichtig wie bei der Aneignung von Wissen. Sprechen, Schreiben, Lesen – das alles geschieht auf Basis eines komplexen Sprachsystems. Durch die Kombination von Buchstaben, Wörtern und Sätzen versenden wir Botschaften an unser Umfeld. Die Bedeutung einer Mitteilung kann jedoch nur einwandfrei entschlüsselt werden, wenn Sender und Empfänger mit den gleichen sprachlichen Werkzeugen und Regeln arbeiten.

Was geschieht also, wenn Kinder durch Sprachauffälligkeiten in ihrem sprachlichen Handeln und ihrer Kommunikationsfähigkeit

eingeschränkt sind? Wird der Besuch einer Regelschule durch nichtaltersgemäße Sprachentwicklung infrage gestellt, sind Förderzentren wie die Markgrafenschule Bayreuth ein Ort, an dem die Sprachprobleme angegangen werden können. Sachaufwandsträger für die staatliche Förderschule ist der Bezirk Oberfranken, der zusätzlich für die Fördermaßnahmen einer Tagesstätte aufkommt, die sich ebenfalls auf dem Gelände des Sprachzentrums befindet. Unter dem Einsatz sonderpädagogischer Methoden wird in den unterschiedlichen Einrichtungen an der Behebung, Verringerung oder Kompensation sprachlicher Auffälligkeiten gearbeitet.

Die Kinder haben Probleme im

Spracherwerb, der Sprechfähigkeit oder im aussagekräftigen Einsatz von Sprache. „Am häufigsten treten Sprachentwicklungsstörungen auf“, erzählt Rudolf Meyer, der Rektor der Markgrafenschule, „Die Kinder sind in ihren Sprachverarbeitungsfähigkeiten stark beeinträchtigt und können deswegen die Aussprache, die Grammatik und den Wortschatz unserer Sprache nicht angemessen erlernen.“ Die sprachliche Förderung, gezielt abgestimmt auf den Förderbedarf jedes einzelnen Schülers, sei daher das grundlegende Prinzip der Arbeit an der Markgrafenschule.

Da die Sprachprobleme oftmals an Lern- und Verhaltensschwierigkeiten anknüpfen, haben viele der betroffenen Kinder auch Schwierigkeiten im Erlernen von Lese- und Schreibkompetenzen. Um dem entgegenzuwirken, müsse man Sprachstörungen frühzeitig identifizieren und bereits im vorschulischen Bereich so fördern, dass die kindlichen Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten entscheidend verbessert werden, erläutert Meyer. Ähnlich wie ein klassischer Kindergarten, betreut die Schulvorbereitende Einrichtung (SVE) der Schule daher Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung. Gut 80 Prozent der 217 Kinder besuchen derzeit die SVE und die Grundschule. Für den Rektor sind diese Zahlen ein Beleg für den Erfolg der Sprachtherapie in jungen Jahren. Eine frühzeitige

Sprachförderung sei „absolut notwendig und sehr effektiv“, unterstreicht er. Nichtsdestotrotz erzielen die Maßnahmen nicht immer die gewünschten Ergebnisse. Liegen zum Zeitpunkt der Einschulung noch sprachliche Entwicklungsrückstände vor, die den Besuch einer Regelschule einschränken, können Kinder auf Wunsch der Eltern in die erste Klasse der Markgrafenschule aufgenommen werden.

Doch gerade vor dem Hintergrund der andauernden Inklusionsdebatte äußert sich vermehrt Kritik am Fortbestand von Förderschulen. In Deutschland gilt seit 2009 die UNO-Behindertenrechtskonvention, die den Besuch einer Regelschule bei Kindern mit körperlichen oder geistigen Behinderungen bzw. Störungen vorsieht. Das deutsche Schulsystem setzt dem jedoch nach wie vor Grenzen. So könne eine Regelschule Schülern mit intensiveren Sprachförderbedürfnissen ein solches Maß an Unterstützungsmöglichkeiten und sprachheilpädagogischen Kompetenzen kaum anbieten, sagt Meyer. Er plädiert daher für den Erhalt von Sprachheilschulen: „Der Besuch unserer Schule ist für manche Kinder eine große Chance, trotz ihrer massiven sprachlichen Beeinträchtigungen die Schriftsprache sicher zu erwerben, ihre sprachliche Handlungsfähigkeit auszubauen und so ihre Persönlichkeit zu stabilisieren.“

Inklusion sei wichtig, solle aber nicht mit der Brechstange umgesetzt werden, meint auch der oberfränkische Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler. Zudem sei die Markgrafenschule vornehmlich eine Durchgangsschule. Aus diesem Grund wird nach dem gleichen Lehrplan wie in der Grund- und Mittelschule unterrichtet.

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der Firma Butge & Elsaesser sowie eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Thema Kommunalfahrzeuge bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Die Markgrafenschule bietet ein hohes Maß an Unterstützungsmöglichkeiten und sprachheilpädagogischen Kompetenzen.

„Dies ist unbedingt notwendig, da die Schüler sonst nicht an die Regelschule wechseln könnten“, betont eine Lehrerin der Markgrafenschule. Die geringe Klassenstärke bietet dem Lehrerkollegium den Freiraum die regulären Unterrichtsinhalte nach aktuellen sprachheilpädagogischen Konzepten aufzubereiten. So könne das, was in der Sprachtherapie erarbeitet wird, im Unterricht geübt und angewendet werden. Erst ab der siebten Jahrgangsstufe rückt die Wiedereingliederung in eine Regelschule in den Hintergrund. Das erfolgreiche Absolvieren des Mittelschulabschlusses liegt nun im Fokus. Diese Chance stellt den Jugendlichen die Weichen für ihr späteres Berufsleben und dennoch wäre sie den meisten bei Besuch einer Re-

gelschule entgangen.

Einschränkungen im Bereich des sprachlichen Handelns treten in allen Altersstufen auf. Darauf möchte an diesem Tag auch der Deutsche Bundesverband für Logopädie (DBL) aufmerksam machen und organisiert alljährlich am 06. März den Europäischen Tag der Logopädie. Unter dem Motto „Plötzlich sprachlos...“ liegt der Fokus dieses Jahr auf sprachlichen Störungen, die im Zusammenhang mit degenerativen Erkrankungen wie Demenz, Parkinson oder Schlaganfällen auftreten können. Auch in diesen Fällen gilt bei der Sprachförderung, was an der Markgrafenschule schon lange Leitlinie ist: zum Sprechen ermutigen und für Kommunikation stark machen.

### Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 19. März 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Arbeitsschutzmaßnahmen · Unfallverhütung
- Kommunal-Marketing, Stadtmarketing

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

**23. April 2015**

### 3. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-wasserkraftforum.de](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de)

### Computer Netzwerke

**Die Netzwerkprofis** crystal  
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke — von Entwurf zu Umsetzung und mehr.  
The experts for networks.  
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • [info@crystal.de](mailto:info@crystal.de) • [www.crystal.de](http://www.crystal.de)

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

**Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:**  
Constanze von Hassel  
Telefon 081 71.9307-13  
[hassel.constanze@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.constanze@gemeindezeitung.de)

**Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel  
Telefon 08171.9307-10  
[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

### Gewerbebau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)

### Immobilienberatung

**OPTIMHOME Immobilien GmbH**

**Wir bieten an:**

In der Metropolregion Nürnberg:  
1 - 2 Zi. Mini-Apartments, ideal für Anleger  
2 - 4 Zi. Eigentumswohnungen, teilweise mit Gartenanteil, sowie großzügige Penthouses-Wohnungen.

**Wir suchen für Vermietung und Verkauf**  
Wohnungen und Häuser in gutem bis bestem Zustand.

**Kostenlos:** Aktuelle Verkehrswertermittlung, Photoshooting, Werbung in allen bekannten Internetportalen sowie eine Betreuung bis zum Notartermin.

Immobilien Kaeser, Metropolregion Nürnberg  
Tel.: 0911 / 99 288 12, Mobil: 0160-812 81 73  
[iug.kaeser@optimhome.de](http://iug.kaeser@optimhome.de)

### Kommunale Energieberatung

**Green City Energy**  
Der alternative EnergieDienstleister

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • [www.greencity-energy.de/keb](http://www.greencity-energy.de/keb)  
[peter.keller@greencity-energy.de](mailto:peter.keller@greencity-energy.de)

### Kommunalfahrzeuge

**Für jeden der richtige Unimog.**  
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg-Lengfeld, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Präsente

[www.bayern-laden.de](http://www.bayern-laden.de)  
Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.  
Tel.: 08766 - 93 98 66  
Email: [upenner@t-online.de](mailto:upenner@t-online.de)

**Herbst 2015**

### 3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

### Wärme-Contracting

**Wärme-Contracting.**  
Weniger Kosten. Mehr Service.

[www.baywa-edl.de](http://www.baywa-edl.de)

Energie + Heizanlage + Brennstoff + Service = Wärme-Contracting

**25. Juni 2015**

### 8. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung  
Bürgerhaus Stadt Garching bei München  
[www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de)

**Inserieren bringt Erfolg!**  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) **Bayern Labo**

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • [www.langer-georg.de](http://www.langer-georg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

## LINDNER PRÄSENTIERT NEUE MODELLE FÜR BAYERNS GEMEINDEN

**S**eit Ende 2014 produziert der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner den stufenlosen Lintrac in Serie. Eine weitere Modellneuheit ist der Unitrac 102S – der Transporter erfüllt die strengen Vorgaben der neuen Abgasnorm EURO 6.

Das Jahr 2015 steht beim Tiroler Familienunternehmen Lindner wieder ganz im Zeichen zahlreicher Innovationen: So fiel Ende 2014 der offizielle Startschuss für die Produktion des neuen Lintrac. Der Lintrac ist ein stufenloser Standardtraktor

mit Vierradlenkung, der besonders einfach zu bedienen ist. Den ersten Kommunal-Lintrac übergab Lindner an die oberbayerische Gemeinde Haimhausen (siehe Bericht in dieser Beilage).



Traktoren und Transporter von Lindner erfüllen die hohen Anforderungen der kommunalen Winterdienstprofis.

### BESONDERS UMWELTSCHONEND

Für besondere Wendigkeit stehen auch die Unitrac-Transporter, die im modernen Lindner-Werk in Kundl gefertigt werden. Geschäftsführer Hermann Lindner: „Unser neuestes Modell ist der Unitrac 102S, der die strengen Vorschriften von EURO 6 erfüllt.“ Die neue Abgasnorm Euro 6 schreibt vor, dass die Emissionen von Dieselrußpartikeln und Stickoxid im Vergleich zu Euro 5 um bis zu 90 Prozent verringert werden müssen. „Der Unitrac 102S ist serienmäßig mit einem geschlossenen Partikelfiltersystem ausgestattet. 99,9 Prozent der Feinpartikel werden im Filter aufgefangen. Das Filtersystem ist nahezu wartungsfrei“, erklärt Lindner.

### FÜR BAYERNS INNENSTÄDTE MASSGESCHNEIDERT

Beim Unitrac 102S baut Lindner darüber hinaus einen eigenen Adblue-Tank ein. Die Harnstofflösung reduziert Schadstoffe deutlich. Ein weiterer Pluspunkt: Der Kraftstoffverbrauch wird ohne Verlust der Motorleistung gesenkt. Die Unitrac-S-Modelle mit fünf Tonnen Nutzlast sind speziell für den Kommunalbereich gedacht und besonders für innerstädtische Arbeiten geeignet. Die Fahrzeuge punkten als vielseitige Geräteträger im Ganzjahreseinsatz – vom Kehren bis zur Schneeräumung. Der Unitrac kann mit einem Zweikammerstreuer oder einem Kipper ausgestattet werden und ist auch in der 50 km/h-Ausführung erhältlich.

Alle Informationen gibt es auf der neuen Lindner-Homepage:  
[www.lindner-traktoren.at](http://www.lindner-traktoren.at)

# LINTRAC: START FÜR DIE SERIENPRODUKTION

Seit Ende 2014 läuft die Serienproduktion des neuen Lintrac. Pro Woche fertigen die Mitarbeiter unter der Regie von Christoph Lindner fünf Lintracs, mittelfristig soll auf sieben aufgestockt werden.



Blick in die Montagehalle, in der die neuen Lintracs gefertigt werden.

Ing. Christoph Lindner gehört zur vierten Generation der Familie Lindner, die im Tiroler Unternehmen aktiv ist. Seit 2008 arbeitet er in der Firma, seit kurzem leitet er die Lintrac-Montage im Kundler Werk. Drei Jahre haben die Lindner-Ingenieure an der neuesten Innovation gearbeitet: Das Resultat ist ein stufenloser Standardtraktor mit mitlenkender Hinterachse. Im Dezember 2014 erfolgte der offizielle Produktionsstart für den Lintrac, den Lindner für die Gemeinden, die Berg- und Grünlandwirtschaft sowie die Kulturlandwirtschaft maßgeschneidert hat.

## PRO TAG EIN LINTRAC

„Derzeit produzieren wir pro Woche fünf Lintracs, unser Ziel ist es, auf sieben aufzustocken“, erklärt Ing. Christoph Lindner. Die Lintrac-Montage läuft auf dem Geotrac-Band. „Es steckt so viel Technologie und Innovation im Lintrac, dass ein höherer Zeitaufwand notwendig ist, um bei diesem neuen Modell die gewohnte Lindner-Qualität zu gewährleisten.“ Eine Herausforderung sei die 4-Rad-

## ÜBER LINDNER

Lindner entwickelt und produziert Traktoren und Transporter für die ökologische Grün- und Berglandwirtschaft, für die Kulturlandwirtschaft und für die Gemeinden. Lindner fertigt ausschließlich am Standort Kundl, wo Traktoren der Marke Geotrac, die Unitrac-Transporter sowie der neue stufenlose Lintrac hergestellt werden. Pro Jahr verlassen rund 1.500 Neufahrzeuge das Kundler Lindner-Werk, in dem 220 Mitarbeiter tätig sind. Die Exportquote liegt bei mehr als 40 Prozent.

Lenkung, die eigens für den Lintrac konzipiert wurde. Die größten Abteilungen sind der Kabinenbau, die Fahrgestell- und Hydraulikmontage sowie die Endmontage. Die Mitarbeiter, die den Lintrac montieren, werden laufend geschult – beispielsweise zur neuen Hydraulik.

Ein technisches Highlight des Lintrac ist das Getriebe TMT 09, das gemeinsam mit ZF Friedrichshafen entwickelt wurde. Gefahren wird stufenlos von -20 bis +43 km/h mit reduzierter Motordrehzahl. Die 4-fach-Heckzapfwelle mit Anlaufsteuerung arbeitet wahlweise mit 430, 540, 750 oder 1000 U/min.



Die Montage des Lintrac im Kundler Werk leitet Ing. Christoph Lindner.

# ERSTER KOMMUNAL-LINTRAC GING NACH BAYERN

Die oberbayerische Gemeinde Haimhausen ist die erste Kommune, die den neuen Lintrac in ihrem Fuhrpark einsetzt. Der Kommunal-Lintrac punktet mit seiner 4-Rad-Lenkung, der einfachen LDrive-Bedienung und dem stufenlosen Getriebe.



Schlüsselübergabe (v.l.): Geschäftsführer Hermann Lindner, Kämmerer Peter Haslbeck (Gemeinde Haimhausen) und Rainer Partelly (Henne-Unimog)

Geschäftsführer Hermann Lindner übergab den Lintrac-Schlüssel im Dezember 2014 an Peter Haslbeck, Kämmerer der Gemeinde Haimhausen. Die Wahl fiel aus mehreren Gründen auf die neueste Innovation des Tiroler Familienunternehmens, betont Haslbeck: „Für den Winterdienst innerhalb der Ortschaft suchten wir nach einem kleinen, wendigen Traktor, der unbedingt 4-Rad-Lenkung und Allradantrieb haben muss.“

## WENDIGER DENN JE

Beim Lintrac hat Lindner die jahrelange Erfahrung mit der 4-Rad-Lenkung der Unitrac-Transporter genutzt. „Das Ergebnis ist eine für den Traktorbereich neue Dimension der Wendigkeit“, sagt Geschäftsführer Hermann Lindner. Die hintere Achse lenkt bis zu 20 Grad ein. Besonders praktisch: Per Knopfdruck kann der Einschlag der Hinterräder begrenzt werden. Damit wird verhindert, dass die Hinterräder streifen, wenn aufgrund schwieriger Straßenverhältnisse Schneeketten notwendig sind.

Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen den Lintrac zum vielseitigen Geräteträger. Der sparsame Turbo-Dieselmotor von Perkins ist mit einem Partikelfilter ausgestattet:

Dadurch werden die Vorschriften der Abgasstufe 3B erfüllt.

Infos im Internet: [www.lindner-traktoren.at/kommunal/lintrac/](http://www.lindner-traktoren.at/kommunal/lintrac/)

## DER GEOTRAC 134EP

Im Traktorenbereich bietet Lindner mit dem Geotrac 134ep das optimale Modell für Kommunalprofis. Der 134ep leistet 144 PS, das von ZF Passau gefertigte Getriebe gibt es bis zu 50 km/h. Die gefederte Kabine und die Frontachse punkten im anspruchsvollen Winterdienst mit langen Einsatzzeiten. ■



Geotrac im Wintereinsatz



Der Kommunal-Lintrac überzeugt als vielseitiger Geräteträger mit guter Zugkraft.



Das Lindner-Innovationszentrum ist Schauplatz des 3. Kommunalforums Alpenraum am 18. März 2015.

Kommunalforum Alpenraum:

## SCHUTZAUFGABEN DER GEMEINDEN

Am 18. März 2015 wird im Lindner-Innovationszentrum der grenzüberschreitende Austausch zwischen Bürgermeistern und Gemeinderäten aus dem Alpenraum groß geschrieben. Thema der diesjährigen Veranstaltung: Wie die Gemeinden ihre Schutzaufgaben auch in Zukunft erfüllen können.

Im Alpenraum ist der Schutz vor Naturgefahren eine besondere Herausforderung für Bund, Länder und Gemeinden. Jährlich werden Millionenbeträge in Präventionsmaßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren investiert: von der Wildbach- und Lawinverbauung bis zum Hochwasserschutz. Gerade bei der Erhaltung von Schutzeinrichtungen kommt den Gemeinden eine wichtige strategische Rolle zu.

### NATURGEFAHRENMANAGEMENT IM FOKUS

Beim 3. Kommunalforum Alpenraum am 18. März 2015 im Lindner-Innovationszentrum in Kundl beleuchten Experten, wie die Gemeinden ihre Schutzaufgaben auch in Zukunft erfüllen können. Eröffnet wird das Forum um 10.00 Uhr von Lindner-Geschäftsführer Hermann

Lindner. Florian Rudolf-Miklau von der Wildbach- und Lawinverbauung aus Wien wird die Rolle der Gemeinden im modernen Naturgefahrenmanagement erörtern. Bürgermeister Werner Tschurtschenthaler (Marktgemeinde Innichen, Südtirol), stellt die nachhaltige Flußbraumentwicklung am Beispiel der Drau vor.

### THEMENTISCHE UND TALKRUNDE

Bei mehreren Thementischen wird u.a. über die Rolle der Gefahrenzonenpläne für die Gemeinden, länderübergreifenden Hochwasserschutz und Effizienzpotenziale im Feuerwehrbereich diskutiert. Den Abschluss der Veranstaltung bildet eine hochkarätig besetzte Talkrunde mit Helmut Mödlhammer (Präsident Österreichischer Gemeindebund), Ernst Schöpf (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schat-



**Kommunalforum  
Alpenraum**

Infos und Anmeldung zur  
Veranstaltung im Internet:  
[www.kommunalforum-  
alpenraum.eu](http://www.kommunalforum-alpenraum.eu)

zer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Christoph Kaufmann (Vizebürgermeister der Stadt Innsbruck) und Josef Steigenberger, Erster Bürgermeister von Bernried und Vorsitzender Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags.

Kooperationspartner des Kommunalforums Alpenraum 2015 sind Forum Land, der Österreichische Gemeindebund, der Bayerische Gemeindetag, die Bayerische Gemeindezeitung, der Tiroler Gemeindeverband, der Südtiroler Gemeindenverband, der Österreichische Städtebund und der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner. ■

BAYERISCHE  
**GemeindeZeitung**

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de) · [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg